Wirtschaftssystem und soziale Frage

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der hohen Rechts- und Staats-
wissenschaftlichen Fakultät der
Albert-Ludwigs-Universität zu
Freiburg im Breisgau

vorgelegt von

Wilhelm Jungermann
aus Wettesingen

Buchdruckerei Theodor Kehrer, Freiburg i. Breisgau

1935

Referent: Prof. Dr. Paul Schröder.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Durch die Genehmigung einer Dissertation nimmt die Fakultät nicht Stellung zu den darin ausgesprochenen Anschauungen.

Meinen Eltern

Inhaltsübersicht.

Einleitung:

1. Die Bedeutung der sozialen Frage und Begriffsbestimmung 7
2. Begriffsbestimmung des Wirtschaftssystems 8
   a) Die Einheit des Zieles 8
   b) Die Einheit des Mittelsystems 10
3. Die entscheidende Bedeutung der Zielsetzung für das Wirtschaftssystem 10
4. Der Ursprung des Individualismus aus dem Materialismus 11

I. Teil:

Die individualistisch-materialistischen Wirtschaftssysteme 14

1. Kapitel: Der Kapitalismus und die soziale Frage 15
   I. Das Schlagwort „Kapitalismus" und die verschiedenen Erklärungen der Entstehungsursache und des Wesens dieses Wirtschaftssystems 15
      1. Die Auflösung der Schlagworte 15
      2. Die Einführung des Begriffs durch den Marxismus 16
      3. Meine Definition des Begriffs „Kapitalismus" und ihre Uebereinstimmung mit der heute herrschenden Anschauung, insbesondere die Anerkennung des Individualismus und des Liberalismus als die geistigen Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems 16
      4. Die Entstehung und das Wesen des Kapitalismus in den verschiedenen Deutungen 18
      5. Wesenserklärung durch die monistische Kausalerklärung . . 19
   II. Darstellung des kapitalistischen Wirtschaftssystems 20
      1. Die geistigen Voraussetzungen 20
         a) Der Individualismus 20
         b) Individualismus und Egoismus 21
         c) Das individualistische Ziel 22
         d) Der Rationalismus 23
      2. Der wirtschaftliche Liberalismus als die individualistische Wirtschaftsform 24
         a) Der liberale Staat 26
         b) Das liberale Wirtschaftssystem 27
            aa) Eigentumsfreiheit 27
            bb) Konkurrenzfreiheit 28
            cc) Arbeitsvertragsfreiheit 29
            dd) Freizügigkeit und Gewerbefreiheit 29
            ee) Freihandel 30

III. Die soziale Frage im kapitalistischen Wirtschaftssystem 31
1. Die rechtliche Freiheit und die wirtschaftliche Unfreiheit . . 32
2. Das individualistische Leistungsprinzip 33
3. Die Auswirkungen der rechtlich freien, in der Tat unfreien Konkurrenz: Die soziale Not 34
4. Der Zusammenschluß der durch die Not betroffenen Arbeiterschaft 39
5. Die Sozialpolitik „als der institutionelle Niederschlag der sozialen Bewegung“ 40
6. Kapitalismus und Interventionismus 41
7. Unmöglichkeit der Lösung der sozialen Frage durch das kapitalistische Wirtschaftssystem 42
2. Kapitel: Marxismus und soziale Frage 44
I. Entstehung und Begriff des Marxismus 44
II. Der evolutionäre Marxismus 45
1. Der historische Materialismus 45
2. Die Marx'sche Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung . . 46
3. Die Unrichtigkeit der Entwicklungstheorie 49
4. Die Bedeutung des evolutionären Marxismus 50
III. Der revolutionäre Marxismus 50
1. Marx und seine Nachfolger 50
2. Das marxistisch-sozialistische Wirtschaftssystem 52
a) Die Zielsetzung dieses Systems 52
b) Seine Form 54
c) Die Unmöglichkeit der Lösung der sozialen Frage . . . 58
II. Teil:
Das idealistisch-sozialistische Wirtschaftssystem:
Die ständische - gebundene Wirtschaft 62
I. Die geistigen Voraussetzungen: die idealistische Weltanschauung 62
II. Der völkisch-idealistische Staat 70
III. Ständisch-gebundene Wirtschaft und soziale Frage 75
1. Das ständisch-gebundene Wirtschaftssystem 77
a) Der Begriff des Standes 77
b) Die Eigentumsform in der ständisch-gebundenen Wirtschaft 83
c) Der ständisch-gebundene Wettbewerb 87
d) Die ständische Selbstverwaltung 89
e) Die Selbstversorgung im ständisch-gebundenen Wirtschaftssystem 94
2. Die Lösung der sozialen Frage in der ständisch-gebundenen Wirtschaft 97
a) Die Eingliederung aller Volksteile in die Gemeinschaft . . 97
b) Der verpflichtende Charakter des Eigentums und seine Wirkung auf das Verhältnis vom Besitzenden zum Nichtbesitzenden 101
c) Die Wirkungen der Wettbewerbsbeschränkungen auf die soziale Befriedung 103
d) Die sozialen Folgen der ständischen Selbstverwaltung . . 106
e) Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Lösung der sozialen Frage in der ständisch-gebundenen Wirtschaft 109

Einleitung.

1. Die Bedeutung der sozialen Frage und Begriffsbestimmung.

„Die deutsche Revolution ist deshalb eine Erhebung zum sozialen Frieden, zu einer Befriedung innerhalb des Reiches selbst, und gerade deshalb erstrebt sie auch, nach außen einen gerechten Frieden zu erhalten, um das Problem unserer Zeit: die soziale Frage im Sinne eines echten Sozialismus, das heißt, im Sinne einer staatlich-gesicherten Gerechtigkeit zu lösen."[1]) Die soziale Frage ist also nach Rosenberg das „Problem unserer Zeit". Albrecht spricht von der sozialen Frage als dem „an Bedeutung alles überragenden Problem des 19. Jahrhunderts"[2]), als der „Schicksalsfrage Europas".[3]) Und weiterhin: „Das deutsche Volk wird nur dann den Weg zur Nation zurückfinden, wenn die soziale Frage ihre Lösung im Geiste der Volksgemeinschaft gefunden hat, der Weg des Klassenkampfes endgültig verlassen ist."[4]) Nichts anderes meint Walter Heinrich mit den Worten: „Die soziale Krise ist das traurigste Erbe des 19. Jahrhunderts. Erst ihre Ueberwindung kann dem gewaltigen Umbruch von heute seinen letzten Sinn geben."[5]) Wenn Walter Heinrich dann fortfährt: „Allerdings darf die soziale Frage nicht nur als Arbeiterfrage oder gar als Lohnfrage, sie muß vielmehr als Zerstörung des Volkskörpers betrachtet werden", so gibt er damit schon eine Definition dessen, was die soziale Frage ist, oder vielmehr, was sie nicht sein darf: eine rein materielle Frage.

Im Gegensatz dazu ist gerade das Materielle sehr stark betont in der Definition Adolf Webers, der sagt: „Die Frage, wie für die Gesamtheit der Arbeitenden das Verhältnis zur Güterwelt nachhaltig gebessert werden kann, ist für den Volkswirt die sozialpolitische Kernfrage."[6]) In dieser Definition liegt noch mehr. Das Verhältnis „der Gesamtheit der Arbeitenden zur Güterwelt" zu bessern ist die sozialpolitische Kernfrage. Damit ist betont, daß die Ueberwindung der sozialen Frage ein Produktions- und kein Verteilungsproblem ist. Aehnlich heißt es in der Frankfurter Zeitung: „Rein ökonomisch betrachtet kommt der Verteilung des Sozialprodukts auf die verschiedenen Einkommensgruppen eine geringere Bedeutung zu, als dem Umfang des für die Verteilung verfügbaren Gesamtprodukts, und die ökonomische Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der freien Verkehrswirtschaft und

ihren Kritikern wird in erster Linie stets dieses Kernproblem der Gesamtproduktivität zum Gegenstand haben müssen."[7]) Der geringen Bedeutung, die man der Verteilung des Sozialproduktes zumißt, entspricht die Geringschätzung des „Problems des 19. Jahrhunderts", der sozialen Frage, von der man als von „unangenehmen menschlichen Begleiterscheinungen" spricht. Es heißt da bei einer Würdigung des Kapitalismus: „Es läßt sich allenfalls darüber diskutieren, ob diese Verarmung in Kauf genommen werden soll, um unangenehmen, menschlichen Begleiterscheinungen, die mit dem System verbunden sind und die im letzten Abschnitt unserer Arbeit noch berührt werden sollen, zu entgehen."[8])

Wir haben uns so die auseinandergehendsten Auffassungen über die Bedeutung und den Begriff der sozialen Frage vor Augen geführt. Die einen erblicken darin d a s Problem unserer Zeit; sie sehen es sich auswirken und auftreten als Zersetzungserscheinung des ganzen Volkskörpers. Die anderen verschieben sie auf das Gebiet der wirtschaftlichen Produktion, fassen sie rein materiell auf und betrachten sie als eine „unangenehme, menschliche Begleiterscheinung".

Es soll hier bei dieser Feststellung sein Bewenden haben. Trotz der verschiedenen Auffassungen über das Anwendungsgebiet des Begriffs der sozialen Frage im Einzelnen, läßt sich doch das Eine klar erkennen: Die soziale Frage ist die Frage nach Spannungen in der Gemeinschaft, im sozialen Organismus, in der Gesellschaft oder sei es auch nur auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Produktion. Unsere Untersuchungen werden also dahin gehen, ob diese Spannungen sich ergeben aus einer bestimmten Gesellschaftsauffassung, die notwendig eine ihr artgemäße Wirtschaftsordnung schafft, wie z. B. der Kapitalismus eine Folge der individualistischen Auffassung ist, oder ob diese Spannungen zurückzuführen sind auf Störungen sind, die mit ihren Tauschverkehrsbeziehungen den äußeren Eingriffe, oder ob drittens diese Spannungen und Mißstände als Funktionen jeder Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hingenommen werden müssen. Sollte es uns möglich sein, nachzuweisen, daß e i n e auf b e s t i m m t e n Grundprinzipien aufgebaute Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung „mit Denknotwendigkeit" diese Mißstände herbeiführen muß, so werden derartige „Ordnungen" oder „Systeme" abgelehnt werden müssen, da sie notwendig zur Auflösung jeder Gemeinschaft führen.

2. Begriffsbestimmung des Wirtschaftssystems.

a) D i e E i n h e i t d e s Z i e l e s.

Unsere Aufgabe soll sein, die Stellung der sozialen Frage i n oder auch a u s den einzelnen Wirtschaftsordnungen, Wirtschaftssystemen zu erkennen. Wir nehmen damit die Existenz solcher

„Ordnungen" oder „Systeme" an. Die Tatsache jedoch, daß ihr Vorhandensein als eine Einheit bestritten wird, zwingt uns dazu, die Annahme solcher Einheiten zu begründen. Sombart versteht unter Wirtschaftssystem „eine als sinnvolle Einheit erscheinende Wirtschaftsweise, bei welcher die Grundbestandteile der Wirtschaft je eine bestimmte Gestaltung aufweisen".[9]) Dagegen sagt Groß: „Der Begriff Wirtschaftssystem besagt nichts anderes als: Arbeitsorganisation oder Betrieb unter bestimmten historischen Umständen"[10]), und ferner: „die Wirtschaftssysteme zerfallen also bei näherer Betrachtung in so viel Teile, wie Wirtschaftssubjekte vorhanden sind, die mit ihren Tauschverkehrsbeziehungen den äußeren Eindruck von dem hervorrufen, was Arbeiterorganisation oder Betrieb genannt wird, das Wirtschaftssystem ist überhaupt keine wirtschaftliche Einheit."[11])

Wenn Sombart von einer sinnvollen E i n h e i t spricht, so kann damit doch nur gesagt sein, daß das Wirtschaftsleben nicht ursächlich, mechanisch, sinnlos, wie ein einmal in Bewegung gesetzter Automatismus abläuft, sondern daß es ausgerichtet ist auf einen bestimmten Zweck, ein Ziel, dessen Erreichung es erst sinnvoll erscheinen läßt. Und diese Ausrichtung am Ziel ist das grundsätzlich systematisierende, die Einheit, das ordnende Element. Daß eine Ordnung erst ihren Sinn erlangt von ihrem Zweck her, leugnet auch Groß nicht, denn er sagt: „Von Ordnung wird gewöhnlich dann gesprochen, wenn irgendwelche Größen auf einen bestimmten Zweck ausgerichtet werden. Dieser festumrissene Zweck gibt jeder Ordnung erst ihren Sinn . . . . Ordnen heißt eben: auf ein bestimmtes Ziel ausrichten."[12]) Der Zweck gibt also der Wirtschaftsordnung erst ihren Sinn. Von einer „sinnvollen Einheit" eines Wirtschaftssystems kann also nur dann die Rede sein, wenn dieser einheitliche Wirtschaftszweck feststellbar und auch wirksam ist. Diesen Wirtschaftszweck stellt Groß selbst heraus. — Er führt damit seine These von der Unmöglichkeit eines Wirtschaftssystems als Einheit ad absurdum — indem er sagt: „Das letzte Ziel aller wirtschaftlichen Ueberlegungen und Handlungen, Beziehungen und Einrichtungen ist die möglichst vollkommene Bedürfnisbefriedigung der Wirtschaftssubjekte. Die Selbstverständlichkeit dieser Feststellung anerkennt auch Sombart[13]) und weiter „deshalb können wir sagen: das Ziel aller menschlichen Unterhaltsfürsorge ist, ein Höchstmaß an Lustgefühlen bei einem Mindestmaß an Unlustgefühlen zu erlangen."[14]) — Unwesentlich ist uns vorläufig, welcher Art das Ziel ist, dem die Wirtschaftsordnung untergeordnet ist. Ausschlaggebend vielmehr ist, daß überhaupt e i n Z i e l das Wirtschaftslebens beherrschen soll, welches für alle Handlungen und Einrichtungen als Ausrichtungspunkt dient. Durch diese Ausrichtung auf e i n Z i e l ist das Grundsätzliche der Wirtschaftsordnung, des Wirtschaftssystems, gegeben.

b) Die Einheit des Mittelsystems.

Allerdings genügt die Systematisierung des Zieles allein nicht zur Kennzeichnung eines Wirtschaftssystems. Von der Systematisierung der Ziele aus müssen wir weitergehen zur Systematisierung der Mittel und versuchen, das Prinzip zu finden, welches die Einheit des Wirtschaftssystems auch im Bereich der Mittel herbeiführt. Nur dadurch werden wir zur Erklärung zweier, so verschiedener Wirtschaftssysteme gelangen, wie es Kapitalismus und Marxismus sind, die ein Ziel, „das größte Glück der größten Zahl", erstreben. Das grundsätzlich Bestimmende jedoch bleibt die Zielsetzung, und wir werden sehen, daß der Uebergang vom Kapitalismus zum Marxismus aus demselben Grunde keine Rettung bringen kann, aus dem er gefordert wurde. Das einheitliche falsche Ziel muß beide zur Auflösung bringen. Beide wollen ein individualistisches Ziel durch das Zusammenwirken der einzelnen Individuen, also in einem sozialen Gebilde, sei es in Gesellschaft, Staat, Genossenschaft erreichen, ohne zu bedenken, daß das Ziel, welches angestrebt wird, das Mittel, das dazu dienen soll, vernichten muß. Ein individualistisches Ziel durch Zusammenwirken der Menschen, also durch soziales Handeln erreichen zu wollen, wie es Kapitalismus und Marxismus erstreben, bedeutet Wirtschaftsutopie, wenn wir unter Wirtschaftsutopie nach Sombart ein Wirtschaftssystem verstehen, welches unvereinbare Komponenten in sich zu vereinen sucht. Das Utopische eines individualistischen Wirtschaftssystems zeigt sich besonders deutlich im Marxismus, der die unvereinbaren Bestandteile: Gleichheit und Freiheit vereinen zu können glaubt. Folgerichtiger ist demgegenüber der Kapitalismus. Will er jedoch sein Prinzip der Freiheit vollkommen verwirklichen, so muß er notwendig soziale (im weitesten Sinne gefaßt) Rücksichten fallen lassen; er ist dann eben nicht mehr ökonomischer Liberalismus, sondern, wie Spann sagt, wirtschaftlicher Machiavellismus: Rücksichtslose Durchsetzung der individualistischen Ziele durch wirtschaftliche Machtstellung und Gewalt.

3. Die entscheidende Bedeutung der Zielsetzung für das Wirtschaftssystem.

Die Systematisierung des Wirtschaftslebens geschieht also in erster Linie durch die Ziele, die von den wirtschaftenden Individuen gesetzt werden und daneben durch die verschiedene Mittelwahl. Diese Verschiedenartigkeit der Mittelwahl ist nun nicht so aufzufassen, als ob sie nach subjektivem Gutdünken eklektisch vor sich gehen könnte, sondern ein Grundprinzip beherrscht konsequent das ganze Gebäude der Mittel. Ich habe mir damit die Spannsche Definition von Wirtschaft zu eigen gemacht: „Wirtschaft ist

ein Inbegriff von Mitteln für Ziele."[15]) Deshalb darf das Ziel nicht in den Wirtschaftsbereich eingeschlossen werden, auch nicht als Wirtschaftserfüllung.

Die vorliegende Arbeit soll also von den verschiedenen außer- und überwirtschaftlichen Zielsetzungen der Menschen ihre große Zweiteilung erhalten. Ich unterscheide in Systeme, welche die wirtschaftliche Zielerreichung für den Einzelnen: höchste materielle Bedürfnisbefridigung, „Maximisation" der Glückseligkeit, das „größte Glück der größten Zahl" als Endziel, „sozialen" Wirkens überhaupt ansehen und Systeme, welche die völkisch-kulturelle Entwicklung: also höchste idealistische und damit sozialistische Ziele als Endziele betrachten, wozu die materielle Bedarfsdeckung nur als Unterlage dient.

Wir sehen: auch die Wirtschaftssysteme, die nur Sinn haben in der Hinordnung auf ihr Ziel, sind wie diese Ziele selbst Ausdruck der jeweiligen Weltanschauung, deren zwei das gesamte geschichtliche Leben beherrschen: Die individualistisch-materialistische einerseits und die sozialistisch-idealistische Weltanschauung andererseits. Nur die Klarstellung und Abgrenzung dieser beiden Grundauffassungen wird uns die Möglichkeit geben, immer wieder den roten Faden, das Ordnungsprinzip, zu entdecken, wie es im Wirtschaftsleben wirkt, und wir werden davor bewahrt bleiben, Symptome und historische Einmaligkeiten als Gliederungsprinzipien zur Systematisierung heranzuziehen. Indem ich die notwendige Verbindung von Individualismus und Materialismus beweise, wird die von Idealismus und Sozialismus von selbst gegeben sein. Es wird nicht bestritten, daß der Materialist in der höchstmöglichen Vergrößerung irdischen Genusses sein Ziel sieht. Meine Behauptung geht dahin, daß jeder Individualist Materialist sein muß.

4. Der Ursprung des Individualismus aus dem Materialismus.

Wenn Adolf Weber sagt: „Mögen die Klassiker auch immerhin Individualisten sein, in dem Sinne, daß sie in dem Individuum den obersten Zweck erblicken, deshalb brauchen sie aber ganz und garnicht Egoisten zu sein"[16]), dann mag dies insofern eine Berechtigung haben, als die Klassiker die göttliche Weltordnung sich dann harmonisch abwickeln sahen, wenn jedes Individuum seine Ziele verfolge. Es war der Glaube an die praestabilierte Harmonie, der sie beherrschte. Dieser Glaube dürfte durch die Entwicklung zur Genüge widerlegt sein. Und doch war es dieser Glaube, der sie hinderte, die Folgen zu sehen, welche das individualistisch-materialistische Prinzip haben mußte, und soweit sie etwa Mißstände sahen, glaubten sie, diese als unabwendbar hinnehmen zu müssen.

Meine Beweisführung soll sich ergeben aus einer Auseinandersetzung mit Othmar Spann, der, von der Gesellschaftswissenschaft

kommend, diese Zweiteilung in Materialismus und Idealismus, weiterhin Individualismus und Sozialismus (sein Ausdruck dafür ist Universalismus) nun auch in die Diskussion wirtschaftswissenschaftlicher Probleme warf. Das mit Recht; denn die Wirtschaft als Teilgebiet des gesamten Gemeinschaftslebens isolierter Betrachtung zu unterziehen, geht nicht an. Ich ziehe aber Spann besonders deshalb hier heran, weil er, trotz seiner Hinweise auf die materialistische Tendenz im Individualismus den Materialismus nicht logisch notwendig mit dem Individualismus verbunden sein läßt.

Der Individualismus als gesellschaftswissenschaftlicher Begriff beantwortet die Frage nach dem Wesen der Gesellschaft dahin gehend: „Die Gesellschaft ist eine Zusammensetzung von Individuen."[17]) Diese Individuen oder Einzelmenschen werden als geistig autark, selbstwüchsig gedacht, und so besteht der Grundgedanke des Individualismus darin, „daß das Primäre und Ursprüngliche in der menschlichen Gesellschaft allein der Einzelne sei".[18]) Er schöpft alles aus seinem Inneren, aus seinem in sich selbst beruhenden Geiste. „Ein Gefühl des in sich Beruhens, eines einsamen inneren Menschen, ist immer die stärkste, subjektive Stütze des Individualismus."[19]) Wenn sich nun das Individuum als geistig „selbständig" ansieht, so ist es für sich selbst notwendig die einzige Realität, die eine Bindung — Religion — nicht anerkennen kann, da mit der Anerkennung eines Gebundenseins die geistige Autarkie oder Selbstgenugsamkeit und damit das Kernstück des Individualismus entfällt. Sittlichkeit, als Richtung auf das Vollkommene, kann für ihn deshalb nur eine individuelle sein, d. h. eine subjektive, denn er setzt sich ja selbst sein Vollkommenheitsziel, sein Ideal. Dieses Vollkommenheitsziel, dieses Ideal, diese Forderung, die er sich selbst stellt, kann nur auf irdische Dinge hinzielen, denn das Streben nach Jenseitigem, Ueberirdischem, metaphysischem Ziel, müsste ein solches, das ja nur etwas Geistiges sein kann, anerkennen und durch die Anerkennung dieses im Transzendenten beruhenden Geistigen als letzte Wirklichkeit seine eigene geistige Selbstwüsigkeit aufgeben. Denn dies Höhere, Geistige stände als Absolutes über ihm, er selbst wäre also gefaßt in diesem Ganzen.

Aus dieser Selbstgenugsamkeit, der geistigen Autarkie, müssen sich als Folgerungen ergeben: sittlicher Relativismus und eine utilitaristische Sittlichkeitsauffassung. (Spann.)

Ich sagte soeben, daß es eine sittliche Forderung für den Individualisten nur in Hinsicht auf seine eigene Vollkommenheit gibt. Und dies Vollkommenheitsideal bestimmt der Individualist selbst. „Sittlich ist, was dem Einzelnen sittlich angemessen erscheint."[20]) Diesen Gedankengängen glaubt Spann folgendes hinzufügen zu müssen: „Es ist aber nötig, hier festzustellen, daß der Individualismus weder in sittlicher noch in logischer Hinsicht zum Relativismus oder gar Subjektivismus werden muß. Von sich aus drängt er wohl

dazu, ja gibt er einen eindeutigen Vordersatz für den relativistischen Schlußsatz ab. Aber", so fährt Spann fort, „von anderen Gedankengängen herr, nämlich von der Erkenntnistheorie oder von der Metaphysik oder von der Religion her können diese Gedanken durchkreuzt werden."[21]) Diese letzten Sätze scheinen mir unvereinbar mit der Spann'schen Erklärung von der Selbstgenugsamkeit des Individualismus. Gewiß hat der Individualist die Freiheit, zu tun und zu lassen, was er will. Sobald er jedoch zur Anerkennung eines solchen oder anderen Geistes, eines höheren geistigen Wesen kommt, was in Metaphysik und Religion geschieht, so hebt er in der Anerkennung dieses Geistigen seine eigene geistige Selbstgenugsamkeit und damit seinen Individualismus auf.

Eine utilitaristische Sittlichkeitsauffassung ist eine weitere Folge des Individualismus. Wir sahen, daß ein gemeinsames geistiges Ziel nicht vorhanden sein kann. Da aber das Zusammenleben der Menschen eine Notwendigkeit ist, haben wir uns zu fragen, unter welchem Gesichtspunkt der Individualist dies gemeinsame Leben, die Gesellschaft auffaßt. Spann sagt: „Das Verhältnis zwischen den Menschen ist ein rein nothaftes, nützliches oder utilitarisches. ‚Utilitarisch' aber heißt: Was mir äußere Hilfe bietet, nützlich, zweckmäßig ist; . . . Hieraus folgt, daß der Einzelne im Hinblick auf die Gesellschaft sagen muß: Gut ist, was mir nützt."[22]) Die Gesellschaft ist also, wie Spann sagt, für den Individualisten nur ein Umweg zu sich selbst, und dieser Umweg bezieht sich wieder nur auf das Nothafte, Utilitarische, Materielle. Daß Spann auch bezüglich dieses Punktes sagen kann: „Auch hier gilt wieder, daß aus anderen Gedankenkreisen her Beweisgründe genommen werden können, welche diese Folgerung durchkreuzen oder sogar aufheben"[23]), ist inkonsequent, da es, wie wir eben sahen, den Individualismus aufhebt. Individualismus m u ß also aus materialistischer Weltanschauung entspringen und zu demgemäßen Folgerungen führen. Die politische Folgerung des „Nachtwächterstaates", der „Wach- und Schließgesellschaft" ist Ausdruck jenes Utilitarismus. Wie im Staatsleben muß auch letztlich im Wirtschaftsleben dieser Utilitarismus, als Kind des Materialismus, zur Auflösung führen.

Wie der Individualismus vom Materialismus, so kann der Sozialismus nur vom Idealismus ausgehen, was sich nach dem bisher Ausgeführten von selbst ergibt. Der Idealist sieht in der Arbeit, der Aufopferung für höhere Ziele, den Sinn seines Lebens, er sieht sich durch das Geistig-Religiöse mit seinem Mitmenschen verbunden. Er gibt so seinem Leben einen Sinn, eine Aufgabe.

Es ist noch hinzuzufügen, daß ich S y s t e m e betrachte, die von den jeweiligen Grundauffassungen bestimmt sind. Damit ist nicht gesagt, daß alle in individualistischen Wirtschaftssystemen handelnden Personen Individualisten und Materialisten sind. Es wird ihnen jedoch vom System ihr Handeln aufgezwungen; sie

unterliegen einem Zwang, dem sie sich nicht entziehen können, wenn sie überhaupt ihren Platz behaupten wollen. Es tritt ein, was Briefs vom Kapitalismus sagt: „Der Geist, aus dem der Kapitalismus entstand, ist in seiner verfestigten Form zu objektivem Geist erstarrt."[24])

Durch diese Beweisführung glaube ich die Berechtigung für die große Zweiteilung der Wirtschaftssysteme erworben zu haben. Wie sich innerhalb dieser Zwecksetzungen ein Streit über die Formen zu ihrer Erreichung entwickelt, wird nachfolgend zu betrachten sein.

I. Teil.

Die individualistisch-materialistischen Wirtschaftssysteme.

Wir verstehen unter den individualistisch-materialistischen Wirtschaftssystemen den Kapitalismus und den Marxismus. Beide gehen aus von der einen Wurzel, dem Individualismus, und beide haben das eine Ziel, dem einzelnen Menschen eine größtmögliche Fülle an irdischen Gütern zu verschaffen. „Der Liberalismus ist eine Lehre, die ganz und gar auf das Verhalten der Menschen in dieser Welt gerichtet ist. Er hat in letzter Linie nichts anderes im Auge, als die Förderung der äußeren, der materiellen Wohlfahrt der Menschen . . ."[25]), sagt Mises. Der Sozialist Bebel: „Die sozialistische Gesellschaft bildet sich, um Jedem ein möglichst hohes Maß von Lebensannehmlichkeit zu ermöglichen."[26]) Ja, bezüglich des Endzustandes, dem der Marxismus zustrebt, sind sich Kapitalismus und Marxismus auch einig in der Forderung nach ‚Freiheit', also Vertreter des Liberalismus. „Freiheit und Würde" des Arbeiters ist ja auch das Kampfgeschrei der sozialistischen Arbeiterbewegung, wie das Heimann z. B. beweist. „Insofern er ‚Freiheit' will, ist besonders auch ‚der' Sozialismus unmittelbares Erbe des Liberalismus."[27]) Diese Wirtschaftssysteme gehen nur auseinander in der Form, mit deren Hilfe die Freiheit aller Menschen erreicht werden soll. „Vom Sozialismus, der ebenfalls vorgibt, das Wohl Aller anzustreben, unterscheidet sich der Liberalismus nicht durch das Ziel, dem er zustrebt, sondern durch die Mittel, die er wählt, um dieses letzte Ziel zu erreichen", lautet ein Wort von Mises.[28]) Es geht mir darum, dies besonders festzustellen, daß beide Wirtschaftssysteme derselben Wurzel entspringen, auf denselben Voraussetzungen beruhen, daß eine die Voraussetzung für das Entstehen des anderen schafft, und daß dieses dann nach Erreichung seines Zieles: freie kommunistische Wirtschaft, liberale Utopie, von ihrer eigenen Voraussetzung, dem Individualismus notwendig wieder vernichtet wird.

Die Verschiedenheit in der äußeren Form, die doch wieder aus der gleichen Geisteshaltung hervorgegangen ist, soll uns nun in den nachfolgenden Ausführungen zur Kenntnis gebracht werden und in der Einsicht bestärken, daß nicht nur diese oder jene neue Form die Rettung aus der jetzigen Not zu bringen vermag, sondern daß jede Form, die auf dem Individualismus beruht, wie sie z. B. der Marxismus dem Kapitalismus gegenüber erstrebt, notwendig zur Auflösung jeder Gesellschaft führen muß.

1. Kapitel.
Der Kapitalismus und die soziale Frage.

I. Das Schlagwort „Kapitalismus" und die verschiedenen Erklärungen der Entstehungsursache und des Wesens dieses Wirtschaftssystems.

1. Die Auflösung der Schlagworte.

Sombart hat einmal das Wort geprägt, daß eine Hauptaufgabe des Wissenschaftlers in der scharfen, begrifflichen Erfassung der Erscheinungen und vor allem „in der Auflösung der Schlagwörter zu erblicken sei".[29]) In einer Arbeit nun, in der man gezwungen ist, fast die gesamten „-ismen" der nationalökonomischen Terminologie zu verwenden, gilt dies in ganz besonderem Maße. Es ist nicht zu leugnen, daß die überaus häufige Verwendung dieser Begriffe im politischen Tageskampf sie in vieler Augen entwertet hat. Und doch ist der Mißbrauch eines Begriffes noch kein Beweis für seine Untauglichkeit. Es besteht nur allzu sehr die Gefahr, daß man sich der Auseinandersetzung mit dem heutigen politischen und sozialen Problem dadurch entzieht, daß man die Terminologie, in der diese Problematik dargestellt wird, für „Schlagworte" erklärt und glaubt, durch die Vernichtung des Angriffsobjektes im Begriff, dem Angriff selbst den Boden entzogen zu haben. In der Tat ist der Kampf oder die Auseinandersetzung unmöglich mit einer Erscheinung, die man nicht kennt, und deren Wesen vor allem man nicht zu deuten weiß. Ich habe mich deshalb bemüht, bisher immer eine Erklärung dessen zu geben, was ich unter dem von mir verwandten „-ismus" verstehe. Man kann verschiedener Meinung sein über die Richtigkeit einer solchen Deutung. Diese kann nur bewiesen werden durch die Brauchbarkeit des Begriffes bei der Erklärung der mit ihnen bezeichneten Tatsachen und Zusammenhänge.

Der Begriff „Kapitalismus" bedarf ebenfalls der Bestimmung; nicht weil damit seine Existenzberechtigung nachgewiesen werden müsste. Der Begriff hat sich, trotzdem Passow ein Buch schrieb, um seine Leere und Unbrauchbarkeit zu beweisen, durchgesetzt. Der Hauptvorwurf Passows geht dahin, daß die Vieldeutigkeit des

Stammwortes Kapital keinen eindeutig bestimmten Kapitalismusbegriff zulasse. Er erhärtet seine Behauptung durch den Hinweis darauf, daß von fast jedem, der sich mit dem Problem des Kapitalismus beschäftige, eine andersartige Determination des Begriffes gegeben werde. Ueber den Zusammenhang des Begriffspaares Kapital und Kapitalismus werde ich mich noch weiter unten äußern. Es sollen uns jetzt die verschiedenen Erklärungen der Entstehung und des Wesens des Kapitalismus beschäftigen.

2. Die Einführung des Begriffes durch den Marxismus.

Der Begriff wurde aus der Taufe gehoben, großgezogen und popularisiert durch den Marxismus. Er verstand darunter das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herrschende Wirtschaftssystem, in welchem die Wirtschaftsmittel, die Produktionsmittel in den Händen immer weniger werdender Gesellschaftsmitglieder sich befanden, die ihr zügelloses Erwerbsstreben in der Ausbeutung der nichtbesitzenden Gesellschaftsmitglieder zu Erfolg kommen ließen. Die Herkunft des Kapitalismus als Begriff, so folgert man, habe ihn also vorbelastet, und er sei aus diesem Grunde ungeeignet, er habe seine wissenschaftliche Neutralität schon bei der Geburt verloren. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum man ein Wirtschaftssystem unbedingt mit einem neutralen Namen belegen soll, wenn dieses Wirtschaftssystem selbst diese Neutralität nicht besitzt. Wenn als neutrale Begriffe dafür außer Wirtschaftsliberalismus, freie Verkehrswirtschaft, freie Marktwirtschaft, freie Unternehmerwirtschaft, private Erwerbswirtschaft vorgeschlagen werden, so zeugt dies von der Verkennung des Wesens und des Ursprungs dieses Wirtschaftssystems. Die Mißstände und Entartungen als Auswirkungen des damaligen Wirtschaftssystems sind vom Marxismus richtig gesehen worden; daß sie zu propagandistischen Zwecken noch übertrieben wurden, ist kein grundsätzlicher Beweis gegen sie. Wie der Marxismus allerdings im rein Negativen stecken blieb und infolge seiner materialistischen Weltanschauung und Geschichtsbetrachtung — getäuscht durch die wirtschaftliche Entwicklung der Zeit — das Wesen des damaligen Wirtschaftssystems vollkommen verkannte, wird nach der Betrachtung des Kapitalismus zu zeigen sein.

3. Meine Definition des Begriffes „Kapitalismus" und ihre Uebereinstimmung mit der heute herrschenden Anschauung, insbesondere die Anerkennung des Individualismus und des Liberalismus als die geistigen Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Ich verstehe unter Kapitalismus ein Wirtschaftssystem, welches die höchstmögliche materielle Bedürfnisbefriedigung des Einzel-

menschen zum Ziel hat und dieses Ziel durch restlose Verfolgung des individuellen Gewinnstrebens auf dem Wege der freien wirtschaftlichen Beteiligung der Wirtschaftssubjekte, die sich in freiem Verkehr auf dem Markt zum Austausch ihrer Erzeugnisse treffen, erreichen will. Zum Vergleich dazu habe ich einige Definitionen bekannter Nationalökonomen aller Richtungen, vom extremen Liberalisten bis zum Universalisten herangezogen. Bei Mises heißt es: „Das Programm des Liberalismus hätte also, in ein einziges Wort zusammengefaßt, zu lauten: Eigentum, d. h. Sondereigentum an den Produktionsmitteln."[30]) Albrecht sagt: „Die Grundprinzipien der liberalen Wirtschaft, der freien Verkehrswirtschaft als der wirtschaftlichen Ordnung des 19. Jahrhunderts sind diese: Der Einsatz privater, d. h. auf dem Eigentum beruhender Kapitalmacht (die rein wirtschaftliche Verfügungsmacht über Vermögen ist, welches in den Dienst der Produktion gestellt wird) erfolgt unter dem jede andere Prägung verdrängenden Antriebe des Gewinnstrebens, des Strebens nach Ertragsüberschuß; freie Verkehrswirtschaft ist also private Erwerbswirtschaft, die sich weiterhin im freien Wettbewerb unter den freien, in ihrem wirtschaftlichen Streben völlig unabhängigen privaten Unternehmern abspielt."[31]) Die Frankfurter Zeitung beantwortet die Frage nach dem Wesen des Kapitalismus dahin: „In Wirklichkeit ist dieses System eine nicht von den Menschen erdachte, sondern naturgewachsene Organisation, die unter Nutzbarmachung des individuellen Gewinnstrebens in einer ungemein sinnvollen, wenn auch von den wenigsten voll verstandenen Weise die automatische Anpassung der arbeitsteiligen Produktion an den Bedarf durch den Regulator der Preise und die Lenkung der Produktivkräfte auf die ertragsreichsten Gebiete durch den Regulator des Zinses bewirkt."[32]) Andreae, der in seiner Kennzeichnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf die Sombart'sche Dreiteilung: Geist, Form, Technik zurückgreift, führt aus: „Wir haben schon gesehen, wie das Erwerbsprinzip für die kapitalistische Wirtschaftsgesinnung maßgebend wurde, wie dieser rationale Wirtschaftsgeist eine neue Wirtschaftsordnung herbeiführte und sich auch eine neue rationale Technik schuf. . . . Die kapitalistische Wirtschaft ist eine freie Verkehrswirtschaft."[33])

Im Wesentlichen stimmen sämtliche, hier angeführten Definitionen trotz der verschiedenen Richtungen, denen ihre Vertreter angehören, mit der von mir gegebenen Definitionüberein: Anerkennung des privaten Gewinnstrebens und seine Befriedigung durch eine freie Wirtschaftsorganisation. Individualismus und der aus ihm folgende Liberalismus werden somit als geistige Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung festgestellt. Die Frankfurter Zeitung, bisher einer der eifrigsten Verfechter dieser Ordnung, schreibt dazu: „. . . in der Ueberzeugung zugleich, daß die Ideen

des Individualismus und Liberalismus, auf denen diese Wirtschaft beruht (gesperrt von mir), unvergänglich sind, in der Ueberzeugung, daß es ein Verhängnis wäre, wenn die Worte des sterbenden Herbert Spencer Wirklichkeit würden: „Es wird kein Mann mehr tun können, was er will, sondern nur, was ihm geheißen wird", in dieser Ueberzeugung und in dem sozialen und freiheitlichen Geiste, der seit 75 Jahren unser Blatt leitet, soll in der folgenden Publikation positive Kritik an den Wirtschaftsmethoden der Nachkriegszeit geübt und dargelegt werden, daß das Wirtschaftsbild, wie es sich heute präsentiert, in vieler Hinsicht nur noch das Zerrbild einer funktionsfähigen, freien Verkehrswirtschaft darstellt."[34])

Die Anerkennung dieses einen Grundprinzips, des Individualismus, auch durch diejenigen Kreise, welche das aus ihm notwendigerweise folgende Wirtschaftssystem bejahen, ist besonders festzustellen. Denn wenn der Kapitalismus zu jenen Spannungen, die wir unter dem Namen „soziale Frage" zusammengefaßt haben, führen muß, wenn seine Beseitigung lebensnotwendig ist, so kann kein Reformplan diese Schäden auf die Dauer beseitigen, der an Symptomen den Kampf aufnehmen will. Die Vernichtung eines Uebels kann nur an der Wurzel geschehen. Voraussetzung ist, daß man es erkennt.

4. Die Entstehung und das Wesen des Kapitalismus in den verschiedenen Deutungen.

Zur Erkenntnis der Entstehung und damit des Wesens des Kapitalismus sind schon die verschiedensten Deutungen als einzig richtige Ursachenerklärung gegeben worden. Jostock sagt: „Will man sich das Wachsen dieses Riesengebildes vom Keim bis zur heutigen Gestalt erklären, so ist vor allem jeder Ursachenmonismus von vornherein abzuweisen: weder die Kreuzzüge noch die Juden, weder die Scholastik noch die kalvinistische Ethik, weder der Handel noch die Technik oder sonst etwas kann dies allein, ohne alle anderen in der abendländischen Menschheit wirksamen Kräfte oder sogar trotz ihnen hervorgebracht haben."[35]) Sämtliche, hier von Jostock angeführten Erklärungsversuche sind natürlich abzulehnen, weil sie keine Grundlagen bilden, aus denen notwendig ein kapitalistisches Wirtschaftssystem erwachsen müsste. Es braucht garnicht geleugnet zu werden, daß sie teilweise, z. B. Juden, kalvinistische Ethik usw. an der Entwicklung des Individualismus beteiligt gewesen sind. Handel oder Technik aber als Entstehungsursache gar anzuführen, zeugt von einer absoluten Verkennung der gesellschaftlichen Probleme — die Erkennung eines Wirtschaftssystems ist eine gesellschaftswissenschaftliche Aufgabe — die ihre treibenden Krätfe im Bereich des Geistigen allein finden können. Handel und Technik

sind Organisation und Hilfsmittel, die sich ein bestimmtes Prinzip zu seiner Durchsetzung schafft. Aus demselben Grunde können die Edelmetallsteigerungen, die Entdeckungen und Erfindungen, das Aufkommen der kapitalistischen Unternehmung, womit man sagen will: Großunternehmung, die sich vervollkommnende Buchführung nicht als Entstehungsgründe und das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Bestimmende angesehen werden. Sie sind zum Teil Institutionen, die sich das individualistische Prinzip zu seiner Verwirklichung geschaffen hat; zum Teil haben diese Elemente die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation gefördert und begünstigt, niemals sie aber hervorgerufen. Die aufgezeigten Entstehungsgründe dieser Art: Handel, Technik, Erfindungen und Entdeckungen, Großunternehmung und rationale Buchführung sind auch Inventar einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsorganisation, sie können also nicht das Wesen der kapitalistischen ausmachen. Auch die Bevölkerungsvermehrung mag den Kapitalismus geschichtlich begünstigt haben. Ihre Möglichkeit jedoch auch in nicht kapitalistischen Wirtschaftssystemen, ihre Propagierung in einem Lande, das im Kampfe steht gegen diese Organisation wie Deutschland, muß auch diesen Entstehungsgrund ausschalten. Andere wieder haben Industrialismus gleichgesetzt mit Kapitalismus und in dem Vorherrschen der Industrie das Bestimmende der kapitalistischen Wirtschaftsform gesehen. Schon ein Hinweis auf das bolschewistische Russland und das ihm, in seinen Ideen entgegengesetzte Italien, die beide ihre Industrialisierung zu vervollkommnen suchen, sollte dies Argument entkräften können. Jostock sagt sehr richtig vom Industrialismus: „Die Erfahrung hat gezeigt, daß er einen idealen Körper für die kapitalistische Seele abzugeben vermag. Es ist aber verkehrt, ihn mit dem kapitalistischen System einfach gleichzusetzen.“[36])

5. Wesenserklärung durch die monistische Kausalerklärung.

Die Kausalerklärung bietet die einzige Methode, um in das Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einzudringen und zwar die monistische. Erklärung. Daß für die Entstehung des Kapitalismus verschiedene nebeneinanderlaufende Kausalketten festgestellt werden können und nur aus ihnen allen die Erscheinung des Kapitalismus zu erklären ist, glaubt Jostock beweisen zu können: „Kann es nun keinem Zweifel unterliegen, daß der Kapitalismus aus der Gesamtentwicklung der abendländischen Kultur, insbesondere des letzten Halbjahrtausends, herausgewachsen ist und einen geradezu unentwirrbaren Strang zusammenlaufender Kausalfäden darstellt, so ergibt sich hieraus bereits von selbst, daß er nicht beseitigt werden kann, indem man einen dieser Fäden durchschneidet, weil man ihn für die Lebensader des Systems hält.“[37])

Die Betrachtung des Kapitalismus als Wirtschafts e p o c h e mag zur Annahme verschiedener in ihm laufender Kausalketten führen. Für ein logisch aufgebautes theoretisches Wirtschaftssystem, was ich hier unter dem Kapitalismus verstehe, ist nur e i n e c a u s a möglich, wie ich schon des öfteren gezeigt habe. Ein „geradezu unentwirrbarer Strang von zusammenlaufenden Kausalfäden" würde die Möglichkeit einer Wesenserklärung des Kapitalismus von vornherein verneinen, denn es ist ja ein „unentwirrbarer Strang". Jostock bezeichnet „Glaubensschwund und Diesseitsgeist", „atomistischen Individualismus" und rationalen Geschäftsgeist nur als „geistige W e g b e r e i t e r" des Kapitalismus, der neuen Gesellschaftsordnung: „Jene Ideen und Tendenzen des modernen Geistes, welche hauptsächlich auf die Ausgestaltung der neuen Gesellschaftsordnung einwirken, lassen sich, wie mannigfach sie auch nach ihrer Verursachung und Zusammensetzung durcheinanderlaufen, unter d r e i Gesichtspunkte eingliedern: Diesseitsgeist, Individualismus, Rationalismus."[37] Nicht unter d r e i Gesichtspunkte, sondern unter e i n e n Gesichtspunkt sind diese Tendenzen zusammen zu fassen, unter dem des Materialismus oder Diesseitsgeistes, wie Jostock sagt, aus ihm m u ß der Individualismus als gesellschaftswissenschaftlicher Begriff und der Rationalismus als Erklärungsprinzip folgern. Diese drei Begriffe sind vom gesellschaftswissenschaftlichen Standpunkt gesehen eine E i n h e i t, die nicht nur „Wegbereiter", sondern die Q u e l l e des Kapitalismus ist.

II. D a r s t e l l u n g d e s k a p i t a l i s t i s c h e n W i r t s c h a f t s s y s t e m s.

1. Die geistigen Voraussetzungen.

a) D e r I n d i v i d u a l i s m u s.

Meine Aufgabe besteht jetzt darin, aus diesem e i n e n Prinzip das ihm gemäße Gesellschaftssystem aufzubauen und das Wirtschaftssystem zu konstruieren, welches aus der konsequenten Verfolgung dieses Prinzips auf wirtschaftlichem Gebiet sich ergeben muß. Ich sagte, die Weltanschauung eines Menschen gibt ihm das Ziel, das anzustreben ihm das Leben sinnvoll erscheinen lässt. Die materialistische Weltanschauung, der Glaube an die materiellen Erscheinungen als einzige Realität bedingt nun den Individualismus als Gesellschaftssystem. In der Einleitung ist die Beziehung von Individualismus und Materialismus genau dargelegt worden. Der Individualismus ist Quelle und Ausgangspunkt des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Sein Wesen besteht also darin, daß er in dem einzelnen Menschen die einzige Realität sieht; seine Sittlichkeit bezieht sich auf die Vollkommenheit seiner eigenen Persönlichkeit, die wiederum nur ein größtes irdisches Glück zu bringen imstande

ist. Der einzelne Mensch wird zumeist dabei materiellen Reichtum erstreben, da er es ihm ermöglicht, unabhängig von allen anderen Menschen sein Leben nach seinen Begierden und Wünschen zu gestalten, „ein Höchstmaß an Lustgefühlen und ein Mindestmaß an Unlustgefühlen zu erlangen".[39]) Dies ist die individualistische Wirtschaftsgesinnung, die, in ihrer Bedeutung mehr oder weniger hoch angeschlagen, uns in fast allen Definitionen, unter irgendeinem Ausdruck entgegentritt. Sombart nennt es das Erwerbsprinzip; seine Gleichsetzung mit dem Individualismus jedoch, den er wieder mit dem Konkurrenzprinzip identifiziert, beweist, daß er über Bedeutung und Herkunft des Prinzips im Unklaren ist. Eigennutz, Ertragsstreben, Profitstreben, Selbstsucht, Geldsucht usw. sind die Ausdrücke, mit welchen das kapitalistische Wirtschaftssystem bedacht wird. Ihre Zusammensetzung zeigt, daß man meist an verschiedenen Punkten angesetzt hat, beeinflußt durch positive oder negative Einstellung zum System, jedoch eine Wesenserkenntnis nicht auf den gemeinsamen Nenner, den Individualismus zurückzuführen vermag.

b) Individualismus und Egoismus.

Eigennutz, Selbstsucht, Egoismus wird von den Verteidigern des Individualismus als wesenhafte Folgeerscheinung dieser Anschauung abgelehnt. In der Einleitung hatte ich Adolf Weber Recht gegeben, als er den Egoismus der Klassiker, die doch das individualistische System vertreten, verneinte. Das kann er aber nur deshalb, weil die Klassiker an eine göttliche, natürliche Weltordnung glaubten, — beeinflußt von der Naturwissenschaft jener Zeit — in der sich das Zusammenleben der Menschen in dieser Form vollziehe. Der Individualismus der Klassiker ist nur formaler Individualismus, da er ja den Menschen nicht autark, willensmäßig über die Gesellschaftsform bestimmen läßt, sondern ihn in die natürliche Ordnung hineinstellt, der er sich nicht entziehen kann. So erklären sie nur eine ihnen unabänderlich scheinende Gesellschaftsordnung. Die Klassiker waren in der Tat keine Individualisten in dem von uns bezeichneten Sinne. Dagegen steht außer Zweifel, daß der Individualismus konsequent zum Egoismus führen muß; denn das eigene „Ich" steht dem Individualisten als einzige Realität über allem. Es wird dagegen oft der Einwand erhoben, daß offensichtlich nicht alle Individualisten, man will damit sagen alle Menschen, die in einem nach individualistischen Grundanschauungen aufgebauten Gemeinwesen leben, oder auch es vertreten, Egoisten seien. Gewiß können sich die Menschen von nicht individualistischen Motiven bei ihrem Handeln lenken lassen, z. B. sozialen oder religiösen Gefühlen, aber sie sind dann — wie schon gezeigt — nicht reine Individualisten. Meine Behauptung geht allein dahin, daß das

System individualistisch, d. h. objektivierter Individualismus sei. Grundsätzlich wird allen von ihm erfaßten Menschen damit individualistisches und egoistisches Handeln aufgezwungen. Hinter der Außerachtlassung des individualistischen Konkurrenzprinzips z. B. steht ohne Zweifel die wirtschaftliche Todesstrafe des einzelnen Wirtschafters. Ja, ganze Nationalwirtschaften haben sich nicht frei von diesem individualistischen Zwang erwiesen! Das zeigen deutlich die Anfänge der Sozialgesetzgebung. Sie konnte nur international begonnen werden, weil das einzelne Land, zur Zeit des fortgeschrittenen Individualismus, Gefahr gelaufen wäre, durch seine, infolge einseitigen Vorgehens auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, verminderte Konkurrenzfähigkeit zugrunde zu gehen. Alle diese Einwände können also meiner Behauptung vom notwendigen Egoismus des Individualismus nicht entgegenstehen.

c) Das individualistische Ziel.

Profitstreben, Geldstreben, Ertragsstreben sind keine Erklärungsgründe für den Kapitalismus, dagegen aber auch nicht zufällige Merkmale. Es gilt, sie auf ihre individualistische Wurzel zurückzuführen. Denn Profit-, Geld-, Ertragsstreben haben nur dann einen Sinn, wenn und weil der Einzelne mit dem Profit, Geld oder Ertrag sein individuali.tisches Ziel, größtes materielles Glück erreichen kann. Würde man dies nicht zuerkennen, so müsste man das ganze kapitalistische System der Sinnlosigkeit zeihen. Daß die Behauptung Sombarts: „ausschließlich die Vermehrung einer Geldsumme" sei „der Idee des kapitalistischen Wirtschaftssystems immanent"[40]) am Wesen der Erscheinung vorbeigeht, ergibt sich hieraus. Das Gelderwerbsstreben tritt in der kapitalistischen Wirtschaft nur deshalb so stark in den Vordergrund, weil das Geld als abstrakte Möglichkeit, sich jedes Gut zu jeder Zeit zu erstehen, das individualistische Glücksstreben am besten zu befriedigen vermag. — Von Vielen ist deshalb nie zu beseitigendes Gewinnstreben, Unrast, ewiges Hasten und Jagen als der Dämon unserer Zeit und damit des Kapitalismus bezeichnet worden. Nur den wenigsten Menschen ist dabei klar geworden, daß es sich um die logische Folgerung des im Wirtschaftsleben als Teil des Gesellschaftslebens sich auswirkenden individualistischen Lebensprinzips handelt, das eben im System seine Objektivierung gefunden hat. Der Individualist steckt sein Vollkommenheitsziel, sein Ideal selbst. Ich bezeichne nach Spann das Streben nach dem Vollkommenen als Sittlichkeit. Sittlich ist deshalb für den Individualisten, da sein Ideal im rein materiellen Lebensgenuß liegt, die endlose Jagd nach den Gütern, die ihm dieses zu ermöglichen versprechen. Ebenso nun, wie des Idealisten inneres Vollkommenheitsideal im Unendlichen liegt, ist für den Individualisten keine Schranke gegeben. Selbst wenn der einzelne Mensch sich mit dem

Erreichten zufrieden geben wollte, das System zwingt ihn, Schritt zu halten im allgemeinen Fortschritt. Fortschritt ist der Name für die Unendlichkeit des individualistischen Ziels. Man versteht darunter, die immer bessere Bedürfnisbefriedigung der Menschheit, ohne sehen zu wollen, daß diese Bedürfnisbefriedigung sich nur auf das rein Materielle beziehen kann und das dadurch angekündigte Primat des Materiellen zur Verneinung kultureller Werte überhaupt führen muß. Dies unendliche, individuelle Gwinnstreben erklärt die Rastlosigkeit des Kapitalismus. Es ist die Wurzel dessen, was von manchen Theoretikern als das dynamische Prinzip bezeichnet wird. „Diese Fortschrittsaktivität ist unableitbar“[41]), sagt Müller-Armack. Für uns ist sie sehr wohl ableitbar: nämlich aus dem Vollkommenheitsideal des Individualismus.

d) Der Rationalismus.

Das Erwerbsstreben ist also nicht, wie Sombart behauptet bei der Kennzeichnung des kapitalistischen Geistes, ein Prinzip neben dem Individualismus, sondern es ist erst die Folge aus dem Individualismus. Als drittes Merkmal zur Kennzeichnung des Geistes dieses Wirtschaftssystems bringt Sombart den ökonomischen Rationalismus. Der vielfältige Mißbrauch dieses Begriffes, wie er auch bei Sombart vorliegt, zwingt uns zu einer Auseinandersetzung mit ihm. In der Bedeutung, die ihm Sombart beimißt, ist er zur Charakterisierung dieses Wirtschaftssystems kaum geeignet. Der ökonomische Rationalismus heißt für Sombart: „die grundsätzliche Einstellung aller Vornahmen auf höchstmögliche Zweckmäßigkeit“.[42]) Zweckmäßig zu handeln im Hinblick auf sein Ziel, ist das Gebot für jeden vernünftigen Menschen. Das ist nicht die Bedeutung des mit dem Individualismus notwendig verbundenen Rationalismus. Dieser ist vielmehr das notwendige Korrelat zur materialistischen Weltanschauung. Wenn der Materialist metaphysische, irrationale Kräfte nicht anerkennt, muß er notwendig die Ueberzeugung haben, mit seinem eigenen Verstande, seiner Vernunft, der ratio, die Vorgänge des Weltgeschehens erklären zu können. Rationalismus ist deshalb der Glaube an die Allmächtigkeit der menschlichen Vernunft, Ablehnung irrationaler unerklärbarer Kräfte. Rationalismus in diesem Sinne kann sich einzig und allein mit dem Individualismus paaren und ist so mit maßgebend für die menschliche Zielsetzung, während der Rationalismus im Sombartschen Sinne, d. h. zweckmäßiges Verhalten zu einem bestimmten Ziel, wie dem Individualisten so auch dem Idealisten eigen sein muß. Rational, vernunftmäßig im erstgenannten Sinn hat im Irrationalen, Gefühlsmäßigen seinen Gegenpol; während man im anderen Fall mehr von rationell sprechen sollte, was im unrationellen seinen Gegenpol findet. Es ergibt sich weiter daraus, daß die Begriffe

rational — traditionell vom logisch-theoretischen Standpunkt gesehen durchaus keine Gegensätze sind, sondern eine von Sombarts Geschichtsbetrachtung künstlich geschaffene Gegensatzkonstruktion. Es wird z. B. ein Vergleich der mittelalterlichen Handwerkswirtschaft mit dem Kapitalismus herangezogen. Mit Recht ist schon manchmal darauf hingewiesen worden, daß das traditionelle Verhalten jener Zeit die höchste Zweckmäßigkeit, also Rationalismus im Sinne Sombarts verbürgte. Wo das traditionelle Verhalten unrationell wurde, handelte es sich um das Anklammern an äußere Tradition und zwar deshalb, weil der aufkommende Individualismus die bisher vorhandene Gesinnungsgemeinschaft aufgelöst hatte. So suchten jene, vom individualistischen Geiste erfüllten Wirtschafter, die bisherige, f o r m a l e Tradition aufrecht zu erhalten, um mit ihrer Hilfe ihre individualistischen Ziele zum Erfolg zu führen. So wurde ihr Traditionalismus unrationell, im Verhältnis zu ihrer früheren idealistischen Zielsetzung, weil er bloß formell war und gleichzeitig ausging von — Individualisten.

Ich habe hiermit die geistige Wurzel des kapitalistischen Wirtschaftssystems dargelegt: den Materialismus und aus ihm folgend den Individualismus. In der individualistischen Zielsetzung „Maximisation der Glückseligkeit" ist das Prinzip gefunden, dem sich die Form zuordnet, von dem die Zielerreichungsmethoden abhängig sind. Es ist hier noch einmal ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß von vielen Vertretern einer „individualistischen Wirtschaftsordnung" das „allgemeine Beste", das Gemeinwohl als Orientierungsmaßstab hingestellt wird. Zunächst ist zu sagen, was ist denn unter diesem alles und nichtssagenden Begriffe zu verstehen? Eine geistige Einheit kann es nicht sein, denn man gibt ja jedem Menschen seine geistige Freiheit, man überläßt es ihm ja, seine geistige Wertvorstellung selbst zu ordnen. Lehnt man die geistige Gemeinsamkeit ab, so bleibt als Erklärung für das allgemeine Beste allein höchste materielle Güterversorgung übrig. Ich habe aber bewiesen, daß der Individualist — und ein solcher ist der Mensch, der die Gemeinschaft leugnet — kein „a l l g e m e i n e s Bestes", sondern nur sein e i g e n e s Bestes kennen und anerkennen k a n n. Es gibt in der Weltanschauung kein „sowohl als auch", es gibt nur ein „entweder-oder". Dies wird im Verlauf unserer Ausführungen noch deutlicher zutage treten, wenn wir die F o r m betrachten, die das individualistische Prinzip zu seiner Erreichung wählt.

2. Der wirtschaftliche Liberalismus als die individualistische Wirtschafts f o r m.

Welches ist seine Form? Es kann nur eine sein, die artgemäß ist, die sich konsequent aus der individualistischen Zielsetzung, aus der Auffassung des Menschen von sich selbst ergibt: die der

selbstgesetzten Freiheit. Warum sollte der Individualist auch eine Bindung anerkennen? Frei muß er sein, um sich selbst zu entfalten, sein Ziel in höchster Vollkommenheit erreichen zu können. Jede Bindung ist ihm eine Fessel bei der rücksichtslosen Verfolgung seiner Ziele. Also Anarchie, Herrschaftslosigkeit, in der jeder nach Belieben handelt, die ausarten muß in einen Kampf aller gegen alle, in Machiavellismus, in dem der Stärkere durch Unterdrückung des Schwächeren zum Ziele zu kommen sucht? Die ratio, dieser wesentliche Bestandteil des individualistischen Menschen, läßt ihn zur Ablehnung all dieser Formen kommen. Der Individualist handelt nun rationell (im Sinn von zweckmäßig), indem er den Kampf — und damit den ewigen Unfrieden und die stete Belästigung seiner an sich zügellosen Freiheit verhindert — um ein Geringes vermindert, um den verbliebenen großen Teil desto intensiver genießen zu können. So nur erreicht er ein mögliches Höchstmaß an Freiheit, daß er im Gesellschaftsvertrag eine Wechselgarantie mit seinen Mitmenschen eingeht. Diese höchstmögliche Freiheit aller Menschen ist die Folge des Individualismus. In der liberalistischen Form sucht der Mensch also seine individualistischen Ziele zu erreichen.

Es wird zu zeigen sein, wie das individualistische Ziel danach drängt, so viel als möglich auch die gesellschaftliche Freiheitsbeschränkung zu durchbrechen. Es sind zwei sich widerstrebende Elemente. Diese Kluft inkonsequenterweise noch vergrößert zu haben, ist der Grund für die notwendige Erfolglosigkeit der marxistischen Theorie. Je stärker die Bindung, desto stärker der Druck gegen sie. Der Individualist braucht die Freiheit, wie der Mensch die Luft zum Atmen. Diese Irrung des Marxismus wird uns später genauer beschäftigen. Liberal ist und kann der individualistische Mensch nur sein, denn dem Individualismus als geistiger Zielsetzung entspricht allein der Liberalismus als Zielerreichungsmittel, als äußere Form. Dieses Wort hat bei den politischen Auseinandersetzungen des letzten Jahrhunderts die größte Rolle gespielt. Das darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Liberalismus letzthin nicht Grundursache alles Uebels ist, sondern nur notwendige Folge der materialistisch-individualistischen Gesellschaftsauffassung, daß keine Beschränkung des Freiheitsprinzips auf die Dauer Rettung bringen kann, wenn nicht im gleichen Maß das individualistische Prinzip zugunsten eines wahrhaft sozialistischen zurückgedrängt werden kann.

Die Verbindung von Individualismus und Liberalismus charakterisiert das kapitalistische Wirtschaftssystem. Aber nicht nur das; sie ist das Kennzeichen des gesamten Gesellschaftssystems in allen seinen Teilerscheinungen, sei es Staat, Wirtschaft, Kultur oder Erziehung. Es wird uns jetzt nicht schwer fallen, diese einzelnen Bereiche in ihrer Grundstruktur und in ihrer

Entwicklung zu fixieren und von einander abzugrenzen. Es muß dies geschehen für die Teilbereiche Staat und Wirtschaft, weil nur eine genaue Kenntnis der Einzelerscheinungen uns die Möglichkeit geben kann, im Laufe der Entwicklung ihre gegenseitigen Beziehungen, eventuell auch gegenseitigen Beeinflussungen festzustellen. Auszugehen ist davon, daß beide Teilbereiche eines gesamten Gesellschaftssystems sind, und unsere Frage soll zunächst dahin lauten, wie sich der einzelne Mensch zum Staat, als der politischen Lebensform verhält, was er darunter versteht.

a) Der liberale Staat.

Der liberale Staat ist die Organisation, welche dem Einzelnen nur die in seinem eigenen höchsten Interesse gelegenen Freiheitsbeschränkungen auferlegt. Er ist deshalb rein negativ bestimmbar; er ist ein Mindeststaat. Nur soviel Macht darf dieser Organisation zugebilligt werden, als zur Bewältigung seiner Schutzarbeit unumgänglich notwendig ist. Die einzelnen Gesellschaftsmitglieder verleihen ihm diese Macht. Sie allein sind deshalb Träger der Staatshoheit. Eigentlich politische Ziele, d. h. eigenstaatliche Ziele verfolgt dieser Staat nicht, da Gesamtziele nicht möglich sind. Richtunggebend sind ausnahmslos die Individuen mit ihren wirtschaftlichen Zielen. Ihre Sicherstellung in dem vereinbarten Rahmen zu gewährleisten, ist die einzige Aufgabe des Staates. Als „Wach- und Schließgesellschaft", „Nachtwächterstaat" ist er in der Geschichte zur Genüge charakterisiert. Seine Form kann einzig und allein die der parlamentarischen Demokratie sein. Denn alle Menschen sind als Beteiligte dieser Organisation gleich, haben also auch gleiches Recht, an der Verwaltung und Bestimmung dieser Organisation teilzunehmen. Es geschieht durch die Wahl, bei der sie ihre Meinung über die Richtung der Verwaltungsarbeit und die Befugnisse des Staates Ausdruck verleihen. Da jedoch die Einzelnen auch die vom Staat auferlegten Mindestschranken immer noch als Hemmungen ihrer Zielstrebigkeit ansehen, werden sie versuchen, nach Möglichkeit sich auch diesen zu entziehen. Ein Sittlichkeitsgefühl gegenüber dem Ganzen ist eben nicht vorhanden. „Für den Individualisten gibt es wohl eine Individualethik, aber keine Sozialethik."[43]) Nur aus reiner Nützlichkeitserwägung erkennt der Individualist eine Organisation an. Kann man den Staat also nicht beseitigen, so geht das Bestreben jedes Einzelnen oder jeder zielgleichen Gruppe dahin, soviel Einfluß zu gewinnen, daß sie ihn in seiner Tätigkeit in einer ihrem wirtschaftlichen Streben genehmen Richtung beeinflussen können. Für den Individualisten ist der Staat liberaler Staat und seine Form logischerweise die parlamentarische Demokratie, weil nur in ihr jedem Einzelmenschen die Möglichkeit, seinen Willen bei der Staatsführung kund zu tun, gegeben ist. „Demokratie ist jene Verfassungsform des Staates, die die Anpassung der Regierung

an die Wünsche der Regierten ohne gewaltsamen Kampf ermöglicht."[44])

b) Das liberale Wirtschaftssystem.

Dem politischen Liberalismus entspricht folgerichtig der wirtschaftliche Liberalismus. Er muß nach meinen bisherigen Ausführungen die Zentralstelle im gesamten materialistisch-individualistischen Gesellschaftssystem einnehmen. Seiner Betrachtung wende ich mich jetzt zu. Was ist unter Wirtschaftsliberalismus zu verstehen? Nichts anderes als die Durchsetzung des aus der individualistischen Grundauffassung entspringenden Freiheitsprinzips auf allen Gebieten wirtschaftlichen Handelns. Diese Freiheit ist auch nicht, wie Sombart wieder zeigt, ein Charakteristikum der individualistischen Wirtschaftsordnung neben vielen anderen — z. B. Privatwirtschaft, Aufgelöstheit —, sondern das eine Kennzeichen dieser Ordnung, das in allen anderen eben zum Ausdruck kommt. Freie Privatwirtschaft ist garnicht denkbar ohne das individualistische Ziel, ohne freie Konkurrenz, ohne Arbeitsfreiheit oder gar ohne freies Privateigentum.

aa) Eigentumsfreiheit. Die Eigentumsfreiheit ist von vielen als das Wesenbestimmende der liberalen Wirtschaftsordnung angesehen worden. Eigentumsfreiheit ist ein wesentlicher Bestandteil liberaler Wirtschaftsordnung, aber nicht das Kennzeichen schlechthin. Es soll damit bezeichnet werden, daß der einzelne Mensch in den Besitz seiner Arbeit kommen muß, daß er nach seinem Gutdünken darüber verfügen kann. Nur dieser Umstand veranlaßt den individualistischen Wirtschafter dazu, seine volle Kraft einzusetzen, um möglichst viele Güter in sein Eigentum zu bringen. Er sieht ja darin sein Lebensziel, und man würde sein Streben sinnlos machen, wollte man ihn durch Beeinträchtigung seiner Eigentumsfreiheit seiner Zielsetzung berauben. „Nur weil unsere Gesellschaftsordnung die Ungleichheit des Eigentums kennt, nur weil sie jeden anspornt, soviel als möglich und mit dem geringsten Aufwand an Kosten zu zerzeugen, verfügt die Menschheit heute über die Summe von jährlichem Reichtum, den sie nun verzehren kann", sagt Mises.[45]) Ganz deutlich tritt uns hier das individualistische Prinzip entgegen: Reichtum, ungleiche Eigentumsverhältnisse, die Möglichkeit, großen Reichtum zu erjagen, sind Ansporn für jeden Individualisten. Ich zeigte schon, daß in der Unendlichkeit seines Zieles die Sittlichkeit des Individualisten beschlossen liegt. Die liberale Gesellschaftsordnung gibt die Chance der Erfüllung seines Zieles und deshalb ist ihre Bejahung sittlich. „Alles, was der Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung dient, ist sittlich, was sie schädigt ist unsittlich."[46]) Es liegt dem Individualisten fern, sein Eigentum nutzlos liegen zu lassen. Sein Ziel treibt ihn, es stets und immer wieder

einzusetzen zu weiterem, zu größerem Erwerbe. Den Teil seines Eigentums, den der Individualist zu weiterem Erwerbe einsetzt, bezeichne ich als Erwerbsvermögen oder Kapital. Damit komme ich noch einmal, wie oben angekündigt, auf die Polemik Passows zurück. Kapitalismus als Ableitung von Kapital = Erwerbsvermögen bezeichnet zwar nicht wörtlich genau das Wesen dieses Wirtschaftssystems, ebenso wenig wie „Eigentum". Es hebt jedoch ein Wesensmerkmal hervor, aus dessen restloser Anerkennung das ganze System gedanklich aufzubauen ist. Damit ist auch die Bedeutung jener Kapitalismusdefinitionen gekennzeichnet, die im Kapitalprofit, Kapitalinteresse den Vater des kapitalistischen Wirtschaftssystems erblicken. Im Kapitalprofit kommt das kapitalistische Ziel auf eine Art zu seiner Erfüllung. Einsatz von Kapital zur Gewinnerzielung in der Produktion ist der Weg, der dem Individualisten in der liberalen Gesellschaftsordnung bleibt, um sein Ziel zu erreichen. Es entspricht auch der Gerechtigkeit, daß er den gesamten Gewinn, den Nutzen des Kapitaleinsatzes restlos erhält, denn jeder kann Vermögen, und damit Kapital durch seine Leistung erwerben, und es ist billig und recht, daß er auch die Früchte seiner Leistung erntet. „Die Verfügung über die Produktionsmittel haben in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer diejenigen, die dafür am besten geeignet sind, und sie müssen, ob sie wollen oder nicht, stets darauf bedacht sein, die Produktionsmittel so zu verwenden, daß sie den höchsten Ertrag bringen", heißt es bei Mises.[47])

bb) K o n k u r r e n z f r e i h e i t. Um dem einzelnen Wirtschafter nun auch die Möglichkeit zu geben, sein Eigentum nach Belieben zu verwenden, ist die Forderung der freien Konkurrenz eine Selbstverständlichkeit. Dem Einzelnen dürfen, außer den notwendigen Maßnahmen des Staates zum Schutze von Leben und Freiheit gegen anarchistische Elemente keine Schranken mehr bezüglich seiner Verfügungsfreiheit gesetzt werden. Nach Meinung der Liberalisten ist durch Leistung das Eigentum in den Besitz bestimmter Menschen gelangt; durch die Leistung allein also erwerben sie die Berechtigung zu ungestörtem Besitz und weiterer Vergrößerung. Im Kampfe sucht jeder seinen Vorteil zu wahren. Auf dem Markte wird darüber entschieden, wer dem anderen den Rang abgelaufen hat. Unternehmer kämpfen hier gegen Unternehmer durch immer wohlfeilere Herstellung der Waren, die sich in der Senkung des Marktregulators, des Preises anzeigt. Er muß die freie Konkurrenz aushalten, sonst geht er zugrunde; er muß im Preise herunter gehen, weil es sein Konkurrent erzwingt. So treibt einer den anderen, und es kann nicht geleugnet werden, daß, wenn man Reichtumssteigerung als Endzweck des Lebens betrachtet, kein wohlfeileres System zu seiner Erreichung erdacht werden kann. In Konkurrenz untereinander stehen ferner die Arbeiter, die ihre „Ware", ihre Arbeitskraft dem Unternehmer zum Kauf anbieten. Nichts anderes als „Ware" kann

die Arbeitskraft für den Unternehmer sein, weil sein Streben nur auf Gewinnerzielung geht, wozu jedes gesellschaftlich erlaubte Mittel genutzt werden darf und muß. Ist die Zahl der Arbeiter groß, so kann der Preis für ihre angebotene Arbeit nur niedrig sein. So steht der Arbeiter in doppeltem Konkurrenzkampf: gegen seine eigenen Arbeitskameraden und gegen den Unternehmer. Er muß im Einzelfall unterliegen, weil seine rechtliche Freiheit durch die wirtschaftliche Unfreiheit entwertet wird.

cc) Arbeitsvertragsfreiheit. Diese rechtliche Freiheit des freien Arbeitsvertrages ist allerdings ein notwendiges Glied im kapitalistischen Wirtschaftssystem. In diesem liberalen Gesellschaftssystem ist jedes Individuum vor dem Gesetze gleich und muß rechtlich die Möglichkeit haben, über seine eigene Leistung und sein eigenes Streben zu verfügen. Es ist deshalb wesensmäßig mit dem Kapitalismus verbunden. Müller-Armack leugnet das in einer Polemik gegen Max Weber. Er sagt: „Die Verwendung formal freier Arbeit hat z. B. nicht die Bedeutung für die Konstituierung des Kapitalismus, die ihr Max Webers Definition zuspricht. Denkbar zumindest wäre auch eine kapitalistische Produktion mit Sklavenarbeit. Für die Erzielung des Profites ist es gleich, ob die Kosten für Arbeit als Lohn oder als Arbeitskapitalaufwendungen gezahlt werden.“[48]) Wie ich gezeigt habe, ist Individualismus als Voraussetzung und Liberalismus als Mittel der Zielerreichung wesensmäßig mit dem Kapitalismus verbunden. Jedes Individuum ist formal gleichberechtigt, muß es sein. Die Produktionsarbeit mit Sklaven käme eher einem machiavellistischen Wirtschaftssystem gleich, in welchem die stärkeren Individuen zur Erreichung ihrer Ziele die schwächeren, auf Grund ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, einspannen. Im Kapitalismus dagegen gehen Unternehmer und Arbeiter durch freien Arbeitsvertrag ein Verhältnis ein, durch welches beide ihr individualistisches Ziel am besten zu erreichen glauben. Keine Organisation zwingt den Arbeiter diesen Vertrag abzuschließen, ebenso wenig wie auf den Unternehmer ein Druck ausgeübt wird, seine Produktionsmittel dem Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Sind deshalb beide gleich frei?

dd) Freizügigkeit und Gewerbefreiheit. Aus dem freien Arbeitsvertrag ergibt sich das Prinzip der Freizügigkeit. Jeder Arbeiter muß, wenn ihm diese oder jene Gegend nicht günstig erscheint zur Erreichung seiner Ziele, die Gelegenheit und Möglichkeit besitzen, an anderer Stelle sein Glück zu versuchen. Es muß ihm ebenso unbenommen sein, in ein anderes Gewerbe überzugehen, wenn ihm in diesem bessere Aussichten winken. Er beansprucht damit nur dasselbe Recht, was sein Gegenpol, der Unternehmer, dadurch zum Ausdruck bringt, daß er sein Kapital in diejenigen Branchen leitet, welche ihm persönlich den höchsten Ertrag abzu-

werfen versprechen. Gerade diese Freiheit wird ja von ihren Verfechtern als ein Hauptaktivum der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gepriesen, nämlich daß die Verfolgung des Kapital- und damit des Eigeninteresses gleichzeitig die bestmögliche Bedürfnisbefriedigung garantiere.

ee) Freihandel. Die Verfolgung der individualistischen Ziele kann nicht Halt machen an den Grenzen des Staates. Es würde der Auffassung des Liberalisten vom Staat widersprechen, wenn die Grenzen dieses Staates ein Hindernis bilden würden zur Erreichung der individualistischen Wirtschaftsziele, zu deren Schutz er doch gerade berufen ist. Freihandel bis zur letzten Möglichkeit als Forderung ist weiter nichts als konsequente Folgerung des individualistischen Erwerbsprinzips. Wollte man das Kapital hindern, im Ausland einen höheren Profit zu machen, oder die Einfuhr billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte, billiger Nahrungsmittel vereiteln, so würde der kapitalistische Unternehmer sich mit Recht dagegen verwahren können, weil durch diesen Eingriff ihm die Möglichkeit genommen wird, durch Preissenkung seine Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Mangelnde Konkurrenzfähigkeit würde Kapitalvernichtung und Unmöglichkeit seiner individualistischen Zielerreichung bedeuten, und dies hervorgerufen durch eine Institution, die er mitgeschaffen hat zu seinem persönlichen Schutz. Ja, er würde sogar im Namen des Fortschrittes dagegen polemisieren, der nach individualistischer Auffassung in der Verbesserung des Güteraustausches besteht, die eine reichlichere Bedürfnisbefriedigung gestattet.

Ich habe somit das kapitalistische Wirtschaftssystem zur Genüge beleuchtet. Es konnte sich nicht darum handeln, eine genaue Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise zu geben, zumal dies von anderer Seite zur Genüge schon geschehen ist. Aufzeigen wollte ich nur das Freiheitsprinzip als den Kern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Es wird mir mancher entgegenhalten wollen, auch von den Individualisten denke keiner an die Verwirklichung dieses extremen Liberalismus. Und trotzdem wird er nicht leugnen können, daß freies Eigentum, freie Konkurrenz, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Arbeitsvertragsfreiheit und schließlich Freihandel eine Selbstverständlichkeit für das kapitalistische Wirtschaftssystem sind. Dieses System kann nicht funktionieren, wenn eines seiner Glieder ausgeschaltet ist. Entweder gelingt es, das Glied wieder in den Mechanismus einzuschalten, oder es wird das ganze System zugrunde gerichtet. Mit logischer Notwendigkeit müssen diese Merkmale in ihrer Einheit Bestandteile des kapitalistischen Systems sein, versagen sie einmal ihre Funktion, geht vom individualistischen Standpunkt ein unwiderstehlicher Drang aus zu seiner Wiederherstellung. Nach meiner Darstellung kann aber das Freiheitsprinzip nur einen Sinn haben, im Verhältnis zu seinem materialistisch-individualistischen Ziel. Nur wenn der

einzelne Mensch in Gewinn- und Reichtumssteigerung sein höchstes Ziel sieht, muß er zur Forderung der unbeschränkten Freiheit gelangen. Denn wozu brauchte er diese grenzenlose Freiheit im wirtschaftlichen Handeln, wenn er sie nicht in bestimmter Richtung anzuwenden gedächte. Zielsystem und Mittelsystem, oder anders ausgedrückt: Materialistischer Individualismus und Liberalismus sind logisch miteinander verbunden, und wer den Liberalismus bejaht, muß den Individualismus anerkennen und mit ihm aus dem Materialismus kommen. Ein Kompromiß zwischen liberaler Form und etwa völkischer idealistischer Zielsetzung ist unmöglich. Wer die Form will, muß auch das Ziel wollen, und dieses wird immer die Durchsetzung der ihm gemäßen Form erstreben.

III. Die soziale Frage im kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Um das Verhältnis von kapitalistischem Wirtschaftssystem und sozialer Frage in seiner Tiefe beurteilen zu können, musste dieses System selbst und vor allem seine Grundprinzipien: Individualismus und Liberalismus klar herausgestellt werden. Wer Individualist und Liberalist sein will, muß als einzige Wirtschaftsordnung die kapitalistische mit all ihren Konsequenzen bejahen. Zu diesen Konsequenzen gehört als die augenscheinlichste und in ihrer Bedeutung am schärfsten hervortretende die soziale Frage. Gewiß wird zu der sozialen Frage als einer Auswirkung des kapitalistischen Wirtschaftssystems immer wieder eine andere Einstellung je nach der Weltanschauung gegeben sein. Sie als Folge zu leugnen, ist jedoch wohl niemand in der Lage. Und wenn außerdem nachgewiesen werden kann, daß diese „sozialen Begleiterscheinungen" das Ende jeder Ordnung, jedes Gesellschafts- und Wirtschaftssystems sein müssen, so ist damit auch das Urteil über das Gesellschaftsprinzip nicht mehr schwer, welches die soziale Frage nach sich ziehen muß. Es wird sich zeigen, daß auch die dem individualistisch - materialistischen Weltbild einzig gemäße Gesellschaftsform durch seine eigenen Grundgedanken zersetzt wird; daß auch die an sich schon lockere Form des Gesellschaftsvertrages als Fessel empfunden wird für die individualistische Unendlichkeit. Sie drängt notwendig zur einzig möglichen Konsequenz: zur Anarchie. Es muß ausdrücklich hier noch einmal festgestellt werden, daß ich bei der Gegenüberstellung von kapitalistischem Wirtschaftssystem und sozialer Frage rein theoretisch-systematisch vorgehe. Es geht nicht darum, die gesamte soziale Entwicklung des letzten Jahrhunderts darzustellen. In der Geschichte haben immer die verschiedensten Gesellschaftssysteme mehr oder weniger großen Anteil an der Entwicklung gehabt. So kann auch die geschichtliche Entwick-

lung der sozialen Frage schon deshalb nicht identisch sein mit der notwendigen Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, weil dieses System durch das Vorhandensein nicht individualistisch-materialistischer Kräfte an seiner vollen Entfaltung gehindert wurde. Gezeigt werden soll nur, insbesondere denjenigen, die noch glauben, individualistische Grundsätze vertreten zu können, daß aus dem Individualismus selbst die Keime der sozialen Zersetzung herauswachsen. Wenn an sich zur theoretischen Beweisführung geschichtliche Ereignisse nicht notwendig herangezogen werden müssen, so kann die Möglichkeit der Erklärung des gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Geschehens durch das diesen Ausführungen zugrunde liegende Gesellschaftssystem nur zur Erhärtung beitragen. Seine theoretisch-systematische Folgerichtigkeit wird auch dadurch erhellt, daß es an jedem geschichtlichen Entwicklungspunkt zur Erklärung angesetzt werden kann.

1. Die rechtliche Freiheit und die wirtschaftliche Unfreiheit.

Aus der Verfolgung der aufgezeigten Grundprinzipien müsste sich also die Auflösung des Systems durch seine Entartungen, die in dem Komplex der sozialen Frage auftauchen, ergeben. Dem Liberalismus entsprechend muß jeder in der Lage sein, das von ihm selbst gesetzte Ziel, im Rahmen der ihm gegebenen Freiheit, in gleicher Weise zu erreichen. Der Liberalist weiß sehr wohl von der Ungleichheit der Menschen; vor dem Gesetz sind alle gleich, das heißt, sie sind rechtlich gleich frei. Die r e c h t l i c h e Freiheit, so behauptet der Liberalismus, gibt jedem die gleiche Chance. Ist dieser gleiche Start zum gleichen Ziel wirklich gegeben? Offensichtlich nicht. Schon in der Entstehung des Liberalismus, zu jener Zeit, als der Uebergang zu seinen Fahnen als eine neue Heilslehre verkündet wurde, war diese rechtliche Freiheit aufgehoben durch die w i r t s c h a f t l i c h e Unfreiheit. Ein Teil der damaligen Gesellschaftsmitglieder war jeder menschenwürdigen Lebensmöglichkeit bar. Durch die Abhängigkeitsverhältnisse jener Zeit, die das kapitalistische Wirtschaftssystem in gewandelter Form übernahm, trat es eigentlich nie anders in Erscheinung als ein im Verhältnis zu seinen Grundprinzipien entartetes System. Jostock sagt dazu: „Die freie Verkehrswirtschaft — und das ist vielleicht das E n t s c h e i d e n d s t e — wurde nicht, wie es ihrer Theorie entsprochen hätte, auf den rationalen Voraussetzungen gleicher ökonomischer Ausstattung für alle aufgebaut, sodaß alle gleichen Start gehabt hätten, sondern auf dem Boden der b e s t e h e n d e n E i g e n t u m s v e r t e i l u n g, sodaß eine Klasse besitzloser Arbeiter, die ihre Dienste anbieten musste, von vorne herein da war und, sei es durch Zuwachs von außen oder eigene Reproduktion auch in der Folgezeit stets zur Verfügung stand.“[49]) Diese Verschiedenheit der Eigen-

tumsverteilung ist allerdings vom theoretischen Standpunkt nicht, wie Jostock meint, entscheidend; denn selbst bei anfänglicher vollkommener ökonomischer Gleichheit wäre nur vielleicht eine Zeitspanne von wenigen Jahrzehnten nötig gewesen, um Besitzende auf der einen, Nichtbesitzende auf der anderen Seite wiederzufinden, denn die Verfolgung ihres individualistischen Ziels, die jedem die unbegrenzte Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, gibt, muß diese Eigentumsverlagerung infolge der Verschiedenheit der Leistungen im Gefolge haben. Der Drang zu immer größerem Eigentum muß dann um so unersättlicher sein, je mehr dieses Eigentum zu weiterem Erwerbe angesetzt werden kann. Nicht ist also die Klassenteilung auf jene Zeitverhältnisse, die bestehende Eigentumsordnung zurückzuführen, sondern auf den fundamentalen Irrtum, Gleichheit und Freiheit vereinen zu können. Wo Gleichheit als Postulat aufgestellt wird muß man auf die Freiheit verzichten, und umgekehrt muß das Prinzip der Freiheit zur Ungleichheit führen. „Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich versprechen, sind entweder Phantasten oder Scharlatane."[50]) So bedingt die Ungleichheit der Menschen Glück oder Unglück, trotz künstlicher rechtlicher Gleichheit wirtschaftliche Unfreiheit, die jene illusorisch machen muß.

2. Das individualistische Leistungsprinzip.

Ungleichheit an sich ist ein Lebensgesetz, dessen Verkennung nur Utopisten möglich ist. Erst durch das individualistische Prinzip nimmt diese natürliche Ungleichheit aber erst solche uferlose Dimensionen an, die den Glauben an ein noch so loses soziales Gefüge verschwinden lassen und sogar zu seiner Auflösung führen müssen. Und das alles geschieht unter dem Mantel der Gerechtigkeit, da diese Entwicklung hervorgerufen und in ihrem Maß bestimmt sei durch die Leistungen der sie tragenden Individuen. Es ist dies ein Hauptargument des Liberalismus und verdient deshalb hier eine genaue Untersuchung. Eine Leistung kann nur gemessen werden im Hinblick auf das Ziel, das durch sie erreicht wird. Es ist deshalb notwendig, zuerst das Ziel zu fixieren. Wir wissen, daß es nur eines gibt für den Individualisten: höchste materielle Bedürfnisbefriedigung. Materieller Reichtum ist Ausdruck der Zielerreichung, am Reichtum ist also die Leistung des Materialisten zu messen. Die einzige Möglichkeit dieser Zielsetzung für den Individualisten habe ich bewiesen und ebenso die Tatsache, daß es für den Individualisten auf dem Wege zu diesem Ziel nur eine Rücksicht gibt: die auf sich selbst. Seine Sittlichkeit kann nur eine individuelle sein, d. h. sittlich ist, was dem von mir angestrebten Vollkommenheitsideal, unbegrenzter Reichtumsvermehrung dienlich ist. Wer wird also die höch-

ste Leistung nach individualistisch-materialistischer Auffassung aufweisen? Nur derjenige Mensch, der seine Sinnesart und Handlungsweise am rücksichtslosesten dem dem System immanenten Materialismus anzupassen vermag, der am leichtesten auf Grund seiner rassisch-biologischen Struktur seine irrationalen und rationalen Kräfte diesem materialistischen Ziele dienstbar zu machen imstande ist. Es muß dies insbesondere zu jenem Utilitarismus führen, der im anderen Menschen nur ein Werkzeug seines Zielstrebens, in seiner Arbeit eine Ware sieht, die er insoweit entlohnt, als sie ihm nützt. Es sind das die unvermeidlichen Folgerungen jenes Grundprinzips, das den Kapitalismus beherrscht. Nicht umsonst weiß man der Moral eine besondere Geschäftsmoral entgegenzusetzen. Dieser Zwiespalt entspringt der Empörung mancher Nicht-Individualisten, denen von dem System das Gesetz ihres Handelns aufgezwungen wird, unter Androhung wirtschaftlichen Untergangs. Für den Kapitalisten heißt es: „Geschäftsziele und Geschäftsmethoden sind an sich nicht weltanschauungsmäßig bedingt. Ihre sittliche Berechtigung besteht in der richtigen Auffassung der Konjunktur.“[51]) Die Objektivierung des Materialismus im kapitalistischen Wirtschaftssystem muß deshalb auf die Dauer gesehen auch j e n e Menschen zu Materialisten machen, die sich ursprünglich aus irrationalen Gründen gegen dieses System aufgelehnt haben. Es muß also logisch-notwendig das Leistungsprinzip dieser Art sein, das nach Auffassung der Liberalisten das regelnde Wettbewerbsprinzip darstellt. Die geschichtliche Entwicklung hat diese Theorie genügend bekräftigt. Die beste individualistische Leistung vollbringt eben der, welcher am rücksichtslosesten und brutalsten seine individuellen Ziele zu verfolgen weiß. Unter diesem Gesichtspunkt nimmt der Liberalist seinen Kampf mit seinem Gegner, dem Konkurrenten im Wirtschaftsleben, auf. — im „friedlichen“ freien Wettbewerb.

3. Die Auswirkungen der rechtlich freien, in der Tat unfreien Konkurrenz: die soziale Not.

Es besteht nach all diesen Ausführungen keine Gefahr darin, daß ich bei der Betrachtung der Auswirkungen dieses freien Wettbewerbs von jener theoretischen Entwicklungsstufe ausgehe, die durch die geschichtlichen Verhältnisse beim Aufkommen des Liberalismus gegeben waren. Jene Verhältnisse sind als Daten in das theoretische System einzusetzen — ohne daß das System an diese Daten gebunden wäre — und nur so wird uns ein Vergleich zwischen theoretischer und geschichtlich-wirklicher Entwicklung möglich sein. Die Ungleichheit der Eigentumsverhältnisse hatte, wie gezeigt wurde, die bestehende rechtliche Freiheit der großen Masse, infolge der dadurch hervorgerufenen wirtschaftlichen Unfreiheit,

zur Farce gemacht. „Notwendig und unaufhaltsam schwoll mit der unvermeidlichen Verschiebung der wirtschaftlichen Größenverhältnisse das Heer der wirtschaftlich unselbständigen und abhängigen, der eigenen Produktionsbasis entbehrenden, allein auf die Verwertung der Arbeitskraft angewiesenen Menschen, die Schicht der Lohnarbeiterschaft an. In der Verwertung ihrer einzigen wirtschaftlichen Existenzbasis, der Arbeitskraft, waren sie angewiesen auf die im Verhältnis zu der eigenen Masse geringen Zahl von Unternehmern. In Verkennung der Sonderstellung der besitzlosen Lohnarbeiterschaft im Rahmen der neuen Wirtschaftsgesellschaft erfolgte die Einordnung der Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozeß nach den Grundsätzen der freien Konkurrenz. Obzwar die Anwendung dieses grundlegenden Prinzips der liberalen Wirtschaftslehre nur dort sinnvoll sein konnte, wo gleiche Chancen der wirtschaftlichen Betätigung in Gestalt der Herstellung von Waren bestand, wurde es auch auf dem Arbeitsmarkte ohne Einschaltung der hier notwendigen besonderen Regulierungsmaßnahmen übertragen“[52]), sagt Albrecht. Er übersieht, daß diese „notwendigen besonderen Regulierungsmaßnahmen“ systemwidrig wären. Ihre angebliche Notwendigkeit kann nur hervorgerufen werden durch eine falsche Einschätzung der zur Zeit der Entstehung des Liberalismus bestehenden Eigentumsverhältnisse, die wohl durch derartige Regulierungsmaßnahmen korrigiert werden sollten. Diese Eigentumsverhältnisse wären jedoch, wie wir sahen, auch eingetreten bei anfänglicher Startgleichheit, eben infolge der verschiedenen individuellen Leistungen. Das Abhängigkeitsverhältnis Unternehmer — Lohnarbeiterschaft ist logische Folge der wirtschaftlichen Grundprinzipien, die dieses Verhältnis zu einer Schraube ohne Ende machen. Es wird oft darauf hingewiesen, daß dies nur für industrielle Verhältnisse Geltung habe; gewiß in seiner Kraßheit. Niemand kann jedoch den Beweis antreten für die Behauptung, daß die Landwirtschaft z. B. zu den nicht-kapitalistischen Bereichen des Wirtschaftslebens eines Landes gehöre und daraus die Folgerung ziehen, daß immer mehrere Systeme nebeneinander notwendig seien. Auch die Landwirtschaft muß von den kapitalistischen Grundprinzipien ebenso erfaßt werden wie alle anderen Wirtschaftszweige. Einzig die besonderen Arbeitsverhältnisse und Lohnbedingungen lassen die Schärfe des sozialen Problems, des Gegensatzes von Arbeitgeber und Lohnarbeiter in etwa vermissen. Der organische Charakter der Produktion verhindert vor allem eine derartig rapide Umschichtung der Besitzverhältnisse, wie es bei der mechanischen Produktion möglich ist. Die Bodengebundenheit der Landwirtschaft muß diese grundsätzlich zur Ablehnung des freien Wettbewerbs führen, weil noch so gute Leistungen der Wirtschaftssubjekte, die frei sind, die durch die ungleiche Leistung des Bodens hervorgerufene Konkurrenzungleichheit nicht wett zu machen vermögen. Dringt deshalb das kapitalistische Wirtschaftssystem durch,

so muß notwendig die durch die Natur weniger begünstigte Landwirtschaft die Segel streichen gegenüber der Konkurrenz im In- und Ausland trotz gleicher Leistungen der Wirtschaftenden.

Nach diesen kurzen Darlegungen der landwirtschaftlichen Verhältnisse kehren wir zurück zu dem Punkte, wo wir die Entwicklung verließen: wirtschaftliche Abhängigkeit der Lohnarbeiterschaft von den Unternehmern. Es wird nun von liberalen Kreisen vielfach die Meinung vertreten, daß die Konkurrenz der Unternehmer untereinander die prekäre Lage der Arbeiter erleichtere. Dem ist entgegenzuhalten, daß diese Konkurrenz solange nicht zur Auswirkung kommt, als das Angebot der zersplitterten Arbeiterschaft der Nachfrage gegenüber überwiegt. Letzteres wird wieder begünstigt durch die Maschinisierung und Betriebsrationalisierung und nicht zuletzt durch die vernichtende Wirkung der freien Konkurrenz für die Landwirtschaft, deren Rückgang und Not die Industriearbeiterschaft durch die Landflucht wachsen läßt. Selbst wenn die Angebot- und Nachfrageseite sich ziemlich ausgleichen würde, vermöchte der Unternehmer im entscheidenden Falle doch den letzten Trumpf auszuspielen: Betriebsstillegung. Denn der Unternehmer konkurriert um n o c h höheren Gewinn, Reichtumssteigerung; der Lohnarbeiter konkurriert um sein — L e b e n. Er m u ß seine Arbeitskraft verkaufen, wenn er leben will, der Unternehmer k a n n seine Produktionsmittel zur Verfügung stellen. Es dürfte kaum ein Zweifel bleiben über die Ungleichheit der Mittel im Wettbewerb. Dabei ist zu beachten, daß beide, Unternehmer und Arbeiter Individualisten sind. Nur hat der eine das Pech gehabt, durch Geburt von vornherein auf verlorenem Posten zu stehen, und sein Individualismus kann sich nur auswirken in einer unstillbaren Sehnsucht nach Lebensgenuß, die immer größer werden muß, je geringer seine Chance ist und wird, und je größer sich die Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeit der durch Geburt oder Glück ihnen Gegenübergestellten steigert. Und der Unternehmer? Er ist ja auf Grund seiner besonderen „Leistung" nach individualistischer Auffassung auf seinen Platz gerückt; diese Chance bestand ebenso gut für jeden Partner dieses Gesellschaftssystems und was sollte ihn hindern, die Grundprinzipien des für alle gültigen Systems rücksichtslos zu verfolgen? Der Unternehmer — der asozialste unter ihnen — tut weiter nichts, als sich die Verfolgung der individualistisch-materialistischen Prinzipien angelegen sein zu lassen. Der Arbeiter kann für ihn nur Umweg sein, Hilfsmittel zur Erreichung seines Zieles. Er m u ß ihn ausnutzen; er darf sich durch keine sozialen oder nationalen Rücksichten an der Erreichung seines Sittlichkeitsideals hindern lassen. Aus jeder „Ware", die ihm zur Vergrößerung seines Profits zur Verfügung steht, muß er herauspressen, was sich nur herauspressen läßt. Wir brauchen hier nur einen Blick in die Geschichte zu werfen, hundert Jahre zurück, so haben wir ein getreues

Abbild dieser theoretischen Folgerung. 16—18stündige Arbeitszeiten unter den schwersten Bedingungen, schulpflichtige Kinder und hochschwangere Frauen in Fabriken und Bergwerken zeugen von der praktischen Verwirklichung dieser aufgezeigten theoretischen individualistischen, materialistischen Grundsätze. Die Einzelheiten darüber sind zu bekannt, als daß sie hier ausgeführt werden müssten. Es soll nur darauf hingewiesen werden, wie diese Verhältnisse die denknotwendige Folge der kapitalistischen Grundprinzipien waren. Diese Auspressung und Vernichtung wertvollen Volksgutes geschah unter der Devise des Fortschrittes, der, wieder konsequent, in der Vergrößerung absoluten materiellen Reichtums bestand — und daß dies Ziel erreicht wurde, kann nicht bestritten werden. Es wurde erkauft mit „Hekatomben von Blut, Schmutz und Not und Tränen“[53]) und mußte auf die Dauer gesehen zu nie wieder gutzumachenden Volksschäden führen. Es ist selbstverständlich, daß dies den einzelnen Wirtschafter nicht kehren konnte. Was brauchte er in Generationen zu denken? Dieser Gedanke würde durchaus seiner individualistischen Logik widersprechen, die sich selbst als einzige Realität betrachtet. Durch die Entwicklung wurde gezeigt, daß freier Wettbewerb und freier Arbeitsvertrag, unentbehrliche Bestandteile und Postulate des Kapitalismus, durch die Verfolgung der individualistisch-liberalen Grundsätze der Vernichtung anheimfielen. „Der Kapitalismus ist nicht wirtschaftlicher Liberalismus, sondern wirtschaftlicher Machiavellismus“ geworden[54]), wie Spann sagt. Nicht, wie schließlich eingewandt wurde, wird diese Zwangslage der Arbeiter durch die Konkurrenz der Unternehmer erleichtert, sondern sie wird erschwert. Es ist natürlich, daß auch sie versuchen, vom anderen und auf seine Kosten die Förderung ihres Profitstrebens zu erreichen. Mit der Vergrößerung der fixen Kapitalanlagen wird der Kampf immer schärfer, da Betriebsstillegung mit wachsenden Verlusten verbunden ist, ja eine Absatzverringerung infolge des degressiven Kostenprinzips oft schon das ganze Unternehmen ruinieren kann. Der Kampf der Unternehmer führt immer weiter zu Maschinisierung und Rationalisierung und damit zur Vergrößerung der Betriebe und desto größer wird ihre Macht gegenüber der Lohnarbeiterschaft, deren Lage sich durch die Begleiterscheinungen dieses Ringens zusehens verschlechtert. Gar mancher Unternehmer sieht sich gezwungen zu spekulativen Investitionen, allein um seine Position halten zu können. Es darf und soll nicht verschwiegen werden, daß der durch die Konkurrenz angetriebene Unternehmerdrang die Versorgung der Menschheit mit materiellen Bedürfnisbefriedigungsmitteln getätigt hat, die jede frühere diesbezügliche Entwicklung in den Schatten stellt. Doch der Beweis wird hier erbracht, daß die Umstände, unter denen dieser Fortschritt errungen wurde, keine „unangenehmen menschlichen Begleiterscheinungen“ sind, wie die Frankfurter Zeitung meint, sondern Miß-

stände solcher Art, daß sie zum Untergang des Systems führen müssen.

Die durch den Konkurrenzkampf hervorgerufenen spekulativen Investitionen machten Rückschläge unvermeidlich. Sie trugen bei zur Verschärfung des Arbeiterelendes. Zu den kümmerlichen Verdienstmöglichkeiten trat jetzt das dauernd über ihnen schwebende Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit. Keine Stätte bot ihnen Zuflucht; in ihrer stumpfen, seelenlosen Fabrikarbeitszeit blieb ihnen nun noch dazu die Aussicht auf den Hunger und die drohende völlige Verelendung. Denn wer hätte sie davor bewahren sollen? Sie selbst konnten es nicht, und der einzige, der besaß, mußte getreu seinem individualistischen Prinzip diese Arbeiternot noch auswerten. Tat er es nicht, wurde der eine oder andere doch gefühlsmäßig berührt von so großem Elend, so tat es der Konkurrent. Das System machte sein Gebot geltend. Wäre ihm auch bei seiner Vernachlässigung vielleicht das Schicksal jener Armen erspart geblieben, vom Kriegsschauplatz des Wettbewerbs hätte er abtreten müssen. Geholfen wäre damit jenen nicht, ihm selbst aber die Möglichkeit genommen, seinen Aufstieg zu verwirklichen. Die Vernunft zwingt ihn zur Anerkennung des Gebotes. So versetzt dieser „friedliche" freie Wettbewerb uns in einen Kampfzustand, dessen Unerbittlichkeit und Härte, dessen verheerende Folgen in Hunger, Not, Elend und Würdelosigkeit nicht zu überbieten ist. Der Kampf wird ausgetragen auf dem Rücken derer, die sich nicht aktiv beteiligen können, sondern die als Mittel sich passiv verhalten, die Kampfmittel der Kämpfenden bilden und damit — die Verluste zu tragen haben. Durch das fast unübersehbare Gewirr der Interessenkämpfe tritt e i n e Frontstellung klar und deutlich hervor. Es ist einmal die Front jener Menschen, die aktiv tätig, kämpfend tätig sind und auf der anderen Seite die Front der Menschen, die, obwohl auch willensbegabt, dazu verdammt sind, in diesem Kampf ein willenloses Mittel zu sein. Unüberbrückbar groß muß die Kluft zwischen diesen beiden Fronten werden, sie muß immer unerträglicher werden für den Arbeiter, sie wächst in dem Maße, als ihm jede, auch die geringste Hoffnung genommen ist, auf dieser Erde noch einmal sein Leben eigenwillig zu gestalten. Er ist geschmiedet an einen „seelenlosen Mechanismus". Er ist Proletarier geworden. Ein unerträgliches Schicksal; denn er ist doch auch Individualist, und damit auch Materialist. Wenn d i e s e s Leben seinen Sinn verliert, ist seine ganze Existenz, sein Sein, er selbst sinnlos. Das ist die soziale Frage im Kapitalismus. Sie wird notwendig herbeigeführt durch die folgerechte Auswirkung und Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsgrundsätze. Es ist dies k e i n n a t u r a l i s t i s c h - m e c h a n i s t i s c h e r E n t w i c k l u n g s v o r g a n g, wie Marx ihn sieht, selbst vom individualistischen Standpunkt aus. Er ist weltanschauungsmäßig bedingt. Er wird in Bewegung gesetzt

durch den Willen der Menschen, muß dann allerdings im System objektiviert, mechanisch zu seiner reinen Gestaltung drängen. Ich zeigte auch, daß sich diese Entwicklung nicht auf die Industrie beschränkt, die wohl, wie wir sahen, einen „idealen Körper" für sie abgibt, sondern daß sie sich auf allen Wirtschaftsgebieten in ihren Grundsätzen durchzusetzen versucht. Der auf manchen Wirtschaftsgebieten, infolge des natürlichen Widerstandes nicht so durchschlagende Erfolg darf nicht dazu verleiten, diese als außerkapitalistisch zu bezeichnen. Gerade bis zur Entwicklung, wo die verschiedensten Kräfte gegen sie wachgerufen werden, deckt sich Theorie und Praxis fast vollkommen. Es war die Folge davon, daß man, beeinflußt durch die Theorie, in dem Glauben war, einer gesetzmäßigen Entwicklung gegenüberzustehen. Erst die fast unerträgliche Not, das nie dagewesene Elend, riß die Menschen aus diesen Ideengängen, rief sie auf zur Besinnung und Abwehr.

4. Der Zusammenschluß der durch die Not betroffenen Arbeiterschaft.

Vereinzelt erst wurde der Widerstand der in die Enge getriebenen Arbeiterschaft sichtbar. Er machte sich in unorganisierten, revolutionären Akten, wie Maschinenzerstörungen, kund und war mehr dem Aufschrei eines zu Tode gehetzten Wildes vergleichbar. Mit dem Marxismus nahm diese Richtung dann einheitliche Form an. Der Arbeiter suchte seine wirtschaftliche Konkurrenzungleichheit durch organisiertes Vorgehen wieder herzustellen. Dies nicht genug, er scharte sich in blindem Glauben um eine Lehre, die in Ueberschätzung der geschichtlichen Entwicklung und Verkennung dieses Grundgefüges einen naturnotwendigen Ablauf zum Heilssystem des Sozialismus voraussagte, der dem Arbeiter Gleichheit und Freiheit bringen sollte. Ich habe mich damit noch näher im zweiten Kapitel auseinanderzusetzen. Diese Selbsthilfemaßnahmen mußten notwendig diejenigen wiederum auf den Plan rufen, die durch diese Aktionen in der Verfolgung ihrer Interessen beeinträchtigt werden konnten. So trieb das individualistische Prinzip das kapitalistische Wirtschaftssystem aus dem entarteten Zustande anorganischer, ungleicher Konkurrenz hinein in einen Konkurrenzkampf organisierter Interessengruppen. Zweifellos mußten die Arbeiter hierdurch gewinnen, weil das freie Spiel der Kräfte, durch das hinter den Massen drohende Gespenst der Macht beeinflußt wurde. Durch diese scharfe Klassenspaltung wurde zwangsläufig auch die rechtliche Gleichheit durch die Sanktionierung der wirtschaftlichen Ungleichheit von den Kapitalbesitzenden, als Liberalisten im ursprünglichen Sinne, als solche anerkannt. Der Grundsatz vom Marschallstab im Tornister jedes Einzelnen, die Voraussetzung des Libe-

ralismus, war durch die Entwicklung des Systems aus sich selbst heraus aufgehoben. Die Lohnarbeiterschaft machte jetzt ihre Ansprüche geltend und der Unternehmer musste wohl oder übel, wollte er nicht den revolutionierenden Elementen Wasser auf die Mühle gießen, bei der Verfolgung seiner Ziele sich zu deren Berücksichtigung verstehen. Nur langsam gab der Unternehmer diesem Drängen nach, denn jedes Zugeständnis an die Arbeiterschaft war natürlich Einbuße an seiner Zielerreichung. „Der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe" verstand er sich zu den immer mehr geforderten und in die Tat umgesetzten Maßnahmen, die man unter dem Namen „Sozialpolitik" zusammenfaßt.

5. Die Sozialpolitik als der „institutionelle Niederschlag der sozialen Bewegung"

Nur zwei Gesichtspunkte konnten den individualistischen Unternehmer zu Zugeständnissen zwingen. Zunächst mußte er vermeiden, die Wut der revolutionären, verelendeten Masse so zu steigern, daß sie etwa die Schranken des Gesellschaftsvertrages vergessen und ihre Macht zur Wahrung ihrer Interessen in die Wagschale geworfen hätten. Zum anderen wurde vielleicht mancher von dem Gesichtspunkt geleitet, daß mit der Verelendung der Arbeiterschaft das Werkzeug vernichtet wurde, welches ja den Profit schaffen mußte. Doch dies wäre schon fast eine individualistische Inkonsequenz. „Die Konkurrenz zwingt zum Raubbau auf Kosten der Zukunft auch dann, wenn man diese zukünftigen Folgen klar überblickt."[55]) Dieses Wort dürfte dem streng individualistischen Denken eher gerecht werden. Der Marxist Heimann sagt über die Stellung der Sozialpolitik im kapitalistischen System vom theoretisch-systematischen Standpunkt aus sehr richtig: „Sozialpolitik ist der institutionelle Niederschlag der sozialen Bewegung."[56]) Ich sage, vom theoretisch-systematischen Standpunkt aus. Eine g e s c h i c h t l i c h e Betrachtung der deutschen Sozialpolitik würde bei weitem mehr Bestimmungsgründe aufweisen. Das aber nicht deshalb, weil das kapitalistische System die verschiedensten Elemente in sich vereinigt, sondern deshalb, weil sich g e g e n das kapitalistische System in der Geschichte andere nicht-individualistische Systeme teilweise durchsetzen konnten. Sie entstammen nationalen und religiösen Anschauungen. Sie sind unschwer aufzuzeigen. Festgehalten werden muß, daß auch das kapitalistische System zur Sozialpolitik treibt, dies jedoch einzig den Nützlichkeitserwägungen der Unternehmer entspringt und nur in dem Maße gebilligt und zugestanden wird, als sie zur Aufrechterhaltung der bestehenden Produktionsverhältnisse unumgänglich notwendig geworden ist. Die Notwendigkeit der Sozialpolitik zeugt zwar von einer Entartung des Systems, ist aber logisch-notwendig von ihm selbst hervorgerufen. Die Bei-

behaltung der Gesellschaftsordnung erheischt Konzessionen von seiten des Individualisten betreffs seines Zieles. Es dürfte daher als falsch erwiesen sein, wenn die Frankfurter Zeitung sagt: „Es ist heute unbestritten, daß die Sozialpolitik heute keine Unterhöhlung des Systems der freien Wirtschaft bedeutet, sondern ihr notwendiges Korrelat darstellt, daß sie sogar ein geeignetes Mittel bildet, die Schmerzen zu lindern, die sich aus dem freien Wettbewerb ergeben. — Ein unentbehrlicher Bestandteil des Systems, so unentbehrlich und selbstverständlich, wie die Verwundetenfürsorge im Kriege."[57]) Und ferner: „An sich aber ist die Sozialpolitik als Bestandteil des Systems mit Recht anerkannt, und es ist immerhin ein erfreuliches Zeichen des sozialen Charakters, den das geltende Wirtschaftssystem angenommen hat, wenn trotz der jetzigen Erschütterungen der Wirtschaft die sozialpolitischen Errungenschaften im wesentlichen unangetastet geblieben sind und die aus dem Produktionsprozeß Verdrängten wenigsten vor dem Gröbsten geschützt sind — geschützt sind dank tiefschneidender Eingriffe in die Verteilung des Sozialproduktes."[58]) Es ist eigenartig von der Frankfurter Zeitung zu hören, daß sie die „tiefschneidenden Eingriffe in die Verteilung des Sozialproduktes" als sozialpolitisch notwendig anerkennt. Ich habe in der Einleitung gezeigt, daß die Frankfurter Zeitung zu denen gehört, welche in der Produktions- und n i c h t in der Verteilungssphäre die Lösung der sozialen Frage erwarten. Daß sie in demselben Artikel konsequent die Befreiung der freien Verkehrswirtschaft von ihren Schlacken verlangt, um diese „Produktions-Lösung erfüllen zu können" mutet noch eigenartiger an. Daß zu seinen Schlacken die Sozialpolitik gerechnet werden muß, wird jeder logisch Denkende zugeben, denn die Produktionssteigerung kann nach der Logik des individualistisch-materialistischen Systems nur durch eine f r e i e Wirtschaft gewährleistet werden. Es ist dies das Argument ihrer Verteidiger. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat die Sozialpolitik nicht angenommen, sondern — das sei noch einmal klar herausgestellt — a n n e h m e n m ü s s e n.

6. Kapitalismus und Interventionismus.

Mit der Klärung des Verhältnisses von kapitalistischem Wirtschaftssystem zur Sozialpolitik ist der Weg geebnet zum Verständnis dessen, was man Interventionismus bezeichnet. Dieser liegt ebenfalls in der Entwicklung des individualistisch-materialistischen Gesellschaftssystems begründet. Er bedeutet einen Schritt über die Sozialpolitik hinaus und gleichzeitig eine Reaktion gegen sie. Gewiß ist die geschichtlich-konkrete Entwicklung des deutschen Staates zum Interventionsstaat nicht a l l e i n aus der kapitalistischen Entwicklung erklärbar. Genau wie in der Sozialpolitik hatten beim Kapitalismus fremde und entgegengesetzte Kräfte ihr Spiel getrie-

ben. Logisch gesehen muß jedoch das kapitalistische Wirtschaftssystem auch o h n e außerwirtschaftliche Einflüsse zum Interventionismus, Protektionismus, Subventionismus führen. Gerade das Argument, was von vielen Verteidigern dieser Wirtschaftsordnung angeführt wird, der unheilvolle Einfluß der breiten Massen auf den Staat, ist ein Beweis f ü r diese Behauptung. Der liberale Staat war als Schutzorganisation für das Wirtschaftsleben geschaffen. Er hatte nur diesen Zweck. Er sollte jedem die gleiche wirtschaftliche Chance gewähren, im friedlichen Wettbewerb mit seinem Partner sein Leben zu gestalten. Diese Aufgabe hat er nicht erfüllen können. Vielmehr war er machtlos gegen die wirtschaftliche Entwicklung, die zum Machiavellismus führte, wodurch die unsagbare Not und damit die Massen geschaffen wurden. Niemand konnte daher diesen Massen das Recht absprechen, die Forderungen an den Staat zu stellen, seine übernommenen Pflichten zu erfüllen. So begann der Kampf um den Staat, um mit seiner Hilfe nun die persönlichen Ziele zu erreichen. Aus derselben Einstellung entsprang das teils positive, teils negative Verhalten der Interessengruppen zum Staat. Die besitzlose Lohnarbeiterschaft mußte g e g e n ihn sein, weil sie seine Ordnung als Garanten der augenblicklichen Verhältnisse ansah und damit ihrer Not; die Unternehmerschaft mußte aus demselben Grunde f ü r ihn sein, weil er die Verfolgung ihres Profitstrebens durch Aufrechterhaltung der Wirtschaftsordnung garantierte. Der Staat m u ß t e somit zum Spielball der wirtschaftlichen Interessengruppen werden. Eine Intervention ruft die andere nach sich. Wenn nun die Protektion der Landwirtschaft als Urheber der Entwicklung genannt wird, so spricht dies nicht g e g e n, sondern f ü r meine Darstellung, denn die Landwirtschaft tat nichts anderes als alle anderen Gruppen. Sie suchte ihren Untergang, der durch die grundsätzliche freie Wirtschaft ‚beschlossen' war und in bedrohliche Nähe gerückt, durch das Mittel der Protektion zu verhindern. Es gelang ihr dies um so leichter, als sie das Glück hatte, ihre eigenen individualistischen Ziele, ihr Gruppeninteresse durch das Nationalinteresse verbrämen zu können, das auch von anderen Richtungen vertreten wurde. Es wird allgemein zugegeben, daß der Interventionismus ziellos, eine Schraube ohne Ende ist. Er m u ß es sein, da die einzelnen Interessengruppen einander ausschließende Ziele verfolgen, mit jeder Maßnahme zugunsten der einen Gruppe, das Interesse der anderen wieder neu gestellt wird.

7. Unmöglichkeit der Lösung der sozialen Frage durch das kapitalistische Wirtschaftssystem.

So muß sich die freie Verkehrswirtschaft, das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst zur Kompromißgestalt entwickeln und den Berechtigungsgrund seiner Existenz: Steigerung der Bedürfnisbefrie-

digungsmöglichkeiten durch Einsatz des freien Erwerbsstrebens negieren. Das kapitalistische Wirtschaftssystem erweist sich damit als sinnlos. „Der Kapitalismus als soziales System hat aber nur dann einen Sinn, wenn es das Auseinanderbrechen von Konsumtion und Produktion immer wieder durch Verbilligung überwindet."[59] Nur wenn das kapitalistische System sich voll entfalten kann, vermag es diese Aufgabe, die Gesamtmenge der Bedürfnisbefriedigungsmittel zu steigern, zu erfüllen. Dazu muß es seinen sozialen Charakter ablegen. Der Arbeiter denkt aber garnicht daran, sich als Ware zur Verfügung zu stellen, selbst wenn diese „Maschine" etwas besser geölt würde, allein um dem Kapitalbesitzer die hemmungslose Verfolgung seiner Selbstsucht zu ermöglichen. Selbst wenn man voraussetzt, daß die kapitalistische Wirtschaft funktioniert im Sinne einer prästabilierten Harmonie, daß sie fähig wäre, im wirtschaftlichen Fortschritt der Masse immer bessere Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten zu bieten, so könnte dies System nur dann Bestand haben, wenn diese Masse selbst einer individualistisch-materialistischen Weltanschauung frönen würde. Sobald das materielle Wohlergehen und der höchste Lebensgenuß aber nicht mehr die Ideale der Arbeiterschaft sind, wird sie noch so hoher Lohn nicht zur Billigung dieser seelenlosen, aufreibenden Tätigkeit, dieser entwürdigenden Arbeitsverhältnisse verleiten. Das kapitalistische System setzt eine individualistisch-materialistische Arbeiterschaft voraus, und eben das ist es, was sie wiederum zur Auflösung treibt.

Die Beantwortung nach dem Wesen der sozialen Frage im kapitalistischen Wirtschaftssystem fällt jetzt nicht mehr schwer. Es ist die Frage nach der Verbesserung der materiellen Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeit der großen Masse. Diese kann nur erreicht werden, wenn sich das System schrankenlos der Produktion hingeben kann. Die soziale Frage ist deshalb kein Verteilungsproblem, sondern, wie auch zugestanden wird, ein Produktionsproblem. Mit sozialer Einstellung ist das kapitalistische System grundsätzlich nicht zu vereinen, weil nur individualistisches Erfolgsstreben das Höchstmaß des Produktionsergebnisses gewähren kann. Wenn die Frankfurter Zeitung sagt: „Es gibt ein fair play auch im Wirtschaftskampf und wirtschaftliches Erfolgsstreben und Gemeinsinn sind nur dann unvereinbare Gegensätze, wenn das Erfolgsstreben roh, brutal und kurzsichtig ist, muß es so sein?"[60], so gibt es nur eine Antwort: es muß so sein. Und weiter: „Es hängt nicht vom System, sondern von den Menschen ab, die es handhaben, ob dieses System human ist oder nicht"[61], kann nur die eine Entgegnung finden: Die Menschen werden nicht gefragt, ob sie human sein wollen oder nicht. Das System zwingt ihnen das immanente Gesetz auf, und das ist unhuman. Es gibt unendlich viele Not, Elend und Würdelosigkeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem, muß es geben. Dasselbe Prinzip, das materialistisch - individualistisch - liberale Prinzip

des kapitalistischen Systems, welches diese Not schuf, verhindert die Stellung der sozialen Frage. Es gibt keine soziale Frage im Kapitalismus, weil Individualismus und Sozialismus keine verschmelzbaren, sondern sich ausschließende, unüberbrückbare Gegensätze sind.

2. KAPITEL.
MARXISMUS UND SOZIALE FRAGE.

I. Entstehung und Begrifff des Marxismus.

Der Marxismus ist kein einheitliches Wirtschaftssystem, sondern eine Verquickung von naturgesetzlicher Entwicklungslehre und individualistisch-kollektivistischem System. Aus diesem Grunde wird sich die Behandlung des zweiten Kapitels von der des ersten unterscheiden. Bei der Untersuchung des Kapitalismus gab ich erst eine Darstellung des Systems, aus welchem wir dann jene Spannungen, die soziale Frage, entstehen sahen; der Marxismus dagegen ist erst ein Erzeugnis der sozialen Frage. Ich fasse in diesem Abschnitt darunter sämtliche „sozialistischen" Bestrebungen und Lehren zusammen, die die Mißstände des Kapitalismus empfanden und bekämpften. Wilbrandt sagt: „Sozialismus ist das, was der heutigen Gesellschaft unentbehrlich ist, ist Inbegriff der Umgestaltung, die der sozialen Frage und der gesamten Unwirtschaftlichkeit der Volks- und Weltwirtschaft Heilung bringt."[1]) Es würde besser lauten: Heilung bringen soll. Das Wort „Sozialismus" habe ich aus verschiedenen Gründen durch das Wort „Marxismus" ersetzt, obwohl darin nicht die Gesamtheit jener Bestrebungen gefaßt ist. Zunächst hat erst seit Marx die Opposition gegen die liberale Gesellschaftsordnung ihre Geschlossenheit und Stoßkraft erfahren, sodaß man seit jener Zeit die Begriffe gleichsetzen könnte. Zum andern geht jedoch — und das ist der wichtigere Grund — mein Bestreben dahin, zu zeigen, daß der Marxismus kein Sozialismus im wahren Sinne bedeutet; sodaß man mit Wilbrandt sagen kann: „Sozialist kann nur sein, wer nicht Marxist ist."[2]) Inwieweit Wilbrandt trotzdem mit dem Marxismus zusammengeht, und daß er deshalb nicht zum echten Sozialismus gelangen kann, wird noch zu zeigen sein. Wir sagten, diese Lehre sei entstanden aus dem Antagonismus, den der Individualismus des kapitalistischen Wirtschaftssystems notwendigerweise erzeugen mußte. Er brachte es zu ungeheuerem Reichtum auf der einen Seite, dem das namenlose Elend auf der anderen Seite entgegenstand. „Darum gilt es einen Blick zu werfen auf Steigerung und Verteilung des modernen Reichtums. Dann erst kann das Proletariat als soziale Frage gewürdigt werden"[3]), heißt es bei Wilbrandt. Sombart sagt: „Aus der wirtschaftlichen Misere ist der moderne Sozialismus erwachsen; seine Ideenwelt kreist um den Mittelpunkt der materiellen Interessen."[4]) Genügt aber der Hinweis

auf die großen Reichtumsunterschiede, auf Not und Elend schon, um die sozialen Bewegungen zu erklären? Zu allen Zeiten, in allen Jahrhunderten war beides vorhanden. Selbst von Arbeiterführern mußte im Laufe der Entwicklung zugegeben werden, daß der Kapitalismus mit seinen eigenen Fortschritten auch die Lage des Arbeiters zusehens gebessert habe. Was diese Differenzen und Verschiedenheiten zu Spannungen machte, war der Individualismus, die Grenzenlosigkeit seines Zieles. Man fügte sich früher in sein Schicksal, weil man keine andere Gesellschaftsordnung kannte oder weil man die jeweilige als die einzig mögliche und natürliche ansah. Aber der Individualismus und Liberalismus predigten gleiches Recht für alle, hatten der Anschauung zum Durchbruch verholfen, daß alles gleich sei, „was Menschenantlitz trägt". Gleiche Freiheit für jeden einzelnen Menschen, das war die Forderung des Liberalismus. Man wollte ja alle frei machen, alle sollten der Segnungen dieses Gesellschaftssystems teilhaftig werden. Der Arbeiter vernahm diesen Ruf und sah, wie sehr diese Forderung in Widerspruch stand zu den tatsächlichen Verhältnissen, ja, wie unter dieser Devise seine Zwangslage immer größer wurde. Erst das Bewußtwerden dieses Zwiespaltes bei dem Arbeiter erzeugte in ihm die Spannungen, die soziale Frage. Denn „seine Ideenwelt kreist um den Mittelpunkt der materiellen Interessen", er war ebenso Materialist und Individualist, und er muß nun ebenso, wie der Unternehmer, für den er arbeitet, in der Verbesserung seiner Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeiten sein letztes Ziel sehen. Deshalb bäumte das Proletariat sich auf gegen Gesellschaftsverhältnisse, welche ihm den Zugang zu diesem Ziel versperrten. Dies fand seinen Ausdruck in den Fabrikaufständen; ich wies schon im Zusammenhang mit dem Kapitalismus darauf hin. Bald jedoch fanden sich Vorkämpfer dieser Bewegung, die sich die Sache der Arbeiterschaft angelegen sein ließen und nach einer Gesellschaftsordnung strebten, welche diese Uebelstände zu verhüten vermöchte, bis dann in Marx jene Gestalt in die Geschichte trat, die ein Jahrhundert hindurch diese suchende Arbeiterschaft zusammenzufassen und zu — verführen vermochte.

II. Der evolutionäre Marxismus.

1. Der historische Materialismus.

Der Marxismus ist mehr als ein Wirtschaftssystem, er ist die Lehre von einer naturgesetzlich bestimmten, gesellschaftlichen Entwicklung. Er will weniger Postulate aufstellen — das ist sogar im Grundsätzlichen unvereinbar mit seiner Lehre — als vielmehr die Kenntnis der bisherigen Entwicklung der Gesellschaftsverhältnisse zu vermitteln. Marx selbst sagt vom „Kapitalismus": „. . . es ist der letzte Endzweck dieses Werkes, das ökonomische Bewegungsgesetz

der modernen Gesellschaft zu enthüllen."[5]) Mises faßt dies in die Worte: „Der Sozialismus ist ein unentrinnbares und naturnotwendiges Ergebnis der im gesellschaftlichen Leben wirkenden Kräfte; dies ist der Grundgedanke des evolutionistischen Sozialismus, der sich in seiner marxistischen Form den stolzen Namen „wissenschaftlicher" Sozialismus beigelegt hat."[6]) Der Marxismus gibt damit eine Deutung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die nur aus einer bestimmten Grundanschauung des Lebens und Seins der Menschen und der Welt erklärt werden kann. Sombart sagt dazu: „Er wollte den wissenschaftlichen Sozialismus begründen und begründete den wissenschaftlichen Kapitalismus, oder besser: die Wissenschaft vom Kapitalismus."[7]) Die ökonomische Geschichtsbetrachtung ist die Grundlage des Marx'schen Denkens. Nach Marx ist das Materielle die einzige Realität. Nicht Ideen, Gedanken beherrschen den Ablauf der Geschichte, sondern diese sind erst das Produkt der Umwelt, der materiellen Verhältnisse, in die die Menschen hineingeboren werden. „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt"[8]), heißt es im Vorwort „Zur Kritik der politischen Oekonomie". Dies „gesellschaftliche Sein" sind die Wirtschaft, die Produktionsverhältnisse, während z. B. der bürgerliche Staat und die Religion nur ideologischer „Ueberbau" sind. Die Gesetze der menschlichen Gesellschaft sind also die Gesetze der Wirtschaft. Das gilt es zu erkennen, um den Verlauf der Gesellschaftsentwicklung voraussagen zu können. Das Prinzip, das die menschliche Entwicklung beherrscht, glaubt Marx im Klassenkampf gefunden zu haben. „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen"[9]), sagt Marx. Zu seiner Zeit sieht er im Proletariat einerseits, der Bourgeoisie andererseits die beiden Klassen, welche Ausdruck der Produktionsverhältnisse sind. Der Kapitalismus ist die letzte Entwicklungsstufe des Wirtschaftsprozesses, die er nun einer Untersuchung unterzieht. Man kann sich nicht gegen diesen, gleich einem Naturgesetz verlaufenden Mechanismus stemmen. Die Entwicklung führt den Kapitalismus zu seiner vollen Entfaltung. „Die gegenwärtige Gesellschaft muß sich durch dieses mechanische Gesetz der Wirtschaft naturnotwendig in eine sozialistische Gesellschaft hineinentwickeln."[10]) Ich werde nun den kapitalistischen Wirtschaftsprozeß, wie Marx ihn sieht, zur Darstellung bringen. Er soll ja sich selbst zu einer sozialistischen Zukunftswirtschaft entwickeln, deren wesentliches Merkmal die Spannungslosigkeit ist und damit die Lösung der sozialen Frage bedeutet.

2. Die Marx'sche Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Marx'schen Grundbegriffe des Gutes, Reichtums und des Wertes sind die Fundamente, auf denen er seine Entwicklungs-

theorie aufbaut. Ein Gut ist für Marx — wie bei Adam Smith — einzig ein sichtbarer, greifbarer Gegenstand, ein äußerliches Ding. Aus diesem Gutsbegriff wird der des Reichtums abgeleitet. Reichtum ist eine Sammlung solcher Güter, eine „ungeheure Warensammlung", die einzelne Ware . . . „seine Elementarform". Je mehr Waren der einzelne Kapitalist oder die einzelne Volkswirtschaft besitzt, desto reicher sind sie. Der Wert der einzelnen Waren wiederum hängt ab von der Menge der Arbeitsstunden, die in ihnen enthalten ist. Marx machte sich somit den Wertbegriff — wenigstens im wesentlichen — Ricardos zu eigen, es war, wie Spann sagt, die größte Leistung Marxens, daß er mit den Grundbegriffen der Klassiker den notwendigen Untergang ihres Systems „bewies". „Der Wert der Güter wird aber bestimmt durch die Arbeit, die in ihnen enthalten ist, die Güter sind gleichsam gefrorene Arbeit."[11] Weiter folgerte Marx aus Ricardo, daß nur die lebendige Arbeit fruchtbar sei und zog daraus weiterhin die Folgerung, daß dem Arbeiter dieses Erzeugnis seiner Arbeit ganz gebühre. Der kapitalistische Unternehmer dagegen, der allein im Besitze der Produktionsmittel sei, kaufe die Arbeitskraft des Arbeiters, um die von ihm produzierten Waren zu verkaufen. Er zahle aber dem Arbeiter nicht den gesamten Wert, sondern nur soviel, um den Arbeiter am Leben zu halten. Je nach dem Angebot schwanke der Lohn um diesen natürlichen Preis. Das Mehrerzeugnis des Arbeiters stecke der Unternehmer in die Tasche. Von diesem Mehrwert erhalten die Grundbesitzer ihren Teil als Rente, die Kapitalbesitzer ihren Teil als Kapitalzins. Dies Verhältnis zwischen Lohnarbeiter und kapitalistischem Unternehmer ist eben nur möglich infolge der augenblicklichen Verteilung der Produktionsmittel, des Kapitals. „Der Kampf zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter beginnt mit dem Kapitalverhältnis selbst"[12], sagt Marx. Weiter: „Eigentum erscheint jetzt, auf Seite der Kapitalisten als das Recht, fremde, unbezahlte Arbeit oder ihr Produkt, auf Seite des Arbeiters als Unmöglichkeit, sich sein eignes Produkt anzueignen."[13] Die ungleiche Verteilung der materiellen Produktivkräfte ermöglicht also dem Kapitalisten die „Ausbeutung" des Proletariats. In dem einzelnen Lohnarbeiter sieht er nur eine Ware, durch deren Kauf und Verkauf er seinen Mehrwert, sein arbeitsloses Einkommen erzielt. „Die kapitalistische Produktion ist nicht nur eine Produktion von Ware, sie ist wesentlich Produktion von Mehrwert."[14] Dieser Mehrwert drängt immer wieder zur Verwertung, rücksichtslos beutet der Kapitalist seine „Ware" Arbeitskraft aus. „Als Kapitalist ist er nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapitalseele."[15] Dieses „personifizierte Kapital" tritt der „Ware" Arbeitskraft gegenüber, um es in seine Entwicklung einzuspannen, Sache gegen Sache. Ziel ist der Profit. „Der Arbeiter arbeitet unter der Kontrolle des Kapitalisten, dem seine Arbeit gehört."[16] Und deshalb weiter: „Das

Kapital fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft . . . Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird."[17]) Mit der Zunahme des Mehrwertes verschlechtert sich die Lage der Arbeiterschaft immer mehr. Jede Produktionsperiode akkumuliert neuen und größeren Mehrwert, da ja der Mehrwert jeder Produktionsperiode in Kapital angelegt wird. So entsteht auf der einen Seite immer größerer Reichtum, während das Proletariat in wachsendem Elend versinkt. „Akkumulation von Reichtum auf der Seite der Kapitalisten. Akkumulation von Elend auf der Seite der Arbeiter und damit eine immer stärker anwachsende Proletarisierung."[18]) Mit diesen Worten gibt Andreae den marxistischen Gedankengang wieder, oder wie Marx sagt: „Akkumulation des Kapitals ist also Vermehrung des Proletariats."[19]) Gleichzeitig damit geht die Konzentration der Betriebe immer weiter, d. h. immer mehr Ersatz des variablen Kapitals durch konstantes Kapital, damit Ausschaltung des Arbeiters aus dem Produktionsprozeß. Diese wiederum drücken auf den Lohn der Gesamtarbeiterschaft bis durch das durch den Hunger bewirkte Nachlassen der „Menschenproduktion" der Ausgleich wieder hergestellt ist. Zwangsläufig treibt so der Kapitalismus, das restlos „Mehrwert-heckende" Kapital zu größter Konzentration und Akkumulation, bis nur noch wenige Großkapitalisten der überwiegenden Menge der nicht besitzenden Lohnarbeiter gegenüberstehen. Diese wenigen Kapitalisten brauchen jetzt nur noch enteignet zu werden, um die sozialistische Gesellschaft herbeizuführen. Erst wenn die Konzentration dieses letzte Stadium erreicht hat, ist ein weiteres Fortschreiten unmöglich. „Die Konzentration des Kapitals oder die technisch verursachte Vergrößerung der Betriebe gerät mit dem Privateigentum in Widerspruch"[20]), heißt es bei Andreae. Marx schildert den Fortgang dann folgendermaßen: „Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung ihrer ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Ueberbau langsamer oder rascher um. . . Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an ihre Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind."[21]) Mit naturnotwendiger Gesetzlichkeit vollzieht sich diese Entwicklung. Nicht auf revolutionärem, sondern auf evolutionärem Wege wird die sozialistische Gesellschaft erreicht; das Proletariat beschränkt sich allein auf die nebensächliche Rolle des „Geburtshelfers". Mit Erreichung dieses Zustandes gehen die Produktionsmittel in das Eigentum der Gesamtheit über. Das „Zwangsverhältnis" Kapital existiert nicht mehr. Der Arbeiter wird nicht mehr ausgebeutet.[22]) Er erhält das volle Produkt seiner Arbeit. Damit

sind die Spannungen zwischen zwei Schichten und Klassen beseitigt und — die soziale Frage. Aus dieser Entwicklungstheorie mußte sich notwendig eine ganz eindeutige Stellungnahme zu den Spannungen und Mißständen im Kapitalismus ergeben: eine passive Haltung. Die „liebenswürdige Entwicklung" werde schon von selbst zum Sozialismus treiben. Eine Milderung der Leiden der Arbeiterschaft könnte eher das Ziel hinausschieben und ist deshalb zu verhindern. Daraus ergibt sich eine Ablehnung aller Sozialpolitik durch den evolutionären Marxismus. Landwirtschaft und Handwerk sind seine größten Feinde, weil sie der wirtschaftlichen Entwicklung die größten Hemmnisse in den Weg legen. Die ablehnende Stellung zum Staat ist eine weitere Folge der Entwicklungstheorie. Der Staat ist nur Ueberbau. Er ist in der kapitalistischen Gesellschaft Machtapparat in den Händen der Bourgeoisie und wird mit fortschreitender Entwicklung absterben. „Der evolutionäre Marxismus drängt deshalb eher auf eine Verschärfung des Leidens und Elendes des Proletariats als auf eine Besserung; durch das baldige Eintreten der sozialistischen Zukunftsgesellschaft wird ihm dafür der Lohn werden.

3. Die Unrichtigkeit der Entwicklungstheorie.

Bringt d i e s e sozialistische Zukunft die Lösung der sozialen Frage? Sie kann sie deshalb nicht bringen, weil die Grundbegriffe und Voraussetzungen, von denen Marx ausgeht, falsch sind, weil es deshalb eine E n t w i c k l u n g zum Sozialismus nicht gibt, also auch die Lösung der sozialen Frage unmöglich macht. Ich brauche kaum näher auszuführen, daß der Marx'sche Guts- und Eigentumsbegriff zu eng und damit falsch ist. Die Anerkennung der geistigen Arbeit nicht nur als a u c h produktiv, sondern noch sogar als h ö h e r w e r t i g e r richtet ebenfalls die mechanisch-materialistische Produktivitätstheorie. Mit der Arbeitswerttheorie, die heute kaum noch vertreten wird, fällt der Wert- und vor allem der Mehrwertsbegriff. Die soziale Frage ist dann nicht durch Einziehen der Rente (Mehrwert) des Unternehmers, Kapitalisten und Grundbesitzers zu lösen. Verhältnismäßig weit verbreitet ist noch der Glaube an die Konzentrationstheorie. Doch gerade die letzte Entwicklung dürfte gezeigt haben, daß der Glaube an den Großbetrieb ernste Erschütterungen erlitten hat. „S o l a n g e m a n d a r a n g l a u b t , d a ß d e r G r o ß b e t r i e b d e m K l e i n b e t r i e b s c h l e c h t h i n ü b e r l e g e n i s t , s o l a n g e s t e h t m a n a u f m a r x i s t i s c h e m B o d e n."[24]) Wenn so die gesamte Entwicklung des Wirtschaftsprozesses falsch ist, so kann auch das Endergebnis: die Lösung der sozialen Frage im Sozialismus nicht das Endergebnis bilden.

4. Die Bedeutung des evolutionären Marxismus.

Gerade jedoch der evolutionäre Marxismus hat große Wirkung auf die Arbeiterschaft ausgeübt. Von keinem der Marxisten ist das Bild der sozialistischen Zukunftsgesellschaft im einzelnen gezeichnet worden. Fragen wir nach dem Grund, warum dann jene Entwicklungstheorie doch solche Macht erreichen konnte, so muß die Antwort darauf lauten: weil die tatsächliche Entwicklung des aufsteigenden Kapitalismus zu jener Zeit die von Marx beschriebenen Tendenzen zeigte. Marx war ein Kind seiner Zeit. Sombart sagt von den Marxisten: „Sie verallgemeinerten Einzelfälle in der Gegenwart und übertrugen die Verallgemeinerungen in die Zukunft."[25]) Gewiß beuteten die Unternehmer die Arbeiter aus, gewiß konnte der Einzelne sich nicht gegen das System auflehnen, aber nicht weil Naturgesetzen gleiche Gesetze walteten, sondern weil das individualistische Profitstreben, das von dem Willen der Menschen gesetzt war, als Ziel zu „objektivem Geist" erstarrt war und jeden unter seine Knute zwang. Gerade die Konzentrations- und Akkumulationstheorie fanden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, besonders infolge der sich überstürzenden Erfindungen eine scheinbare Bestätigung. Doch es war ein Resultat der Jagd der Unternehmer um die ersten Erfolge und Vorteile derselben.

III. Der revolutionäre Marxismus.

1. Marx und seine Nachfolger.

Ich habe eben kurz darauf hingewiesen, welches die konsequente Haltung eines evolutionären Sozialisten sein müßte: er würde die Gesetze sich entwickeln lassen, da er sich ja sagt, daß auf die Dauer eine naturgesetzliche Entwicklung nicht verhindert werden kann. Marx war nun nicht Evolutionär — im Widerspruch zu seiner Entwicklungstheorie — Marx war Revolutionär. Es läßt sich unschwer beweisen, durch seine Schriften und durch sein Leben. Marx hat die Revolution gewollt. Und nur die Revolution war sein und seiner Nachfolger Ziel. Der Sieg des Proletariats mußte erkämpft werden; was dann kommen sollte, wurde der Zukunft überlassen. Kampf um der Vernichtung willen — das war Marx. „Das kommunistische Manifest ist ein einziger Appell an das Gerechtigkeitsgefühl"[26]), sagt G. Bäumer. Von diesem Manifest heißt es bei Sombart: „In den Grundanschauungen des kommunistischen Manifestes ist noch heute der gesamte proletarische Sozialismus befangen."[27]) Doch lassen wir Marx selbst sprechen: „Es ist hohe Zeit, daß die Kommunisten ihre Anschauungsweise, ihre Zwecke (gesperrt von mir), ihre Tendenzen vor der ganzen Welt offen darlegen und dem Märchen vom Gespenst des Kommunismus ein Manifest der Partei selbst entgegenstellen. . . . Von allen Klassen,

welche heute der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. . . . Die Proletarier können sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigne bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Anschaffungsweise abschaffen. . . . Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedendste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder. . . . Der nächste Zweck (gesperrt von mir) der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisie-Herrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. . . . Um das wirkliche Privateigentum aufzuheben, dazu gehört eine wirkliche kommunistische Aktion."[28]) In dem gleichen Maß wie seine Schriften gibt das Leben von Karl Marx den besten Beweis der Revolution durch ihn selbst. „. . . der Mann, dem der wütende Haß gegen den Kapitalismus aus allen Poren drang . . ."[29]) war sein Leben lang Revolutionär. Seit seiner Jugend witterte er Revolutionen, und er gab seiner Freude unverhohlen Ausdruck, wenn er Anhaltspunkte dafür fand. Seit dem Jahre 1864 widmeten er und Engels ein Großteil ihrer Kraft dem Aufbau und der Organisation der ersten Internationale, mit dem Zweck, den Zusammenschluß aller Arbeiter nach der Devise: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!"[30]) zu erreichen und die Weltrevolution vorbereiten zu können. Wir können Herkner zustimmen, wenn er im Hinblick auf die Marx'sche Lehre sagt: „Trotz dieser Auffassung, welche eine gewisse politisch-quietistische Haltung vorzuschreiben scheint, hat sich niemand mehr als gerade Marx und Engels um die Organisation einer politisch-demokratischen Arbeiterpartei mit sozialistischem Programm bemüht."[31]) Weiter: „Während nach seiner eignen Lehre der Sozialismus erst aus der ökonomischen Entwicklung hervorgehen soll, von der selbst die am weitesten fortgeschrittenen Länder heute noch weit entfernt sind, arbeitet er rastlos an der Verbreitung der Revolution und erwartet sie für die nächste Zeit. So ist viel Widerspruchvolles, Verwirrendes in sein System gekommen."[32])

So wie Marx waren alle Epigonen mehr oder weniger ausgeprägte Revolutionäre. Seine Entwicklungstheorie stieß sich, als der Kapitalismus in ruhigere Jahre kam, arg mit der Wirklichkeit. Seine Arbeitswertlehre war unmöglich; das Konzentrationsgesetz vollzog sich nicht nur nicht weiter, sondern es mußten sich im Gegenteil entgegengesetzte Tendenzen aufzeigen lassen. So brach das marxistische Lehrgebäude zusammen; und doch hinderte das die revolutionären Marxisten nicht, immer wieder der nur allzu gläubigen Masse bei der Propaganda Einzelteile dieser Lehre aufzutischen. Die Masse glaubte nur zu gern, weil sie die Revolution wollte; sie hatten, wie ich schon zeigte, die ungeheuere Sehnsucht nach dem Leben, und sie sahen sie unter den herrschenden Verhältnissen uner-

füllt. Deshalb wollten sie neue Verhältnisse schaffen. Doch wie sah die Ordnung aus, die Heilung von den Schäden der kapitalistischen Wirtschaft bringen sollte? Wenn auch von den marxistischen Führern selbst dies in den Hintergrund gerückt ist, so enthebt uns das nicht der Pflicht, zu prüfen, ob die einzig mögliche und angestrebte Ordnung die Lösung der von der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geschaffenen Spannungen zu bringen vermag. Solange der Kapitalismus besteht mit seinen sozialen Folgen, solange wird der Wunsch und das Verlangen nach seiner Vernichtung von seiten derer nicht verstummen, die durch diese Folgen betroffen werden — unabhängig von einer naturgesetzlichen Entwicklungstheorie.

2. Das marxistisch-sozialistische Wirtschaftssystem.

a) Die Zielsetzung.

Der Darstellung dieses „anderen" Systems wende ich mich nun zu. Es läßt sich konstruieren aus der Kritik der Marxisten am Kapitalismus, dem wenigen Positiven, was von ihnen darüber verlautet ist, und nicht zuletzt aus den Zielen, die durch es erreicht werden sollen. Die Betrachtung dieser Ziele muß deshalb die erste Aufgabe sein. Denn „Alles Wirtschaften ist durchaus von der Zielsetzung abhängig; die Ziele beherrschen die Wirtschaft, von ihnen empfängt sie erst ihren Sinn".[33]) Es ist schon zur Genüge gezeigt worden, daß materialistische Weltanschauung nur eine individualistische Gesellschaftsordnung im Gefolge haben kann. Es ist selten oder nie bestritten worden, daß der Marxismus, der proletarische Sozialismus auf dem Materialismus als Weltanschauung fußen, und doch konnte es fast ein Jahrhundert lang geschehen, daß Individualismus und proletarischer Sozialismus als zwei grundverschiedene Gesellschaftssysteme angesehen wurden. Es spricht für die materialistische Anschauung des Betrachters selbst, daß dies möglich war. Meine Aufgabe soll es sein, zu zeigen, daß der proletarische Sozialismus letztlich individualistisch, d. h. auf den Einzelmenschen ausgerichtet ist, daß er sich im Ziel nicht vom Liberalismus unterscheidet, daß er dasselbe individualistische Ziel nur auf einem anderen Wege zu erreichen strebt. Der proletarische Sozialismus ist demnach nur formaler Sozialismus. Diese Bedeutung verbinde ich hier immer mit dem Wort „Sozialismus". „Um ein Höchstmaß von Lebensannehmlichkeiten zu erreichen, bildet sich die sozialistische Gesellschaft"[34]) ließen wir den Sozialisten Bebel sagen und sahen, daß er sich hierin in voller Uebereinstimmung mit dem Liberalisten Mises befindet. Dieselbe Geistesverwandtschaft sehen wir zwischen Marx selbst und Mises. „Die Individuen sind immer von sich ausgegangen, gehen immer von sich aus"[35]), sagt Marx. Das Gesellschaftsverhältnis ist für diese Individuen eine rein nothafte, durch Nützlichkeitserwägungen herbeigeführte Angelegen-

heit. „Die Formation jeder Gesellschaft wird also durch ihren der Bedürfnisbefriedigung dienenden Gesamtarbeitsprozeß und den sich aus diesen ergebenden wirtschaftlichen Wechselbeziehungen bestimmt. . . . . Gesellschaftliches Leben ist demnach auch nicht jedes beliebige Zusammenleben, sondern ein Zusammenleben und -wirken unter bestimmten wirtschaftlichen Bedingungen zur Befriedigung allgemein wirtschaftlicher Bedürfnisse.“[36]) Das Individuum muß immer von sich ausgehen und alle seine Bestrebungen seinem materialistischen Ziele, seinem Reichtums- und Glücksstreben, seiner Sehnsucht nach einem irdischen Paradies unterordnen. Der Liberalismus zieht daraus die Konsequenz und gibt sie zu. „Was der Einzelne der Gesellschaft gibt, um sie als Gesellschaft zu erhalten, gibt er nicht um fremder Ziele willen, sondern um der eigenen.“[37]) Es ist das im Grunde dasselbe, was Marx über das Verhältnis des von sich ausgehenden Individuums zur Gesellschaft sagt. Es war jedoch immer das Streben des proletarischen Sozialismus, die individualistische Zwecksetzung hinter der Phrase vom allgemeinen Besten, vom Gesamtwohl usw. zu verbergen. „Die Welt gestalten nach dieser einen Idee: den gemeinsamen Vorteil voranzustellen, den Einzelvorteil nur durch ihn zu wollen — das ist Sozialismus.“ (Wilbrandt.)[38]) Es kann für den Individualisten keinen „gemeinsamen Vorteil“ geben, er selbst ist sein Vollkommenheitsziel. So drückt es ja auch Wilbrandt aus: „Denn das menschliche Leben hat keinen Zweck außerhalb seiner selbst und über sich selbst.“[39]) Man kann von dem Einzelnen nicht verlangen, daß er selbst auf einen Vorteil verzichtet um des Anderen willen oder gar um der Gesamtheit willen, welcher der Individualist ja einen Wert an sich nicht zusprechen kann.“ Und: „Letzter Sinn des proletarischen Lebens kann das Opfer nicht sein, weil die höchsten Werte in das Individuum verlegt sind.“[40]) Dies gilt es festzuhalten: Der aus der materialistischen Weltanschauung entspringende Individualismus ist sowohl dem proletarischen Sozialismus als auch dem Liberalismus eigen. Beide entstammen einer Wurzel, führen zum gleichen Ziel. Der proletarische Sozialismus wollte den Glückszustand hier auf Erden auch für diejenigen erreichen, die durch die Verhältnisse des kapitalistischen Systems ausgeschaltet waren. Er richtet sich deshalb gegen die bestehende Wirtschaftsordnung, d. h. die Form, die der Liberalismus für die Erreichung des individualistischen Glückstrebens gewählt hatte und zwar deshalb, weil er sie für die einzig mögliche und geeignetste hielt. Die neue sozialistische Wirtschaftsform soll dem einzelnen Menschen eine bessere Befriedigung seiner Bedürfnisse gewähren, d. h. das Ergebnis der Wirtschaft muß größer sein als das in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Oder aber das Ergebnis der

kapitalistischen Wirtschaftsordnung muß mit weniger Aufwand erreicht werden. Das „Individuum" will Lust erzeugen, Unlust vertreiben."[41]) Kann es nicht mehr Lust erzeugen, so muß es schon jetzt wenigstens zu erreichen versuchen mit weniger Unlust zum Ergebnis zu gelangen. Nur dann kann die Abschaffung der kapitalistischen und ihr Ersatz durch eine sozialistische Wirtschaftsordnung sinnvoll erscheinen. Es ist nicht die gesamte Problematik der Gemeinwirtschaft zu untersuchen, deren Möglichkeit Mises schon dadurch zu beweisen versucht hat, daß er jede Rechnungsmöglichkeit in ihr leugnet. „Sozialismus ist die Aufhebung der Rationalität der Wirtschaft."[42]) Bei unserer Betrachtung können wir von all dem absehen. Es ist nicht entscheidend. Unsere Frage ist lediglich die: Wie sieht die Form aus, die der Sozialismus zur Erreichung seiner Ziele wählt und ist sie imstande das zu leisten, was sie leisten soll, nämlich die Ausschaltung von Abhängigkeitsverhältnissen der Gesellschaftsmitglieder untereinander, die Beseitigung der Spannungen und somit die Lösung der sozialen Frage.

b) Seine Form.

Wir haben vom Liberalismus auf die Frage, wie das individualistische Ziel am günstigsten zu erreichen sei, die Antwort erhalten: Gebt Freiheit! Der proletarische Sozialismus hat sich auf das Gegenteil verschworen: Gebundenheit! Wie die Freiheit das Mittel der kapitalistischen, so ist die Gebundenheit, der mechanistische Zwang, das Wirtschaftsmittel der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Das tritt am deutlichsten in Erscheinung bei der Eigentumsfrage, weshalb Privateigentum als das Kriterium der einen, Gemeineigentum als Kriterium der anderen angesehen wurde. Ich wies schon darauf hin, daß die bestimmte Eigentumsordnung erst eine Folge des einen Prinzips ist, welches sich durch das ganze Mittelsystem hindurchzieht; das ist im kapitalistischen System die Freiheit, im sozialistischen System die Gebundenheit, der Zwang. „Der Sozialismus ist ein System der durch Zwang realisierten Gleichheit."[43]) Infolge ihrer Bedeutung ist jedoch die Eigentumsfrage im tagespolitischen Kampf zur Kernfrage des ganzen Streites geworden. Ihrer Betrachtung will iich mich deshalb jetzt zuwenden. Für Marx ist das Privateigentum der Grund für die Abhängigkeit und Lohnknechtschaft. Nur weil der Kapitalist die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzt, hat er es in der Hand, den Arbeiter mehr als notwendig arbeiten zu lassen. „Privateigentum als Gegensatz zu gesellschaftlichem, kollektivem Eigentum besteht nur da, wo die Arbeitsmittel und die äußeren Bedingungen der Arbeit Privatleuten gehören."[44]) Dieses Privateigentum muß in die Hände der Gesellschaft übergeleitet werden. „In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorien in dem

einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen."[45]) Und weiter: „Die positive Aufhebung des Privateigentums als die Aneignung des menschlichen Lebens, ist daher die positive Aufhebung aller Entfremdung, also die Rückkehr des Menschen aus Religion, Familie, Staat etc. in sein menschliches, d. h. gesellschaftliches Dasein."[46]) Die Marxisten glauben durch diese Ueberführung des Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum die soziale Freiheit erreichen zu können. So lesen wir auch bei jüngeren Vertretern dieser Lehre: „Eine Welt dagegen, die wir neu aufbauen auf dem Boden des Gemeineigentums, gibt Unabhängigkeit, gibt Freiheit: Kein Kapital, das seinen Profit als Vorbedingung fordert, steht da in Frage: sondern der gemeinsame Vorteil der Gemeineigentümer entscheidet . . .", sagt Wilbrandt.[47]) Und Heimann sagt dazu: „Wichtig ist nur, daß der sozialen Bewegung um der Freiheit willen, die Stellungnahme gegen das Privateigentum angeboren ist."[48]) Allein die Ueberführung des Produktionsapparates in die Hand der Gesellschaft soll die Befreiung der Arbeiterschaft herbeiführen. Der Produktionsprozeß selbst, wie ihn der Kapitalismus geschaffen hat, wird bejaht und übernommen. Ja, die Maschinenverwendung muß gesteigert werden und von der wachsenden Vergrößerung der Betriebe erwartet der Sozialismus eine ungeheuere Steigerung der Produktivität. Maschinisierung und Rationalisierung nach dem Rechenstift sind die Mittel der Produktionssteigerung. So lenkt der Marxismus die Angriffe der an den „seelentötenden Mechanismus" gefesselten Arbeiterschaft von diesem ab auf die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse. „Es bedarf Zeit und Erfahrung, bevor der Arbeiter die Maschinerie von ihrer kapitalistischen Anwendung unterscheiden und daher seine Angriffe vom materiellen Produktionsmittel selbst auf dessen gesellschaftliche Exploitionsform übertragen lernt."[49]) Doch was heißt Gemeineigentum, Ueberführung der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft? Sombart drückt es deutlicher aus: „An die Stelle der privatwirtschaftlichen Organisation wollen sie die gemeinwirtschaftliche Organisation, an die Stelle des Kapitalismus den Kommunismus setzen, d. h. also, ein Wirtschaftssystem, das grundsätzlich auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln aufgebaut ist. . . ."[50]) So auch Mises: „Das Wesen des Sozialismus ist das: alle Produktionsmittel stehen in der ausschließlichen Verfügungsgewalt des organisierten Gemeinwesens."[51]) Hier fällt das Wort, welches der Marxismus aus seiner ihm angeborenen Antipathie gegen den Staat der Bourgeoisie immer allzugern durch das ominöse Wort Gesellschaft allein ersetzen zu können glaubte: Gesamtwirtschaftliche Organisation. Dieses Gemeineigentum, mit dem gewirtschaftet werden soll, muß doch verwaltet werden, und so hat auch die kommunistische Gesellschaft wieder ihren Staat; an Stelle des politischen Staats tritt der der bloßen Wirtschafts-

verwaltung. Er muß deshalb gegen den bürgerlichen Staat sein, weil im individualistischen Staate immer diejenigen Interessen vertreten werden, die sich den Staat dienstbar zu machen vermögen. Zur Zeit des Kapitalismus waren es die Interessen des Bürgertums; daraus ergab sich, ebenfalls aus individualistischen Beweggründen, die Gegnerschaft des von der Führung und Macht des Staates ausgeschlossenen Teiles des Proletariats. In der kommunistischen Gesellschaft gibt es keine Klassen und doch müssen bestimmte Individuen die Leitung der Organisation, des Wirtschaftsstaates in die Hand nehmen. Auch sie sind Individualisten, wie alle Gesellschaftsmitglieder. Bei dieser Feststellung soll es jetzt sein Bewenden haben.

Wie aus dem Privateigentum in der kapitalistischen Wirtschaft die freie Konkurrenz, so folgt notwendig aus dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln im sozialistischen Gemeinwesen die Abschaffung derselben. Neben dem Eigentum erscheint sie als Grundursache alles Uebels. Herkner faßt es in die Worte: „Das System der freien Konkurrenz erzeugt grauenhafte Not als Normalzustand und besondere Verschärfungen dieser Not durch periodisch auftretende Handelsperioden.“[52]) Dieses Uebel gilt es deshalb zu beseitigen, was notwendig mit der Annahme der Gebundenheit und des Zwanges als Mittelprinzip verknüpft ist. Jetzt tritt nicht mehr der einzelne Wirtschafter auf dem Markt dem Konkurrenten gegenüber. Die Verteilung der Produkte des Gesamtwirtschaftsertrages wird übernommen durch die an einer Stelle zentralistische zusammengefaßte Organisation. „Gemeinwirtschaft statt Tausch, das ist's, was der Sozialismus im Gegensatz zum Liberalismus will, was er kommen sieht, was er träumt und durch die eigne Hand verwirklicht.“[53]) Gemeinwirtschaft soll hier im Gegensatz zu Tausch soviel heißen wie Verteilungswirtschaft. Die Verteilungswirtschaft wird somit zum schwierigsten Zentralproblem der sozialistischen Zukunftsgesellschaft. „Für den Sozialismus ist das Verteilungsproblem schlechthin das Problem der Wirtschaft“[54]), sagt Mises. Wie soll diese Verteilung von statten gehen? Nach welchem Maßstab soll verteilt werden? Die Vertreter der Marx'schen Arbeitswerttheorie geben zur Antwort, daß jeder nach Maßgabe seiner geleisteten Arbeit aus dem Genußgüterfond zuerteilt erhalte. Damit treten all die Schwierigkeiten wieder auf, die mit dieser Lehre verbunden sind. Lehnt man die Arbeitswerttheorie ab, so entfällt dieser Maßstab. Oder soll man sich den Marx'schen Satz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jeder nach seinen Bedürfnissen“[55]) zum Grundsatz nehmen? Wir wissen, daß die Bedürfnisse nicht alle befriedigt werden können; sonst erübrigte sich ja jede Wirtschaft. Wer soll nun feststellen, welche Bedürfnisse befriedigt werden? Der Einzelne muß hinnehmen, was ihm zugewiesen wird, was eben mit dem vorhandenen Produktionsapparat erzeugt ist. Dadurch ist der

kommunistische Staat, die Verteilungsorganisation allmächtig geworden. Der liberale Staat ließ dem Individuum zumindest die r e c h t l i c h e Freiheit; gewiß war sie durch die ökonomische Unfreiheit für viele illusorisch geworden. Die kommunistische Verteilungsorganisation aber ist Zwangsapparatur in noch höherem Grade. Sie nimmt a l l e n die rechtliche Freiheit und bringt gleichzeitig a l l e n die ökonomische Unfreiheit in verschärftem Maße. Ich wies schon auf die grenzenlose Machtfülle dieser Organisation hin; für uns ist dazu der Umstand entscheidend, daß die Organisation geleitet wird von — Individualisten.

Die Aufhebung der freien Konkurrenz muß nach sich ziehen die Aufhebung der Arbeitsvertragsfreiheit, der Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit. Jeder muß jetzt arbeiten, jeder m u ß d a s arbeiten, was ihm befohlen wird, jeder muß d i e Stelle übernehmen, die ihm von der Produktionsleitung angewiesen wird. Das Proletariat wollte die Freiheit von der Maschine, von dem „seelenlosen Mechanismus" und wird durch die sozialistische Organisationsform in noch härtere Sklaverei getrieben. Der Arbeiter kann jetzt nicht mehr seinen Neigungen nachgehen, durch besondere Leistungen sich einen Platz erobern, wozu der Kapitalismus immerhin noch einen gewissen Spielraum bot. Wie eine Zahl wird er jetzt an eine bestimmte Stelle des immer größer werdenden Mechanismus eingeschoben. So wird die Sklaverei nicht nur härter, sie nimmt auch an Umfang zu. Es ist ja gerade das Bestreben dieser Wirtschaftsordnung, durch immer größere Betriebe die Produktion rationeller zu gestalten, d. h. Entwicklung der Arbeitsteilung und Entseelung der Arbeit. Wurde der Mensch im Kapitalismus durch Menschen ausgebeutet, so im Kommunismus durch eine tote Organisation.

Die Gewerbefreiheit geht ebenfalls an die zentrale Produktionsleitung über. Sie allein bestimmt, was produziert wird, welche Gewerbezweige betrieben werden und in welchem Umfang. Sie allein verfügt auch über die jeweils notwendige Arbeiterzahl, sie bestimmt, wo Arbeiter hindirigiert werden müssen, wo Arbeiter überflüssig sind, sodaß sie ihre Arbeitsstelle verlassen müssen. Damit hebt sie die Freizügigkeit auf.

Ich habe so eine kurze Darstellung der sozialistischen Wirtschaftsordnung gegeben. Ich mußte mich dabei auf das für uns Wichtige und Notwendige beschränken. Es galt vor allem, ganz klar das individualistische Ziel herauszustellen. Es darf wohl kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß Kapitalismus und Marxismus im Z i e l sich n i c h t unterscheiden. Die Verschiedenheit weisen sie erst auf in der F o r m, mittels deren sie das Ziel erreichen wollen. Bei der Behandlung der sozialistischen Wirtschaftsform war das Wesentliche, zu zeigen, wie e i n Grundprinzip das gesamte Mittelsystem konsequent beherrscht: das der mechanischen Gebundenheit.

Der Marxismus wollte antworten auf die vielen Fragen, die der Kapitalismus offen ließ, indem er den entgegengesetzten Weg einschlug; der gleiche Ausgangspunkt: Materialismus und damit Individualismus verhinderte jedoch die Lösung, mußte sie unmöglich machen. Warum? Eine Kritik der sozialistischen Wirschaftsform soll uns das zeigen.

c) Die Unmöglichkeit der Lösung der sozialen Frage.

Der proletarische Sozialismus könnte eine Lösung der sozialen Frage nur bringen, wenn er eine bessere Bedürfnisbefriedigungsmöglichkeit für die Gesamtheit der Gesellschaftsmitglieder zu bieten vermöchte als ein anderes Wirtschaftssystem, z. B. als der Kapitalismus, den er wegen der Mangelhaftigkeit in dieser Hinsicht bekämpft. Es kann sich hier lediglich um rein materielle Bedürfnisse handeln, da es andere für den Individualisten nicht geben kann. Wenn Heimann dazu sagt: „Aber die soziale Frage ist in ihrem inneren Sinn keine bloße Lohnfrage, sie ist die Frage, die der arbeitende Mensch an das Leben stellt, und auf die er sich durch die soziale Bewegung eine sinnvolle Antwort holen will“[56]), so ist darauf zu antworten, daß der einzelne arbeitende Mensch immerhin noch eine Frage an das Leben zu stellen vermag, „die marxistische Bewegung“ hat auf diese Frage längst eine materialistische Antwort gegeben, nämlich die dem Materialismus einzig mögliche: Verbesserung der Bedürfnisbefriedigung. Es handelt sich nun nur noch um die Methode, wie nämlich diese Antwort im Leben am besten zu verwirklichen sei. Nur wenn die sozialistische Gemeinwirtschaft ein größeres Produktionsergebnis zum Verbrauch und Genuß der Gesamtheit liefert, wenn sie den Kapitalismus darin wirklich übertrifft, hat seine Vernichtung einen Sinn. Mises faßt es in die Worte: „Wenn der Kapitalismus nicht jene Ausgeburt der Hölle ist, als die ihn das sozialistische Zerrbild darstellt, und wenn der Sozialismus nicht jene ideale Ordnung der Dinge ist, als die ihn die Sozialisten preisen, fällt die Konstruktion zusammen.“[57]) Der Glaube an die noch immer mögliche Steigerung der Produktivität beherrscht die Lehrsysteme aller Sozialisten. Wir können absehen von den Utopisten, die Berechnungen aufstellen, nach denen der Mensch nach wenigen Jahren der Arbeit schon genügend Lebensmittel und Unterhalt für sein ganzes ferneres Leben erarbeitet habe. In gemilderter Form ist das auch der Grundgedanke der heutigen Vertreter des Marxismus. Es wäre unnütz für den rational denkenden Materialisten, nur eine relativ günstigere Lage zu erstreben. Würde durch die Einkommensverteilung der Produktionsertrag im Ganzen sinken, sodaß ihm zwar ein verhältnismäßig größerer, aber absolut geringerer Betrag zur Verfü-

gung stände, so müsste er reumütig zum Kapitalismus zurückkehren unter sonst gleichen Bedingungen.

Durch die Nachwirkung der Mehrwertlehre erklärt sich auch, daß die Verteilung eine so große Rolle bei der Propaganda des marxistischen Gedankens spielen konnte. Der Prozentsatz, den die Marxisten als Ausbeutungsrate annahmen, war so hoch, daß man teilweise schon durch Verteilung dieses Mehrerzeugnisses die Lage der arbeitenden Klasse glaubte entschieden bessern zu können. Mit der Erkenntnis dieses Irrtums der Mehrwertlehre, mußte man die Hoffnung, die bessere Bedürfnisbefriedigung der Massen durch Verteilung zu erreichen, aufgeben. Im selben Maß verstärkte sich der Glaube an die höhere Produktivität der sozialistischen Zukunftswirtschaft. Bei der, die tieferen Zusammenhänge nicht erkennenden Masse des Proletariats wirkte der Glaube an beides unvermindert fort, sodaß die Lösung der sozialen Frage für sie nur eine Frage der Umgestaltung der Gesellschaftsverhältnisse bedeutete.

Der Zwang ist das Kennzeichen der sozialistischen Gemeinwirtschaftsordnung. Daraus folgt die Zusammenfassung der gesamten Produktion der Gesellschaft unter den einen Gesichtspunkt der Produktionssteigerung, um den Gesellschaftsmitgliedern diesen Betrag zur Verfügung stellen zu können. „Planwirtschaftlicher Zentralismus ist die Organisationsform der sozialistischen, im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft.“[58]) Durch die Ueberführung des Produktionsapparates in Gemeineigentum soll vor allem der ungleiche Start, der ja durch das Privateigentum verursacht sein soll, beseitigt werden. Ich zeigte schon bei der Behandlung des Kapitalismus, daß der Start unwichtig ist, daß auch bei anfänglicher Gleichheit die Anlagen im guten und bösen Sinn, baldige Ungleichheit hervorrufen würden. Der Sozialismus beweist auch, daß er selbst dieser Frage nicht die entscheidende Bedeutung beilegt, denn er setzt nicht an Stelle des ungleichen Privateigentums jetzt gleiches Eigentum, sondern die Abschaffung des Eigentums schlechthin. Dem einzelnen Individuum soll dadurch insbesondere die Möglichkeit genommen werden, andere Gesellschaftsmitglieder für sich in den Produktionsprozeß einzuspannen, wie es durch das „Kapital“ geschehen konnte. Der Unternehmer verschwindet nach dieser Theorie und damit die Abhängigkeit des arbeitenden Menschen von ihm, die Lohnknechtschaft. Doch wir sahen schon, daß die Funktion des Unternehmers im Wirtschaftsprozeß erfüllt werden muß. An seine Stelle tritt also die Organisation und ihre Vertreter. Der Unternehmer suchte aus seinem Betrieb das Möglichste herauszuholen; der Erfolg des Wirtschaftsprozesses kam ihm in höchtem Maß zustatten, er war gewissermaßen greifbar am Ende einer Produktionsperiode. Und der Organisationsleiter? Er kennt, weil er ebenfalls Individualist ist, auch kein anderes Ziel als der Unternehmer. Mate-

riellen Reichtum kann er nun nicht in jenem Maß an sich ziehen. Daran hindert ihn die Wirtschaftsordnung. Ihm bleibt der Weg, sein Genußstreben dadurch zu verwirklichen, daß er in der Skala der bürokratischen Hierarchie von Stufe zu Stufe emporsteigt. Er vermag dadurch sowohl seine Macht, als sein Reichtumsstreben zu befriedigen, da letzteres notwendig wachsen muß, wenn man nicht von vornherein den ganzen Wirtschaftsverwaltungsapparat zu einem Ausbeutungsapparat stempeln will. Der sozialistische Bürokrat kann sich bei seinem Streben ebenso wenig von anderem als rein individualistischem Motiv leiten lassen, wie der Unternehmer im Kapitalismus. Er wird seinen Untergebenen gegenüber nur noch größere Machtmittel anzuwenden haben als jener, da er zu der wirtschaftlichen noch die rechtliche Macht der Organisation anzuwenden vermag. Seine Leistung mißt sich für ihn nur an der Zielerreichung und das geht, wie beim Unternehmer letztlich auf das eine: Lust zu erzeugen und Unlust zu vertreiben. Wir haben somit im individualistischen Bürokraten und Organisationsleiter eine der kapitalistischen Unternehmergestalt durchaus ähnliche Erscheinung, mit dem einen Unterschied, daß den Schattenseiten hier keine Lichtseiten gegenüberstehen. Der kapitalistische Unternehmer sucht wenigstens auf jede nur mögliche Weise das Seine an der Produktionssteigerung beizutragen, der Organisationsleiter k a n n das nicht tun und kann auch kein Interesse daran haben. Einmal ist es nicht möglich, ihn für diesen oder jenen Mißerfolg verantwortlich zu machen, wenn ihm nicht für die gesamte Tätigkeit freie Entschließungsmöglichkeit gewährt wird. Das aber ist wieder unmöglich in einer straff zentralisierten Gemeinwirtschaft. Zum andern würde dem einzelnen Betriebsleiter für seine rastlose Tätigkeit im Dienst der Produktionssteigerung ein so verschwindend kleiner Teil des Mehrertrages zuteil werden, daß es für ihn kein Anreiz sein kann, seine ganze Persönlichkeit einzusetzen. So ist von verschiedenster Seite darauf hingewiesen worden, daß diesem Mißstand durch eine Gewinnbeteiligung der Betriebsleiter abzuhelfen sei. Wilbrandt führt hierzu aus: „Auch der Sozialismus k a n n, ja, er muß auf den Egoismus begründet werden, solange die Menschen so sind, wie die Predigt des Egoismus sie nicht nur erscheinen läßt, sondern gemacht hat.“[59]) Einige Seiten später aber heißt es: „Die Erfahrung belehrt mich: der Egoismus führt nicht zum Ziel; . . . nur wenn der Idealismus geweckt wird, kann diese Gefahr überwunden werden.“[60]) Doch wir haben schon gehört, was Wilbrandt unter diesem Idealismus versteht, welche Idee ihm zugrunde liegt: den Einzelvorteil durch den gemeinsamen Vorteil zu wollen.[61]) Letztes Ziel ist und bleibt ihm der einzelne Mensch und deshalb kommt Wilbrandt nicht vom Individualismus und damit vom Materialismus los. Er bleibt im wesentlichen am proletarischen Sozialismus als Ziel hängen.

Der Sozialismus kann den Egoismus in der Tat nicht aus dem System bannen, und er wird nur dann den Boden der Wirklichkeit nicht verlassen, wenn er ihn in seine Berechnung einsetzt. Er muß damit rechnen, daß der Betriebsleiter nur durch die Befriedigungsmöglichkeit seiner egoistischen Ziele zur Leistung angeregt wird. Nehmen wir wirklich an, daß ein Betriebserfolg feststellbar ist, so bleibt ein Suchen nach Leistungssteigerung nur ein kleines Betätigungsfeld. Der Rohstoff wird ihm zu gleichen Bedingungen geliefert wie dem ganzen Wirtschaftszweig, die Ausstattung mit Produktionsmitteln ist überall gleich, sodaß fast die Belegschaft die einzige Quelle bleibt zu besonderer Leistung. So gilt es, diese Quelle auszuschöpfen. Der an seine Arbeitsstätte gebundene Arbeiter ist einem schlimmeren Ausbeuter in die Hände gefallen als es der kapitalistische Unternehmer je sein konnte. Er mußte immer noch das Bestreben haben, seine Arbeiter an seinen Erfolgen teilnehmen zu lassen, wenn sie solche durch besondere Tüchtigkeit erzielt hatten. Die Konkurrenz zwang ihn dazu. In der sozialistischen Produktionsweise k a n n der Arbeiter seinen Platz nicht verlassen. Dort wird der Betriebsleiter den Erfolg auf sein Konto buchen, da er nicht zu fürchten braucht, daß ihm der Arbeiter ausrückt. Sieht der Arbeiter keine Möglichkeit, seine Lust zu vermehren, so bleibt ihm die, seine Unlust, d. h. Arbeitsmühe zu vermindern. Er sieht seinen Egoismus allein im Nichtstun belohnt. So steigert die Gemeinwirtschaft nicht die Produktion, sondern sie verringert sie, weil keine Möglichkeit gegeben ist, den Egoismus des Einzelnen in die Produktionssteigerung einzusetzen — ohne ihn jedoch aufheben zu können. Zu der härteren Sklaverei in der Organisation tritt noch die Unfähigkeit derselben, dem Arbeiter seine Bedürfnisse im b i s h e r i g e n U m f a n g e zu gewähren. Nicht nur das! Wir sehen schon, daß die sozialistische Gemeinwirtschaft nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität dessen, was sie verzehren kann, bestimmt. Dazu ist durch die Steigerung der Maschinenverwendung die Masse derer gestiegen, die an den seelenlosen Mechanismus geschmiedet sind. „Das Proletariat bekommt andere, ja, durch die eigne (als Mitglieder erworbene) Machtstellung sicher v e r b e s s e r t e Arbeitgeber; aber Proletariat bleibt es doch."[62]) Ich habe schon bewiesen, daß die Arbeitgeber nicht besser sein können; die größere Machtstellung geht auf die Organisation und die in ihr Tätigen über. Recht geben können wir Wilbrandt nur in dem Letzten: „. . . aber Proletariat bleibt es doch", und die „Freiheit und Würde", die Heimann im Sozialismus erhofft, hat sich ins Gegenteil verkehrt. Wenn Wilbrandt bemerkt: „Allerdings gibt es starke Gründe, die an der Zukunft der Bewegung Zweifel machen. Menschliches, allzu Menschliches ist auch hier hinter den Kulissen zu finden, der Geist der Bewegung verflacht sich oft zu Sucht nach persönlichem Vorteil, und kleinlich errechnete Augenblicksvorteile

werden denen einer großen Zukunft vorangestellt“[83]), so ist das durchaus keine Ueberraschung für den, der einigermaßen Einblick in die gesellschaftlichen Zusammenhänge besitzt. Es wäre unlogisch, wenn es nicht so gekommen wäre. Der Einzelne mußte seinen Vorteil voranstellen, und die Phrasen vom allgemeinen Besten in allen sozialistischen Systemen sind nur eine Verbrämung und machen blind gegen die Wirklichkeit. Der formale Sozialismus ist kein wahrer Sozialismus und kann deshalb nie die Lösung der sozialen Frage bringen. Die individualistische, aus dem Materialismus kommende Zielsetzung macht jedes Gesellschaftssystem unmöglich, wegen des Antagonismus von Mittel und Ziel. Eine Gesellschaftsordnung, ein Wirtschaftssystem sind der Beweis dafür, daß die restlose Erfüllung individualistischen Strebens nicht möglich ist. Solange noch diese Differenzen zwischen den Bedürfnissen und ihren Befriedigungsmöglichkeiten bestehen, werden die Versuche des individualistisch-materialistischen Gesellschaftssystems Schiffbruch erleiden. Kapitalismus und Marxismus mußten daran scheitern, daß sie ein individualistisches Ziel auf sozialistischem Wege erreichen wollten. Es bedarf aber nicht einer neuen Form, sondern eines neuen Zieles, um die Spannungen zu lösen, die aus materialistisch-individualistischem Geist entspringende Formen nie zu lösen vermögen.

2. Teil:

Das idealistisch-sozialistische Wirtschaftssystem: Die ständisch-gebundene Wirtschaft.

I. Die geistigen Voraussetzungen: die idealistische Weltanschauung.

In den beiden Kapiteln des ersten Teiles wurde gezeigt, daß Kapitalismus und Marxismus niemals zur Lösung der sozialen Frage kommen können, weil beide sich letztlich aus dem materialistischen Individualismus herleiten, und die individualistische Zielsetzung die zwischen den einzelnen Wirtschaften entstehenden Spannungen nie beseitigen läßt. Das Kernstück meiner Beweisführung bildete der Nachweis der logischen Verbundenheit von Materialismus und Individualismus. Ich erhärte diese Beweisführung dadurch, daß ich nun aus der idealistischen Weltanschauung, welche ich der materialistischen entgegensetze, logisch-notwendig den Sozialismus — den Gedanken der Gemeinschaft folgen lasse; denn seine Ideen machen einen idealistischen oder ethischen Individualismus unmöglich.

Begriff des Idealismus.

Die Vieldeutigkeit des Begriffes Idealismus macht eine nähere Erklärung und eine bestimmte Festlegung dessen notwendig, was wir unter einer idealistischen Weltanschauung verstehen, obgleich sie sich eigentlich aus ihrem Gegensatz zur materialistischen Weltanschauung von selbst ergibt. Für den Materialisten existiert einzig die Materie, für ihn ist nichts Wirklichkeit, was er nicht mit der ratio, der Vernunft, zu erkennen vermag. Alles Geistige ist nur Ausfluß des Materiellen, sein „ideologischer Ueberbau"; p r i m ä r ist — und das ist das Entscheidende — das Materielle. Die idealistische Weltanschauung hingegen sieht im Geistigen die schöpferische, die bewegende Kraft, das Primäre und Ursprüngliche. Die sichtbare Wirklichkeit ist nicht l e t z t e Wirklichkeit, sie ist erst Ausdruck des Geistursprünglichen und somit das Sekundäre, das Abgeleitete. Ehe wir nun zu einer näheren Charakterisierung der idealistischen Weltanschauung schreiten, ist ein grundlegender Irrtum klar zu stellen, der sich oft mit dem Wort „Ideal" oder „Idealismus" verbindet. Im täglichen Leben ist gar oft zu hören: Dies oder jenes ist mein Ideal, womit weiter nichts gesagt sein soll als: so stelle ich mir diese oder jene Sache in ihrer Vollkommenheit vor. Es leuchtet wohl ein, daß dies nicht das Geringste mit idealistischer Weltanschauung zu tun hat. Andere wieder verstehen unter ihrem Ideal ein Etwas, dem sie ihre ganze Arbeit, ihr Leben bis zur Selbstaufopferung weihen. Es leitet sie meist ein hoher, hehrer Gedanke, z. B. der des Vaterlandes, der Rasse, des Staates, der Volksgemeinschaft im Sinne eines harmonisch-glücklichen Zusammenlebens. Diese Menschen nehmen für sich in Anspruch, Idealisten zu sein. Doch muß demgegenüber festgestellt werden, daß diese vermeintlichen Idealisten reine Materialisten sind, mögen sie die edelsten Motive treiben. Sie bleiben so lange Materialisten, als sie in diesen äußeren Erscheinungen eine dahinter stehende höhere geistige Kraft erblicken. Wir können so mit Lagarde von falschen und richtigen Idealen sprechen. (Auf die tiefere Bedeutung dieses Unterschiedes werde ich noch einmal zu sprechen kommen.) Unsere Weltanschauung darf demgegenüber noch einmal klar herausgestellt werden: Für die idealistische Weltanschauung ist die materielle Erscheinungswelt nicht l e t z t e Realität, sondern diese liegt im Geistigen. Das Geistige ist das Primäre, und es schafft sich die Erscheinungswelt als ihre Darbietungs- oder Gestaltungswelt. Dieses Geistige, Immaterielle — Gott — hat in der körperlichen Welt seine Darlebungsform, hat von seinem Gesamtgeiste Leben gegeben, die Dinge beseelt.

Völkischer Idealismus.

Verschieden und mannigfaltig wie das Leben sichtbar vor Augen tritt, ist auch die Seele, welche es schuf. Erkenntnis dieser Mannig-

faltigkeit des Lebens, als Verbindung von Körper und Geist, läßt uns zu einer völkisch-idealistischen Weltanschauung gelangen. Dies trennt uns von Anschauungen, die zwar auch idealistisch sind, indem sie an eine über den Dingen stehende Macht glauben, jedoch die Mannigfaltigkeit im Aeußeren nicht als Ausdruck der mannigfaltigen, wesenseigenen Seele sehen wollen. Sie nehmen so eine Trennung vor zwischen Körper und Geist und sehen nicht, daß sie dem Leben Hohn sprechen. Denn nur, was lebendig und natürlich ist, kann wahrhaft idealistisch, kann nur göttlich sein. („Das Sittliche wohnt im Lebendigen und nicht im Toten." Goethe.) Suchen wir von dieser Seite das Wesen eines wahren Idealismus zu ergründen, so ist ersichtlich, daß dieser nur völkischer Art, d. h. rassegebunden sein kann. Idealiter heißt wesensmäßig; nur was dem tiefsten Wesen gerecht wird, ist idealistisch. So muß jeder, der den Vorrang des Göttlichen anerkennt, die Verschiedenartigkeit der Rassenseelen anerkennen, als eine Schöpfung und Offenbarung Gottes. Denn Gott hat das Leben geschaffen in seiner Vielfältigkeit, und Leben ist Körper und Geist in Einem. Krannhals gibt diesem Gedankengang Ausdruck in seinem Wort: „So ist auch die deutsche Volksgemeinschaft zunächst eine Blutsgemeinschaft und darum Wesensgemeinschaft, aus der wiederum die Sprachgemeinschaft und die Schicksalsgemeinschaft erwachsen."[1] Allen denen ist der tiefste Sinn unserer Weltanschauung fremd, welche uns auf Grund dieses Glaubens eines biologischen Materialismus, eines Rassenmaterialismus zeihen wollen. Blut oder Rasse sind für uns nicht Stoff, aus welchem nun eine gewisse Geistesart hervorgehe. Rasse ist uns in ihrem biologischen Sinn Ausdruck einer Rassenseele, und diese Rassenseele ist ein Teil des Geistesursprünglichen. Diese Rassenseele ist die Grundlage unseres Wesens mit allen Eigenarten und Charakterzügen. Die Sprachgemeinschaft erwächst aus dieser Wesensgemeinschaft, und Fichte zeigt in seinen Reden — ohne in unserem Sinne von einer Rassenfrage gewußt zu haben — wie jede Wesensgemeinschaft nur in der ihr arteigenen Sprache schöpferisch wirken kann, wie jede fremde Sprache unnatürlich und das wirkliche Wesen umbiegen und ertöten kann. In der unendlichen Reihe von Jahren ihrer Geschichte, wo Umwelt, besonders der sie tragende Boden und Schicksale auf sie einwirken und ihr das Gepräge geben, wird diese Wesensgemeinschaft geformt. So wird oft auf die Verschiedenartigkeit der rassisch gleichen Deutschen und Engländer hingewiesen, womit man die Rasse als Grundlage jedes einheitlichen Wesens ausschalten zu können glaubt. Dagegen weist Paul Krannhals zur Begründung dieser Verschiedenartigkeit auf die verschiedene Lage beider Völker hin. Zum Beispiel ist der Freiheitsdrang der nordischen Rasse als der Grundrasse beider Völker, Deutschen und Engländern eigen. Krannhals zeigt dann aber, wie die Insellage das britische Volk diese Eigenschaft noch deutlicher aus-

prägen ließ, da der notwendige völkische Zusammenhalt durch dieselbe gegeben war, während die Deutschen infolge ihrer offenen Lage im Herzen Europas und der vielfachen Angriffe und Ueberfälle den Gemeinschaftscharakter und ihr Wesensmerkmal, die Treue zum Kernpunkt ihres völkischen Wesens machten. Die Weiterbildung der Wesensgemeinschaft zur Schicksalsgemeinschaft vollzieht sich durch die Geschichte, ohne eine wesensmäßige Aenderung im Gemeinschaftscharakter hervorzurufen. Das Volk in seiner Gemeinschaft „als einheitliche Volksseele" vermag sein Wesen zu bilden und zu formen im Kampfe mit der Wirklichkeit. Es kann ihm nicht entraten oder absagen, ohne dem geistigen Tode und damit dem Verfall überhaupt zu entgehen. Weiterhin wird immer wieder behauptet, daß es kein einheitliches völkisches Wesen gibt, weil jedes Volkstum verschiedene Rassen in sich berge. Doch, es ist immer ein Wesen maßgebend, die Rassenseele, welche die Geschichte des Volkes als Leitfaden — als Ideal — durchzieht und auch das Volk als Idealgestalt und Vorbild in seiner Gegenwart bei seinem Handeln bestimmt und leitet. „Wir nennen eine rassisch gemischte Menschengruppe solange ein Volk mit bestimmtem Volkscharakter, als ihr ursprünglicher, aus artgleichen Individuen bestimmter Kern, der ‚völkische Grundstock' (Holle) noch die Richtung der Kultur der ganzen Gruppe bestimmt."[2] Ein Ideal ist deshalb nur möglich, eine Wesensgestalt muß den Menschen in seinem Handeln bestimmen, um sich seinem Vorbild nachzubilden. Gewiß bietet sich im täglichen Leben und geschichtlichen Wandel dieses Ideal in wechselnder Form, doch ohne seinem Wesen untreu zu werden. Alle Ideale des Alltags sind Abbilder dieses einen Grundideals, des vollkommenen volksgeistigen Wesens. Nur für den Individualisten gibt es eine Vielheit von Idealen, weil er sie sich selbst setzt. Es sind falsche Ideale, wie wir schon sahen, denn wahre Vollkommenheit ist nur im Geistigen möglich. Der Individualist jagt also einem Vollkommenheitsziel nach, das unerreichbar sein muß. Nur in der geistigen Einheit und Einzigkeit unseres Wesens ist Vollendung; ihr zuzustreben ist wahre Sittlichkeit. Daraus folgert die Erhaltung alles dessen, was dieses Wesen trägt und uns zur Vollendung in uns zu führen vermag. Die Erhaltung der unser Wesen tragenden Rasse allein bietet Gewähr für die Zielerreichung unseres Strebens. „Daher wird die Gleichartigkeit der Gesinnung, die sich in einer einheitlichen Volksseele offenbart, nur bewahrt bleiben, wenn die Rassengrundlage der völkischen Eigenart, wenn ihre biologische Wurzel lebenskräftig bleibt."[3]

Idealismus und Sozialismus.

Diese völkisch-idealistische Weltanschauung trägt in sich den Gemeinschaftsgedanken oder, um ein Fremdwort zu gebrauchen,

den Sozialismus. Völkisch-idealistische Haltung ist sozialistische Haltung, und umgekehrt: jeder wahre Sozialist ist völkisch und damit idealistisch. Dies ist noch einmal eingehend zu erläutern. Wer anerkennt, daß das Geistige das Primäre ist und in seiner völkischen Wesensart eine Schöpfung besonderer Art dieses Geistigen oder Göttlichen sieht, fühlt sich selbst in seinem Innersten als Teil dieses Ganzen. Er wird hineingeboren in diese Wesenheit und ist nur soviel, wie dieses Wesen selbst ist. Es ist die Aufgabe des Einzelnen, nach Maßgabe seiner Kraft dies Wesen in sich zur Vollendung zu bringen. Er kommt ja von diesem Ganzen her und, um es in sich gestalten zu können, muß er es selbst zu erhalten streben. Er selbst muß vergehen, wenn er nicht teil hat an dem Ganzen. In der ihm gegenwärtigen Volksgemeinschaft offenbart sich diese Volksseele. Er m u ß sie deshalb erhalten und entwickeln. Wie er sich selbst als Teil des Ganzen fühlt, sieht er auch im Nächsten, in seinem Wesens- und Volksgenossen, einen Teil dieses Ganzen. So ergibt sich seine Stellung zu ihm. In dem Volksgenossen ehrt er das Ganze und damit sein eigenes völkisches Wesen, sich selbst. Dieser Sozialismus, diese Gemeinschaft hat nichts zu tun, nichts gemein mit dem individualistischen Kollektivismus, der nur eine nothafte, materielle, aber nicht eine wesenhafte, geistige Verbundenheit anerkennen kann. In diesem wahren Sozialismus handelt jeder nach seinem Gesetz, nach innerer Notwendigkeit. Gewiß ist jedem Menschen die Freiheit gegeben und der Wille, gegen dieses Gesetz zu handeln. Damit aber handelt er im Tiefsten, in „Freiheit" gegen sich selbst, und er muß daran zugrunde gehen, genau wie ein Volk, welches gegen sein eigenes Wesen von Fremdstämmigen regiert wird. Sittliche Freiheit handelt nach ihrem innersten Wesen, nach ihrem Gesetz; von ihr heißt es: „Freiheit besteht nur im Ja-sagen zur Notwendigkeit."[4]) Im echten Sozialismus gibt es deshalb keinen Zwiespalt zwischen Volksgemeinschaft und Persönlichkeit. Jede Persönlichkeit ist nur Teil dieser Volksgemeinschaft, und sie ist es so lange, als sie dieses Wesen in sich zur Vollendung zu bringen sucht. Für den Idealismus und Sozialismus ist Persönlichkeit ein qualitativer Begriff, für den materialistischen Individualismus ein quantitativer. Der Individualismus bewertet den Menschen von seinem Wert — der nur ein materieller sein kann — aus; in dem Streben nach diesem Wert kann eben nie Gemeinschaft erwachsen, sondern nur nothaft bedingte Gesellschaft. Der sozialistische Persönlichkeitsbegriff fordert nicht Uniformierung, sondern höchstmögliche Entfaltung der individuellen Mannigfaltigkeit auf der Basis völkischer Einheit. Wahrer Sozialismus ist dann erreicht, wenn jeder Einzelne, die seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechende Stellung im Gesamtbau der Volksgemeinschaft und Wertgemeinschaft einnimmt. Dann ist die g e r e c h t e Gliederung erreicht und Sozialist sein heißt gerecht sein. Es heißt aber nicht gleich sein, weil

Gleichheit unnatürlich, unorganisch und damit unsittlich ist. Es ist selbstverständlich, daß dies nur immer Forderung und Aufgabe sein kann, „darum kann auch der organische (d. h. echte, natürliche — d. V.) Sozialismus insofern immer nur Ideal bleiben, als es in einem großen, stark differenzierten, völkisch-staatlichen Organismus wohl kaum dazu kommen wird, daß ein jeder die Funktion ausübt, die seine Anlage erfordert. Aber Sinn und Wert unseres Lebens liegt ganz und gar in dem Streben danach beschlossen."[5]) Jeder Mensch völkisch-idealistischer Weltanschauung muß somit Sozialist sein, weil er nur als Sozialist leben und richtig leben kann. Persönlichkeit und wahre sittliche Freiheit sind nicht Gegensätze, sondern Bestandteile jedes wahren Sozialismus. Sittliche Persönlichkeit gibt es nur im Sozialismus und jeder ethische Individualismus oder religiöse Individualismus ist ein Widerspruch in sich selbst. Sittlich handeln kann nur der Mensch, der seinem Wesen, wie es Gott geschaffen, treu bleibt, wer dieses Wesen nach Maßgabe seiner Kraft zur Vollendung zu bringen strebt. Die Wesensart jedes Menschen, das Seelentum, ist ein Geschöpf Gottes; der Weg zu Gott — bei welchem als dem allein Geistigen allein wahre Vollkommenheit ist — führt über die Gemeinschaft des Volkes. Ethisch, sittlich sein und leben ist deshalb — ich bezeichne das Streben nach dem Vollkommenen als Sittlichkeit — nur im Sozialismus möglich. Jeder wahre Sozialismus, jeder gelebte Sozialismus ist ein Stück Religion, weil ich Gott in der Seele, der Gemeinschaft des Volkes offenbart sehe. Jede Religion ist unnatürlich, lebenswidrig und damit unsittlich, welche gegen die Lebensgesetze der völkischen Gemeinschaft, der Volksseele verstößt. Jedes Geschlecht, jede Generation eines Volkes ist Träger dieser Seele. Die Aufgabe der jeweils lebenden Menschen ergibt sich aus ihr, denn sie zu entwickeln, ist ihre Aufgabe. „Die Volksgemeinschaft als einheitliche Volksseele ist uns nicht gegeben, sondern aufgegeben."[6]) Der Materialismus muß jeden Einzelnen auf sich selbst stellen, jeden seine Aufgabe wählen lassen; der Idealismus sieht im Menschen den Vollstrecker des inneren Gesetzes und in den wesensgleichen Volksgenossen die Vollstrecker desselben Gesetzes, ihres gemeinsamen Gesetzes. In dem Erkennen und dem freiheitlichen Bekenntnis zu diesem Gesetz entsteht ihnen ihre Aufgabe, die eine sittliche Aufgabe ist. „Damit ist auch die Schöpfung wahrer Volksgemeinschaft als der Seele des Staates unsere oberste, vornehmste Aufgabe."[7])

Idealismus und Realismus.

Aufgabe ist uns die Volksgemeinschaft geworden und nicht nur ein in den Sphären des Geistes schwebendes und verharrendes Ideal. Es ist mit dem Begriff des wahren Sozialismus verbunden

die Verpflichtung zur Verwirklichung des Ideals. Allzu gern wird den Idealisten der Vorwurf gemacht, daß ihre Ideale eben Ideale bleiben und an der Wirklichkeit des täglichen Lebens zerschellen müssen. Doch der echte Idealist erweist sich dadurch, daß er die seinem Ideal, seinem Weltbild gemäße Wirklichkeit zu gestalten vermag. Idealisten müssen Persönlichkeiten sein, die in sich das Ideal selbst zu leben versuchen. Solange Ideale nicht im Leben zu wirken vermögen, sind es eben keine wahren Ideale, denn solche verpflichten den Träger zum Handeln. „Abstrakte Ideale gibt es nicht", sagt Paul de Lagarde.[8]) Nur die lebendig wirkenden Idealisten, die das Ideal in sich tragen, danach leben und ihre Umwelt danach gestalten, sind wahre Idealisten und gleichzeitig die getreuesten Realisten. Es ist eine Schuld und Schwäche des „Deutschen Idealismus", des geschichtlichen Idealismus gewesen, daß sich mit diesem Begriff die Vorstellung des Weltfremden und Utopischen verband. Zwar wirft Krieck Hegel vor — und das mit Recht — daß er die deutsche Jugend in das Reich des reinen Geistes verwiesen habe, als ihre politischen Taten eine Notwendigkeit gewesen wären. Diese reine Geistigkeit, dies Sich-versenken in die Sphäre einer „besseren Welt", unter Ablehnung der Wirklichkeit, war gewiß ein Zug des deutschen Idealismus, wie es z. B. bei den Romantikern, die die bedeutendsten Träger dieser Idee waren, dadurch zutage trat, daß sie sich im Schoße der katholischen Kirche und in der Mystik zusammenfanden, daß aus dem weltanschaulichen Idealismus ein weltfremder, religiöser Idealismus, fast könnte man sagen, eine Theologie wurde. Dies Abgleiten aber in die reine Geistigkeit, ins Jenseits, dem man eine diesseitige schlechte Welt gegenüberstellte, war eine Verirrung des deutschen Idealismus. Der wahre, lebendige Idealismus unterscheidet sich dadurch, daß er diese Trennung in Sphären der reinen Geistigkeit und der materiellen Welt nicht kennt. Für ihn ist die Wirklichkeit des Lebens beseelt, Seele und Körper zugleich, und seine Aufgabe besteht darin, nach dem wesensmäßigen Normbild das Leben zu gestalten. Unrealistisch sind gewiß alle diejenigen, die nicht die unendlichen Schwierigkeiten erkennen wollen, die dem Ziele entgegenstehen. Der Durchbruch zum wahren Wesen unseres Volkes wird, soweit es überhaupt als Verwirklichung des Ideals möglich ist, in Jahrhunderten kaum erreicht sein; selbst dann noch unter den größten Schwierigkeiten. „. . . die herbe Wirklichkeit wird von sich aus nur zuviele Einschränkungen herbeiführen. Gerade deshalb muß der Mensch erst recht versuchen, dem letzten Ziel zu dienen, und Fehlschläge dürfen ihn von seiner Absicht so wenig abbringen, als er auf eine Justiz verzichten kann, nur weil ihr auch Irrtümer unterlaufen und so wenig man eine Arznei verwirft, weil es dennoch immer Kranke geben wird."[9]) Jede Generation hat ihre geschichtliche Aufgabe. In der Idee der Volksgemeinschaft und in der Verpflichtung zu ihrer Verwirk-

lichung ist sie gegeben. Die Geschichte stellt den Menschen jeweils vor ganz konkrete Aufgaben, an welchen sie ihre Haltung zu beweisen haben. So wirken sie weiter in der Gegenwart, woran schon Jahrhunderte gesponnen, woran, mit den aus der Geschichte heraus erwachsenden Aufgaben, zukünftige Generationen weiter wirken werden. Die Herrschaft des Ideals, des deutschen Wesens, führt alle konkreten geschichtlichen Taten auf den gleichen Weg, zu demselben Hochziel, und die Erreichung des jeweils notwendigen „Realziels" ist immer ein kleiner Schritt auf diesem Wege. So kommt zur Erkenntnis und zum Bekenntnis der Wille und die Tat des Trägers dieses Normbildes. Idealismus und Realismus sind unlöslich miteinander verbunden, ja, sie müssen zusammengehören, denn erst das in sich klar geschaute und gewordene Ideal vermag die Bewältigung all der konkreten „Realziele" auf eine Linie zu bringen und auf den geraden Weg der Vollendung zu führen.

Idealismus und Heroismus.

Auch die Gegenüberstellung von Idealismus und Heroismus, wie es bei E. Krieck geschieht[10]), ist in dieser Verwechselung von deutschem Idealismus und wahrem, wesensmäßigem Idealismus begründet. Heroismus, die heldische Haltung, und Idealismus schalten sich nicht gegenseitig aus, sondern sind Namen für dieselbe Grundhaltung. Denn für jeden Idealisten ist sein Ideal höchste Verpflichtung, weil er selbst von diesem Ideal lebt, von seinem Wesen, seiner Volksgemeinschaft. Den Kampf für die Durchsetzung und Verwirklichung sehen wir notwendig mit dem Bekenntnis zum Ideal verbunden, dieser Kampf kann keine Grenzen kennen, in diesem Ringen kann kein Einsatz, selbst nicht der des persönlichen Lebens zu hoch sein. Was ist es also anderes, denn heldische Haltung im wahrsten Sinne, wenn ein Mensch für sein Ideal bis zur Selbstaufopferung eintritt? Krieck irrt auch, wenn er einen Zwiespalt annimmt zwischen den Vertretern eines idealistisch - organischen Weltbildes und den Trägern einer heroischen Haltung. Er bemerkt zwar, daß der Gedanke auch den Trägern einer heroischen Haltung eigen sei, daß der Einzelne gefaßt sei in dem Ganzen, von dem Ganzen seine Existenz herleite. Aber dann zu folgern, die organisch-idealistische Weltanschauung lasse keinen Raum für politisches Handeln, für Revolutionen, sie wolle alles dem „bloßen Wachsen", dem „stillen Werden" vertrauen, ist falsch. Denn organisch heißt im soziologischen Sinne nichts anderes als lebens- und wesensmäßig. Organisch-idealistische Weltanschauung muß auch dann zur Revolution rufen, wenn das Wesen, das natürliche Leben eines Volkes durch volksfremde Elemente überdeckt und in falsche Bahnen gelenkt wird.

Ich habe so die idealistische Weltanschauung herausgestellt und das Gesamtziel, welches sich aus ihr ergibt. Die Weltanschauung wird gekennzeichnet durch die Begriffe: idealistisch, völkisch, sozialistisch, ganzheitlich, organisch, realistisch und heroisch. Alle diejenigen, die sich zu ihr bekennen, bilden eine Bluts- und Wesensgemeinschaft: die deutsche Volksgemeinschaft. Diese ist für Alle verpflichtende Aufgabe und oberster Wert. Damit ist die Volksgemeinschaft eine Wertgemeinschaft. Diesen Wert hochzuhalten im geschichtlichen Wandel, alle Volksgenossen im Wechsel der Generationen auf ihn auszurichten, ist die Aufgabe des Staates.

II. Der völkisch-idealistische Staat.

Wenn jetzt vom völkisch-idealistischen Staat gesprochen werden soll, so kann es sich nicht darum handeln, eine erschöpfende Staatslehre zu geben. Es soll nur gezeigt werden, wie die idealistische Weltanschauung und die aus ihr entspringende Aufgabe sich eine Organisation schafft, mittels deren sie die Idee der Volksgemeinschaft verwirklichen kann. Der Staat ist die Lebensform. Er hat die Aufgabe, die aus der Einheit von Volk und Raum, von Blut und Boden entspringende Idee zu verwirklichen. Aus dieser Aufgabe erwächst die Organisationsform des gesamtvölkischen Lebens, und es ist vor allem darzutun, wie alle Untergliederungen des Staates, so besonders die Wirtschaft, von dieser Form bestimmt werden. Um die Eingliederung und die Ordnung des Wirtschaftslebens verstehen zu können, müssen wir die Grundzüge des Staatsaufbaues darlegen.

Es ergibt sich aus der Unterordnung des gesamtstaatlichen Lebens unter die Idee der Volksgemeinschaft eine grundsätzliche Gegenstellung zum liberalen Staat. Dieser kannte keinen alle Menschen verpflichtenden Höchstwert, wie der völkische Staat; der Staat war für die Liberalisten nur der unparteiische Garant der einmal bestehenden Ordnung. Seine Aufgabe wurde bestimmt durch den willkürlichen Willen der Staatsbürger, welche ihn zum Schutze der privaten Interessen errichtet hatten. Er leitete sich her vom Einzelwillen. Es wurde schon gezeigt, daß der Staat zu einem seelenlosen Mechanismus entartete und selbst seine Unparteilichkeit nicht mehr zu wahren vermochte, sondern mit zwingender Logik zu einer Machtapparatur und Interessenorganisation auswuchs, deren sich diejenigen Individuen bedienten, die sich auf irgend eine Weise den dazu nötigen Einfluß verschafft hatten. Mit dem Ueberhandnehmen der wirtschaftlichen Interessen wurde der Staat somit zum Diener der Wirtschaft, er wurde zum Wirtschaftsstaat. Wenn er sich auch noch vom Staatssozialismus — in dem der Staat selbst Wirtschafter ist — unterschied, so war dieser Unterschied doch nur mehr gradhaft.

Der völkische Staat unterscheidet sich ebenso scharf vom absolutistischen Staat. Auch hier war der Staat reine Apparatur, die Staatsverwaltung war Organisationstechnik, um den Geldsäckel des Fürsten zu füllen und zur Wahrung seiner dynastischen Interessen zu dienen; das Volk war unverbunden mit dem Staat. Diese Herrschaftsform konnte deshalb nur solange Bestand haben, als das Volk an ein gewisses Gottesgnadentum der ihm gesetzten Obrigkeit glaubte. War dieser Glaube dahin, dann schwand mit ihm notwendig die Grundlage der absolutistischen Staatsform. Sie konnte nur noch, auf die Macht der Bayonnette gestützt, ihr Leben fristen.

Von diesen Staatsformen ist die des völkisch-idealistischen Staates vor allem dadurch unterschieden, daß sie ihre Existenz nicht herleitet von dem subjektiven Willen der einzelnen Volksgenossen, noch sich gründet auf bloße Gewalt, sondern daß sie zutiefst beruht in der Idee des Volkes, der Volksgemeinschaft selbst. In der Staatsform lebt das Volk, in ihr tritt die Volksgemeinschaft wollend und handelnd in die geschichtliche Wirklichkeit. Der wahre Staat ist deshalb nicht leere Apparatur, wie im Liberalismus und Absolutismus, noch ist der Staat selbst letzter Zweck. Er bleibt im Grunde Mittel zum Zweck: die Volksgemeinschaft in allen Teilen des gesamten völkischen Lebens zu verwirklichen, die Besten des Volkes zur Führung zu berufen. Er braucht dadurch nicht zu jener leeren Apparatur zu werden, die in Formalismus und Bürokratismus erstarrt, der gegenüber das Volk selbst keine Achtung und Ehrfurcht haben könne, wie E. R. Huber befürchtet[11]), sondern seinen Wert leitet dieses Mittel, diese Organisation, von dem Vermögen her, die Geschicke des Volkes zu meistern, d. h. seine Aufgabe zu erfüllen.

Im völkisch-idealistischen Staat tritt die Volkheit, der Wille des Volkes, der „Volksgeist" oder die Volksseele handelnd in Erscheinung. Daraus ergibt sich, daß dieser Staat im tiefsten Sinne konservativ ist. Es ist seine Aufgabe, die Lebensgesetze seines Volkes zu erkennen, sie zu bewahren und weiterhin zu pflegen. Die Folge ergibt sich: konservative Haltung ist nicht unvereinbar mit revolutionärem Handeln. Konservative Haltung zwingt dann zur Revolution, wenn die Eigenart des Volkes durch eine volksfremde Staatsapparatur überdeckt ist und erdrückt wird. Dann ist es die Pflicht jedes echt deutsch fühlenden Menschen, sein deutsches Erbe, das allein des Konservierens wert ist, durch revolutionäre Abschüttelung der volksfremden Form, zu bewahren. Nicht zu verwechseln mit konservativer ist reaktionäre Haltung. Reaktionär ist, wer zurück will zu vergangenen und erstarrten Formen, was meist verbunden ist mit dem Gedanken an das liebe Ich, das sich in jener Zeit besser zur Entfaltung bringen konnte, wer keine Rückkehr finden will zu seinem geistigen Selbst, zur deutschen Seele.

Die deutsche Volksgemeinschaft als sittliche Idee ist Wertgemeinschaft. An diesem höchsten Wert richtet sich der Staat und seine Führung aus. Daraus ergibt sich, daß das Volk keine homogene Masse ist, sondern in sich selbst geschichtet und geordnet ist im Hinblick auf diesen Wert. Dieser höchste Wert ist deshalb auch nicht vertretbar durch eine Vielheit von Menschen. Der idealistisch-völkische Staat ist notwendig Führerstaat. Im Führer konkretisiert sich in einem Bewußtsein die deutsche Volksseele. Er ist die wertnächste menschliche Gestalt, und deshalb ist er auch die menschgewordene Nation. Er ist das Ideal im tiefsten Sinne. Nur in einer Persönlichkeit kann ein Ideal zur Darlebung kommen und durch seine Persönlichkeit als Vorbild wirken, dem die einzelnen Volksgenossen nachzustreben haben. Durch sein Vorbild wird zur Idee erzogen; denn es ist die Aufgabe des Führers und Staates, alle Volksgenossen zu diesem hohen Ideal zu erziehen. Der völkische Staat ist nicht ein Mindeststaat, wie der liberale Staat es ist, sondern er hat ein Höchstmaß an Aufgaben zu erfüllen. Das Erziehungsziel trägt der Führer in sich, er lebt es und aus diesem Leben der Idee leitet er seine Autorität, seine Geltung bei seinen Untergebenen her. Er bedarf keiner Rechtfertigung bei seinen Untergebenen. Richter über ihn ist die Geschichte. Solange der Führer seinem inneren Gesetze lebt, ist seine Herrschaft wirkliche Führung. Er muß seinem Gesetze leben, selbst wenn die einmal verleitete Volksmenge andere Wege gehen will oder in Ermangelung einer tieferen Einsicht den Führer nicht versteht. Der Führer setzt seine Idee durch mit dem — und notfalls — auch gegen das Volk. Er ist allein souverain. Auf lange Sicht kann er allerdings seine Aufgabe nicht gegen das Volk, sondern nur mit dem Volk erfüllen, denn er lebt ja für das Volk. Diese Alleinherrschaft eines Menschen ist weit entfernt von Absolutismus oder gar Diktatur. Zur Diktatur kann sie nur in Ausnahmefällen werden. Wahre Führung wird vom Volke mitgelebt, weil der Führer nur in reinster Gestalt jeden Volksgenossen vertritt. Von der obersten Spitze der Volksgemeinschaft und seiner Handlungsform, des Staates, herab gliedert sich das Volk und seine Führung. Denn Führer umgibt eine Schicht von Männern, die wie er nur der Idee der Volksgemeinschaft leben. Sie stellen die Spitzen der mannigfaltigen Untergliederungen und Teilgemeinschaften des gesamtvölkischen Lebens dar. Es ist deshalb nicht richtig, von einer Herrschaftsordnung neben einer Volksordnung zu sprechen, wie es Forsthoff in seiner Schrift: „Der totale Staat" tut. Die Herrschaftsordnung ist vielmehr in der Volksordnung. In rangmäßiger Folge und Abstufung, nach Maßgabe der Leistung, für den höchsten Wert der Volksgemeinschaft gliedert sich das Volksganze. Die Herrschaftsschichten bilden diejenigen, welche die einzelnen Teil des Volksganzen in seiner Vielfältigkeit und Einzigartigkeit in einer großen Pyramide zum Ziele führen.

Diese Führerhierarchie liegt in der Volkshierarchie. So steht das Führertum im Volk und erneuert sich aus dem Volk. Sie vermag sich nur zu halten, wenn sie den Zusammenhang mit dem Volke und die Ausrichtung auf das Volk durch persönliches Vorleben erhält, gewährleistet. Durch die Führer muß die Idee gelebt werden, denn nur so vermag diese den Staat tragende Schicht die Gesamtheit dem Ideal näher zu bringen. Für „abstrakte Ideale" kann sich das Volk nicht erwärmen.

Es soll nicht versäumt werden, noch auf einen Begriff einzugehen, der die Diskussionen über den völkischen Staat der Gegenwart — der durch den Nationalsozialismus aufgebaute Staat ist der erste, bewußt nach völkischen Grundsätzen aufgebaute Staat — fast beherrscht hat: der totale Staat. Durch die Schrift von Forsthoff[12]) wurde der Begriff populär. Es muß gerade deshalb auf diesen Begriff eingegangen werden, weil die Meinungen über ihn nicht eindeutig sind. Ist der völkisch-idealistische Staat wirklich ein „totaler Staat"? Ja und nein! Die materialistisch-sozialistische Denkweise verbindet mit diesem Begriff einen Staat, der alles in seiner Hand vereinigt, der alles selbst unternimmt und vollbringt. Der totale Staat wäre demnach der reine Wirtschaftsstaat. Staatssozialismus und totaler Staat wären eins. Es ist selbstverständlich, daß dies nicht unter dem oben genannten Begriff zu verstehen ist. Man bezeichnet nun aber auch den Staat des Faschismus, der auf idealistischer Grundlage aufgebaut ist, als totalen Staat. Bei ihm springt vor allem der straffe Zentralismus in die Augen, durch den in einer gut aufgebauten Verwaltungsmaschinerie der Staat geleitet wird. Von diesen beiden Staatsformen ist der völkisch-idealistische Staat trotz seiner Totalität verschieden. Der völkische Staat ist totaler Staat in g e i s t i g e r Hinsicht. Sein Ziel ist die Durchdringung des gesamtvölkischen Lebens mit der völkischen Idee, ohne die Ertötung des mannigfachen Eigenlebens durch straffen Zentralismus herbeizuführen. Es liegt im Prinzip des völkischen Staates, durch Entfaltung a l l e r individuellen Kräfte, die Volksgemeinschaft zu verwirklichen. Daraus ergibt sich für den totalen Staat in unserem Sinne nicht Zentralisierung, sondern Dezentralisierung als Führungs- und Verwaltungsprinzip. Die zentralistische Form kann in dem Maße dezentralisiert werden, als die einheitliche Gesinnung und Geistesrichtung der Verwaltungsträger sich entwickelt. Denn nur so ist die Gewähr gegeben, daß trotz der größten Freiheiten der einzelnen Gemeinschaften und Untergliederungen die einheitliche Richtung gewahrt bleibt. Es versteht sich von selbst, daß der Staat als Statthalter der Volksidee jederzeit in die einzelnen Lebensbereiche eingreifen kann, ja muß, wenn das Handeln dieser Teilgemeinschaften die einheitliche Linie nicht wahrt und dadurch die Volksgemeinschaft als das höchste Ziel gefährdet.

Meine Hauptaufgabe ist die Untersuchung der ständisch-gebundenen Wirtschaft in Beziehung auf die soziale Frage. Das Wort „ständisch" in diesem Zusammenhang zwingt uns dazu, uns mit dem Begriff des Ständestaates auseinanderzusetzen. Ein großer Teil derer, die in den Fragekomplex nicht eingeweiht sind, sieht bei diesem Namen die Zeiten eines feudalistischen Staates wieder aufsteigen, oder er denkt an die erstarrten Formen eines mittelalterlichen Zunftwesens. Es dürfte jedoch jedem klar sein, daß mit einer ständischen Ordnung nicht die Geschichte um 4—500 Jahre zurückgeschraubt werden soll und kann. Wenn schon die ständische Ordnung etwas mit der mittelalterlichen gemein hat, so ist es einzig der Grundgedanke, Unterglieder des Gemeinschaftsganzen nach ihrer Verrichtung für das Ganze wieder in Gemeinschaften zusammenzufassen, um sie so dem Ganzen unterzuordnen. Im Mittelalter waren nur Adel (Grundbesitz), Geistlichkeit, Handwerk und Bauernschaft die großen Verrichtungsgruppen, und so hatte sich natürlicherweise diese Dreiteilung ergeben. Daß sie erstarrte und bewußt reaktionär wurde, hing mit der industriellen und gesamtwirtschaftlichen Entwickelung zusammen, welche diese primitive Form natürlich sprengen mußte. Die Vertreter des ständischen Gedankens sind weit davon entfernt, die geschichtliche, besonders die wirtschaftliche Entwicklung verneinen oder zurückschrauben zu wollen. Die überaus große und mannigfaltige Entwicklung des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der Nation verlangt natürlich auch eine entwickeltere und ausgeprägtere Form.

Ein weiterer Fehler bei der Diskussion über den ständischen Gedanken beruht darin, daß angenommen wird, der „Ständestaat solle auf den einzelnen Berufs- oder Wirtschaftsständen (darüber unten mehr) aufgebaut werden. Es wird dabei mit Recht darauf hingewiesen, daß ein solcher Ständestaat die lückenlos durchorganisierte Interessenvertretung bilden werde. Das würde er auch sein, wenn man ihn auf den Berufsständen aufbauen wollte. Er wäre dann weiter nichts als eine Instanz, welche mit der schwierigen Aufgabe betraut ist, die Wirtschaftsinteressen der einzelnen Volksteile untereinander abzumessen. Es ist nun schon darauf hingewiesen, daß der idealistisch-völkische Staat sich nicht von irgend welchen Instanzen, Menschen oder Menschengruppen ableitet, sondern daß er seine Berechtigung findet als Organisation der völkischen Idee, welche von den Einzelwillen unabhängig ist, ja, sich sogar gegen ihren Willen durchzusetzen vermag. Es ist also unsinnig zu behaupten, der Ständestaat — wenn wir den Begriff überhaupt verwenden wollen, — wie er jetzt aufgebaut werden soll, sei ein Interessentenstaat par exellance. „Der Sinn des ständischen Gedankens ist einzig und allein der, ein Mittel zur Verwirklichung der deutschen Volksgemeinschaft zu schaffen; nicht nur ein Mittel, sondern d a s Mittel. Es erübrigt sich, noch einmal auf den Grund-

gedanken des völkischen Staates einzugehen. ‚Er ist die Totalität der menschlichen Angelegenheiten'", wie Adam Müller sagt.[13]) Doch nicht in einem uniformen Zentralismus kann er seine Aufgabe erfüllen. Die Volksgemeinschaft zur Vollendung zu führen ist nur möglich, wenn den mannigfachen Kräften in ihrem Bereich volle Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeit gewährt wird. Aufgliederungen der Volksgemeinschaft in Teilgemeinschaften gemäß ihrer Verrichtung, das ist der Grundgedanke der ständischen Ordnung.

Ein Teilgebiet des Gesamtlebens nun ist die Wirtschaft. Ständische Gebundenheit der Wirtschaft bedeutet Aufgliederung und Zusammenfassung in Stände, mittels deren der Staat die Wirtschaft mit seinem Geist durchdringt, sie führt und ausrichtet auf das gesamtvölkische Ziel: die Volksgemeinschaft. Das ist das außerwirtschaftliche Ziel auch für die Wirtschaft. Verwirklichung des ständischen Gedankens ist deshalb Verwirklichung des wahren Sozialismus in der Wirtschaft, wie er im Staate seine Gesamtform findet.

III. Ständisch-gebundene Wirtschaft und soziale Frage.

Es war bislang mein Bestreben, zu zeigen, wie eine bestimmte Weltanschauung sich ganz bestimmte eigenartige Ziele setzt, und wie infolge dieser Zielsetzung auch die Formen der Zielerreichung auf das Ziel zugeschnitten sind. Aus diesem Grunde mußte auch die Behandlung des eigentlichen Themas: Wirtschaftssystem und soziale Frage jedes Mal mit der Darlegung der Weltanschauung beginnen, von welcher das Wirtschaftssystem abgeleitet ist. Wir sahen nun, daß die idealistisch-sozialistische Weltanschauung sich eine ihr gemäße Staatsform schafft und werden ferner zu zeigen haben, wie die ständisch-gebundene Wirtschaft als „System von Mitteln" für Erreichung des im Staat konkretisierten Weltanschauungszieles gestaltet sein muß. Die soziale Frage hatten wir anfangs sehr weit gefaßt als Spannungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Die Spannung bestand da zwischen der individualistischen Zielsetzung und der ihr entgegenstehenden Wirklichkeit. Der Umstand, daß es einem Teil gelang, diese Spannungen zu überbrücken, brachte dann eine Verschiebung der Problemstellung der sozialen Frage. Es wurde eine Spannung zwischen den einzelnen Gesellschaftsschichten. In der ständisch-gebundenen Wirtschaft wird man dann von einer sozialen Frage sprechen können, wenn die Mittel zur Zielerreichung zum Ziel selbst in einem solchen Verhältnis stehen, daß das angestrebte Ziel: die Volksgemeinschaft nicht erreicht werden kann. Die große Spannung zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden ist zwar infolge ihrer ökonomisch bedingten Schichtung eine schwere Gefahr und vermag allein schon die Erreichung einer Volksgemeinschaft unmöglich zu machen. Es leuchtet

jedoch ein, daß sich damit die soziale Frage nicht erschöpft, sondern daß eine solche immer dann auftaucht, wenn die richtige Entsprechung auf irgend einem Gebiet des Gemeinschaftslebens nicht gewahrt ist.

Eine Lösung der sozialen Frage wird sich nur dann ermöglichen, wenn es gelingt, alle Teilgebiete — und diese Teilgebiete in sich wieder — in das richtige und beste Entsprechungsverhältnis zu bringen. Das Wirtschaftsleben als ein Teilgebiet des Volkslebens unterliegt so dem Gesetz des Ganzen. Meine Aufgabe ist nun, zu zeigen, wie sich aus der Zielsetzung des Ganzen ein ganz bestimmtes Wirtschaftssystem ergeben muß. Es gilt, das eine Prinzip aufzuweisen, das das Wirtschaftsleben zum System macht. Damit soll betont werden, daß es falsch ist, wenn heute, wo man im Begriff ist, die ständisch-gebundene Wirtschaft aufzubauen, oftmals behauptet wird, daß die Form gleichgültig, der Geist das allein Entscheidende sei. Der Vorrang des Geistigen soll gewiß nicht geleugnet werden, aber es ist doch ebenso wichtig, daß der Geist sich seinen Körper, seine Form schafft. Gelingt ihm dies nicht, so wird auch der Geist notwendig wieder von der ihm artfremden Form vernichtet. Die heute oft ausgesprochene Ansicht von der Unwichtigkeit der Form hat wohl im Polemischen nicht ganz unrecht denen gegenüber, die glauben, durch eine organisatorische Gleichschaltung der neuen Idee, dem völkischen Zielstreben Genüge getan zu haben. Demgegenüber muß grundsätzlich gesehen, daran festgehalten werden, daß sich das völkisch-idealistische, sozialistische Ziel genau so eine ihm gemäße Form auf allen Lebensgebieten schafft wie die materialistisch-individualistische Weltanschauung. Hier ist gleichzeitig auch denen eine Antwort zu geben, welche die ständisch-gebunde Wirtschaft — denn dies ist die allein mögliche Form der idealistischen Weltanschauung — gleichsetzen mit Staatssozialismus und Planwirtschaft, die sie je nach ihrer persönlichen Einstellung bald zu dieser, bald zu jener Art mehr hinneigen sehen. Dazu ist zu sagen, daß die ständisch-gebundene Wirtschaft überhaupt nicht mit einer dieser Wirtschaftsformen vergleichbar ist, weil sie auf einer ganz anderen weltanschaulichen Ebene ruht. Das eine Prinzip, das sich wie ein roter Faden durch das ganze Wirtschaftssystem hindurchzieht, ist das der ständischen, d. h. der gemeinschaftsbestimmten Gebundenheit, der in allem zum Ausdruck kommenden Zuordnung auf das idealistische Ziel: die Volksgemeinschaft. Nur wenn wir die dadurch erreichte Einheit im System erkennen, ist es uns möglich, die vielen, wie Pilze aus dem Boden schießenden Vorschläge einer ständischen Wirtschaft auf ihre Echtheit hin zu prüfen. Es wird uns dadurch leicht, alle Umbiegungen und Verzerrungen des ständischen Gedankens als solche zu erkennen, wie das im Laufe der Darstellung des ständisch-gebundenen Wirtschaftssystems bewiesen werden soll.

Dieses Wirtschaftssystem soll die Lösung der sozialen Frage bringen. Das heißt jedoch nicht, daß damit alle Leiden, Kämpfe und Mühsale aus der Welt zu schaffen seien. Der echte Idealist ist soviel Realist, daß er dies als romantische Utopie erkennt. Er weiß, daß der Mensch im steten Kampf steht mit seiner Umwelt, daß es aber seine Aufgabe ist, die Umwelt und sich selbst so zu gestalten, daß dadurch seine von ihm erkannte Aufgabe: Versittlichung und Höherentwicklung des Menschengeschlechtes erreicht wird. Der Idealist bejaht den Kampf als Läuterungsmittel und einen Prüfstein auf seinem Wege. Wenn es sich für uns um die Lösung der sozialen Frage handelt, so heißt das: Erstellung eines bestmöglichen Zustandes zur Erreichung des uns gesetzten Ziels. Es liegt dem Idealisten fern, eine paradiesische Glückseligkeit auf Erden zu erstreben, wie es im Wesen des Materialismus liegt. Der Idealist hält es für ein Verbrechen, die jetzt noch unbefriedigten, notleidenden Massen auf einen Weg zu führen, der in der Enttäuschung enden muß. — Unsere erste Frage lautet also: Wie sieht das Wirtschaftssystem aus, welches dem die idealistisch-völkische Weltanschauung verkörpernden Staate gemäß ist. Die zweite Frage geht dahin, warum dieses System die Lösung der sozialen Frage bringen kann.

1. Das ständisch-gebundene Wirtschaftssystem.

a) Der Begriff des Standes.

Das Prinzip der ständischen Gebundenheit, welches das Wirtschaftssystem völkisch-idealistischer Weltanschauung durchzieht und beherrscht, wird uns erst im Laufe der Darstellung klar werden können. Um das Spezifische dieser Gebundenheit herauszustellen, um diese Gebundenheit scharf abzugrenzen gegen jede individualistisch-mechanistische Zwangsregulierung, bedarf es vor allem einer Auseinandersetzung mit dem Begriff des Standes. Es ist mit eine Schuld des Begriffswirrwarrs auf diesem Gebiet, daß viele keine einheitliche Linie zu finden vermögen beim praktischen Wirtschaftsaufbau und sich deshalb eine Theorie nach ihrem Gutdünken aufbauen. Stand ist ein Begriff des völkisch-idealistischen Systems; Stand ist ein Gemeinschaftsbegriff; ja, im Grundsätzlichen ist Stand gleich Gemeinschaft.

Unter Stand verstehen wir eine Gemeinschaft von Menschen, die durch ihre besonderen Verrichtungen im Volksganzen ihre Eigenart erhält. Voraussetzung ist, daß eine Gemeinschaft, d. h. geistige Verbundenheit vorhanden ist. Der Stand ist ein „Teilganzes", eine Teilgemeinschaft der großen Volks-, Bluts-, Lebensgemeinschaft. So gibt es in einem Volksganzen viele und eigenartige Gemeinschaften, die ihre Eigenart und Besonderheit eben erhalten durch ihre Verrichtung, welche sie für die Idee und Aufgabe des

Volksganzen erfüllen. So spricht man nicht nur in der Wirtschaft von Ständen, sondern neben der Wirtschaft gibt es noch andere durch andere Aufgaben bestimmte Gemeinschaften, die man ebenfalls als Stände bezeichnen kann. So rechnet die Spann'sche Schule dazu: Kirche, Heer, Erziehungs- und Rechtswesen. Damit ist der Begriff des Standes im weitesten Sinne definiert. Wenn wir jedoch bei unserer Betrachtung der ständisch-gebundenen Wirtschaft von Ständen sprechen, so sind damit die Teilgebiete der Wirtschaft, die Wirtschaftsstände (über den Begriff siehe unten) zu verstehen. Diese Stände sind Leistungsgemeinschaften auf Grund von Lebensgemeinschaften.[14]) Sie sind Verrichtungsträger eigener Art, bestimmt durch das spezielle Ziel, dem sie in ihrem weiteren Bereiche zustreben. Stände sind somit Zielgemeinschaften. „Die Stände sind engere Ziel- und Lebensgemeinschaften."[15]) Eine Organisation mit bestimmter Zielsetzung ist deshalb noch kein Stand, weil Stand Gemeinschaft voraussetzt und eben dies das Wesentliche ist, was ihn vor allem von allen individualistischen Kollektiven trennt. Diesen scharfen Unterschied gilt es vor allem im Auge zu halten. Es sollen im folgenden die häufigsten Fehlerquellen durch klare Abgrenzung der üblichsten Gesellschaftsbegriffe klargelegt werden.

Zunächst gilt es, eine Klärung der Begriffe Klasse und Stand vorzunehmen. Wodurch unterscheidet sich die Klasse von dem eben charakterisierten Stand? In der Klasse sind Menschen organisiert nicht auf Grund eines Gemeinschaftszieles, sondern lediglich auf Grund wirtschaftlicher Interessen. Die Klasse ist ein individualistischer, der Stand ein sozialistischer Begriff. Innere Verbundenheit, geistige Gemeinschaft verlangt die Klasse nicht; in ihr finden sich gleiche ökonomische Interessen zwecks ihrer Verfolgung zusammen. Die Organisation hat nur dann einen Sinn, wenn sie dem Einzelnen die Gewähr bietet, daß er auf diese kollektivistische Art seine Sonderziele besser vertreten lassen kann. Die Klasse ist damit als individualistischer Begriff, als Zweck-, als materieller Interessenverband gekennzeichnet. Eben das ist der Stand nicht. Für die im Stande organisierte Gemeinschaft ist primär das geistige Ziel, die Volksgemeinschaft, und es ist gerade ein Kennzeichen des Standes, daß seine Mitglieder ihre Interessen dem Ganzen unterzuordnen bemüht sind, daß im Vordergrund die Leistung für das Ganze steht. Dies Entweder — Oder kann nicht klar genug herausgestellt werden, weil durch Unklarheiten dem ständischen Gedanken heute die größten Gefahren drohen. Eine solche Unklarheit im Standesbegriff durchzieht z. B. das Buch von Huber: „Die Gestalt des deutschen Sozialismus". Huber sieht die Aufgabe der Stände in der Vertretung ihrer Interessen. „Stände im Sinne der ständischen Selbstverwaltung sind solche Verbände, die die Aufgabe haben, die gemeinsamen Interessen der Unternehmungen des gleichen Wirtschaftszweiges wahrzunehmen."[16]) Wesentlich ist aber

nicht die Interessengleichheit, sondern die geistige Zieleinheit, „die Gesinnungseinheit". „‚Stand' gründet sich daher auf eine gewisse Gesinnungseinheit, ‚Stand' zeigt sich damit wieder als Gegenteil von ‚Klasse' im Sinne des historischen Materialismus, weil Gesinnungseinheit das Primäre ist."[17] Der Stand ist in sich wieder gegliedert, rangstufenmäßig geordnet; er schafft in sich eine qualitative Ordnung, weil er sich ausrichtet an seinem Gemeinschaftswert und Gemeinschaftsziel. Die Klasse dagegen ist eine homogene, atomisierte Masse. Eine Wertung in ihr ist nicht möglich, weil, wie gezeigt wurde, für den Individualisten ein Gemeinschaftswert nicht existiert. Stand ist Ausgliederung auf einen geistigen Höchstwert, er wird gebildet von oben, während die Klasse ihre Wurzeln im Wirtschaftlichen hat. Es ist deshalb falsch, von wirtschaftlichen Interessenorganisationen als Ständen zu sprechen. Es kann nie einen Arbeiterstand, sondern nur eine Arbeiterklasse geben. Arbeiterorganisationen sind typische Zusammenfassungen wirtschaftlicher Schichten, und die Herausbildung von Arbeiterständen — worunter meist nichts anderes verstanden wird als eine allgemeine Heraushebung aus dem Proletarierelend — wäre trotzdem nur eine Verewigung des Klassenkampfes. Wenn man diesen fundamentalen Unterschied erkennt, muß einen jede ständische Richtung mit einer gewissen Skepsis erfüllen, die in den Gewerkschaften eine Stütze des ständischen Aufbaues sehen will. So heißt es bei Retzbach: „Es ist eben nicht so, wie nicht wenige meinen, daß zwischen den Gewerkschaften und der berufsständischen Ordnung ein unüberwindlicher Gegensatz bestünde, weil die Gewerkschaft als solche eine Klassenbewegung sei und so dem Wesen der berufständischen Regelung widerspreche."[18] Weiter: „Gerade in Hinsicht auf das Letztere bin ich auch der Auffassung, daß in der berufständischen Organisation die Gewerkschaft noch einen Platz hat, ja haben muß."[19] Es durfte nach dem Vorhergesagten klar sein, daß damit der ständische Gedanke seines Wesens entleert ist. Das Gleiche gilt selbstverständlich von den Organisationen der Unternehmer, den Kartellen. Ein Kartell ist nur ein wirtschaftlicher Zweckverband und hat mit dem Standesbegriff nicht das Geringste zu tun. Es ist ein beliebtes Steckenpferd der liberalen ‚Ständetheoretiker', darauf hinzuweisen, daß das fast voll durchorganisierte Verbändewesen den ständischen Aufbau fast vorweggenommen habe. Es muß darum immer wieder darauf hingewiesen werden, daß ein grundsätzlicher Unterschied besteht zwischen wirtschaftlichen Ständen und diesen Interessenorganisationen. Ich möchte fast behaupten, daß gerade diese organisatorische Vollkommenheit dazu geeignet ist, den ständischen Gemeinschaftsgedanken zu verbiegen und zum Scheitern zu bringen. Gewerkschaften und Kartelle sind materialistisch-individualistische Interessenorganisationen; Stände sind Leistungsgemeinschaften, ausgerichtet auf ein idealistisches Ziel. Ständisch-gebundene Wirtschaft

ist deshalb sozialistische Wirtschaft im wahren Sinne. Es erübrigt sich, neben dem ständischen Aufbau noch von einem deutschen Sozialismus zu reden, weil ja der ständische Aufbau nur die Verwirklichung unseres völkisch-idealistisch-sozialistischen Zieles auf wirtschaftlichem Gebiet zum Ausdruck bringt.

Es soll nun nicht versäumt werden, kurz auf den grundlegenden Unterschied zwischen Faschismus und ständischem Wirtschaftsaufbau einzugehen, weil häufig darauf verwiesen wird. Es zeigt sich bei dem Wirtschaftsaufbau des Faschismus, daß dieser über keine einheitliche Gesellschaftslehre verfügt. Der stato corporativo ist ein Kompromiß. Er bleibt schon insofern im individualistisch-kapitalistischen System stecken, als er Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen, also wirtschaftliche Interessenschichten, gesondert organisiert und sie erst durch staatliche Organisationen überbrücken läßt. Man könnte also beim Faschismus eher von Staatssozialismus sprechen. Der ständische Aufbau dagegen faßt, wie noch zu zeigen sein wird, alle an einem Wirtschaftsziel Tätigen zusammen; er lehnt bewußt — aus seiner Weltanschauung heraus — die Organisierung des Klassenkampfes ab.

Von den obengenannten Begriffen unterscheidet sich nun wieder der der Kaste. Unter einer Kaste ist eine Klasse oder ein Stand zu verstehen, denen es gelingt, eine gewisse Bevorrechtigung, eine Privilegierung durchzusetzen und diese in geschlossenem Kreise zu vererben.

Wenn von der Neuordnung der Wirtschaft die Rede ist, so hört man weniger von einer ständischen, als vielmehr von einer berufständischen Wirtschaftsordnung sprechen. Das Wort Berufsstand ist jedoch denkbar ungeeignet infolge seiner Ungenauigkeit. Wir werden sehen, was alles mit diesem Begriff bezeichnet wird. In der Ständelehre unterscheidet man drei Gruppen nach ihrer Stellung zu diesem Begriff. Die erste versteht darunter eine falsche Sache, die zweite bezeichnet mit dem falschen Begriff etwas an sich Richtiges, die dritte Gruppe endlich lehnt den Begriff überhaupt ab. Es soll gezeigt werden, daß dies unbedingt wichtig ist für die Klärung des Problems. Kennzeichnend für die erste Gruppe ist Görnandt, den wir mit seiner Auffassung zu Worte kommen lassen wollen. Es heißt bei ihm: „Zunächst darf man nicht an mittelalterliche Begriffe anknüpfen, etwa in der Form, daß man z. B. die Landwirtschaft mit allen ihren selbständig tätigen Beamten und Angestellten als einen einheitlichen Berufstand behandelt. In der modernen Volkswirtschaft ist dies nicht ein Berufstand, sondern eine Wirtschaftsgruppe. Berufstand ist das, was wirtschaftpolitisch wirklich zusammengehört, also etwa die Bauern, die Landarbeiter, die landwirtschaftlichen Beamten. . . . Ein besonderes Interesse erweckt die Frage, ob den Angestellten und Arbeitern besondere Berufstände gegeben werden sollen oder nicht. Wir zögern nicht,

diese Frage nach Durchführung des nationalsozialistischen Staates zu bejahen. Wir halten selbständige Berufstände der Angestellten und der Arbeiter mit den Interessen des nationalen Staates und der nationalen Wirtschaft für durchaus vereinbar."[20]) Nach dem bisher Gesagten dürfte es nicht schwer fallen, diese von Görnandt vertretene Ansicht als unvereinbar mit dem ständischen Gedanken zu betrachten. Soziale, ökonomisch bedingte Schichtungen dürfen nie als die Grundlagen einer völkischen Wirtschaft organisiert werden. Die Stände sind, das muß immer wieder ausdrücklich betont werden, Zielgemeinschaften; die Wirtschaft wird organisiert nach den Leistungen der einzelnen Gruppe für die Wirtschaft. Gewiß bestehen auch die von Görandt angeführten Unterschiede zwischen geführten und führenden Leistungen, diese Unterschiede bestehen aber innerhalb einer durch ihr Arbeitsziel zusammengeschweißten Gemeinschaft. Zu dieser erstgenannten Gruppe könnte man auch noch diejenigen rechnen, die, sich an das Wort haltend, unter Berufsständen die Vereinigung von Menschen der gleichen Verrichtungsart, Berufsart verstehen, z. B. alle Schreiner, alle Lackierer, Schlosser, etc. Wir sehen jedoch in der Wirtschaft, daß alle Berufsarten zusammenwirken an einem Ziel und deshalb kann die Berufsart nicht maßgebend sein für den ständischen Aufbau der Wirtschaft. Der Begriff „Berufsstand" wurde wieder besonders populär gemacht durch die Schule Othmar Spanns. Bei dieser zweiten Gruppe nun sehen wir das Auseinanderfallen von Inhalt und Begriff. W. Heinrich, ein Schüler Spanns, definiert die Berufsstände als Zielgemeinschaften, „Verrichtungskörper". „Diese sind objektive Verrichtungszweige, die über die wirtschaftliche, die äußerliche Berufstätigkeit hinaus auf ein Geistiges verweisen."[21]) Es kommt deutlich an anderer Stelle zum Ausdruck, daß W. Heinrich sich dieser Unklarheit bewußt wird, nämlich als es heißt: „Das Wort ‚Berufsstand' ist eine Bezeichnung für verschiedene Organisationen der Verbandsstufenordnung, wobei das zugrundeliegende, also das standesbegründende Kapital höherer Ordnung vor allem (durchaus nicht ausschließlich) nach Zielgemeinsamkeit organisiert ist und wobei der Ton und Vorrand auf dem Worte ‚Stand' — d. h. Organisation mit Stufenwert — nicht so sehr auf dem Worte ‚Beruf' liegt!"[22]) Damit, und das kommt in seinen Werken immer zum Ausdruck, erkennt Heinrich die Stände in der Wirtschaft als Zielgemeinschaften an und sieht nicht ihr unterscheidendes Merkmal in der Vorsilbe Beruf. Die gleiche ‚Entschuldigung' lesen wir bei Karrenbrock: „Wenn heute in unvorbereiteten Kreisen von Berufsständen gesprochen wird, ohne daß das Ständische genügend erläutert ist, bleiben nach meinen Erfahrungen formalistische und äußerliche Vorstellungen bestehen, vor allem wird fälschlicherweise Gewicht gelegt auf die erste Silbe des Wortes, auf Beruf statt Stand."[23]) Demgegenüber ist doch zu

fragen, welche Bedeutung die Vorsilbe des Wortes Stand überhaupt hat, wenn nicht die eines besonderen Kriteriums, eines eigenartigen Unterscheidungsmerkmales. Die Wiener Schule gibt damit die Unrichtigkeit ihres Begriffes ‚Berufsstand' zu; sie sieht auch die Verwirrung, welche durch diese falsche Bezeichnung entstehen muß. Es ist m. E. überhaupt eine Schwäche der universalistischen Schule und der Hauptgrund für ihre verhältnismäßig geringe Bedeutung, daß sie sich im Begrifflichen nicht genügend anzupassen weiß, wie es z. B. hier deutlich zutage tritt. Es wird häufig der Schule zum Vorwurf gemacht, daß sie zu stark im Mittelalter verwurzelt sei. Gegen diesen Vorwurf verteidigt sie sich zu Recht, wenn sie darauf verweist, daß sie das inhaltlich Positive, nämlich den Gemeinschaftsgeist des Mittelalters wieder ins rechte Licht rücken wolle, was durchaus nicht der gesunden Entwicklung und der Jetztzeit zu widerstreben brauche. Allerdings scheint mir das Kleben am ‚Berufsstand' ein mittelalterliches Erbstück zu sein, und es ist nicht recht einzusehen, warum die Wiener Schule durch diese mittelalterliche Benennung einer durchaus richtig gesehenen Erscheinung in der Gegenwart zu ihrer eigenen Unfruchtbarkeit beitragen will. Im Mittelalter war es eben die Leistungsgemeinschaft, die Zielgemeinschaft gleich der Berufsgemeinschaft; Beruf und Betrieb fielen nicht auseinander. Erst mit der vordringenden Arbeitsteilung trat dieser Unterschied ein. Jetzt arbeiten eben eine ganze Reihe von Berufen an einem einzigen Ziel; z. B. sind in einer Autofabrik Schlosser, Schreiner, Lackierer usw. vereint tätig an dem gleichen Ziel: dem Auto.

Der einfachste Weg aus diesem Gewirr wäre die richtige Bezeichnung für das, was man unter einem Stand in der gegenwärtigen Wirtschaft versteht. Diesen Weg hat denn auch die dritte Gruppe beschritten. Dr. Ley schreibt: „Was ist ein Stand? Man hört manchmal das Wort berufsständisch, die meisten Menschen gebrauchen es, es ist aber falsch. Es gibt einen Wirtschaftsstand und wirtschaftsständisch."[24]) Ley bezeichnet dann als Stand jene Wirtschaftsgemeinschaft, innerhalb deren die verschiedenen Berufe an einem Wirtschaftsziel arbeiten. „Der Beruf geht durch alle Stände hindurch." Die Wirtschaft wird aber in sich in erster Linie organisiert nach den mannigfaltigen Wirtschaftszielen. „Darum kann es keinen Berufsstand geben, sondern nur einen Wirtschaftsstand."[25]) Die Organisation nach den Wirtschaftszielen ist der vorranghaltende Organisationsgrundsatz; er schließt jedoch die Organisation auch anderer Gemeinsamkeiten in der Wirtschaft, z. B. des Berufes, Rohstoffes, Raumes keineswegs aus. Die Wirtschaftsstände sind die großen Unterabteilungen der Gesamtwirtschaft, zusammengesetzt nach ihren arteigenen Wirtschaftsleistungen. Die großen Wirtschaftszweige, wie Landwirtschaft, Industrie und Handel werden in den Ständen organisiert, um ihre

Träger auf das gemeinschaftliche Ziel, welchem sie alle dienen, auszurichten. Die einzelnen großen Wirtschaftsgebilde gliedern sich wieder auf, z. B. die Gesamtindustrie in die Textil-, Metallindustrie. chemische Industrie usw. Diese wiederum gliedern sich auf bis zur letzten Einheit, bis zum Betrieb. Im Betrieb arbeitet dann eine große Gemeinschaft vom Wirtschaftsführer bis zum geringsten, letzten Arbeiter an einem Ziel. Sie werden in ihrer Gesamtheit und mit ihren Leistungen dann von den ihnen übergeordneten Verbänden in die großen Zielgemeinschaften des Volkes eingeordnet. Die Wirtschaftsstände sind somit die Mittel der Oberleitung des Staates. „Diese Unterverbände oder Berufsstände sind Werkzeuge der staatlichen Oberleitung der Wirtschaft, gleichsam Einsatzpunkte der Oberleitungsverrichtung des Staates."[26]) Der Staat als Wächter und Träger der völkischen Idee, hat somit die Möglichkeit, infolge der bis ins Kleinste durchorganisierten Wirtschaft, die Gesamtwirtschaft so zu führen, daß das hohe Ziel der Volksgemeinschaft von ihrer Seite nicht gestört wird. Im Gegensatz zum Staatssozialismus ist der Staat hier nicht selbst Wirtschafter, und er wird seine Schiedsrichterfunktion oder Oberleitungsverrichtung in dem Maße verringern, als in all diesen Organisationen und ihren Trägern die idealistisch-völkische Weltanschauung Wirklichkeit wird. Es ist unrichtig, demgegenüber zu behaupten, daß man damit „Uebermenschen" erzeugen wolle und mit ihnen überhaupt sich jeder Zwang durch Organisationen erübrige. Dieser Einwand verrät die individualistische Einstellung, denn für den Idealisten ist Organisation nicht mechanisches Zwangsinstitut, sondern Mittel zur Höherführung und Versittlichung der Menschen. Selbst bei bestem und ehrlichem Wollen wäre es dem Einzelnen nicht möglich, immer zum Besten des Ganzen zu handeln, weil er von seinem Standpunkt aus nicht immer in der Lage ist, das Ganze und seine Erfordernisse zu überblicken. Um diese Gleichrichtung zu gewährleisten wird das Volk in Organisationen erfaßt. Ständische Gebundenheit heißt somit: Zusammenfassung der Menschen einer Bluts- und Lebensgemeinschaft gemäß ihren besonderen Verrichtungen für das Ganze; stete Ausrichtung allen Handelns auf das gemeinsame Ziel, die Volksgemeinschaft.

b) Die Eigentumsform in der ständisch-gebundenen Wirtschaft.

Um eine gewisse Vergleichsmöglichkeit zu schaffen zu dem schon behandelten Wirtschaftssystem des Kapitalismus und des marxistischen Sozialismus, soll sich die Behandlung des ständisch-gebundenen Wirtschaftssystems nach Möglichkeit in der äußeren Folge jenen anpassen. Darum beginne ich mit der Darlegung der

ständischen Eigentumsordnung. Ständisches Eigentum besagt soviel wie Gemeineigentum. War in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Eigentum das Mittel, durch welches der Einzelne sein vom Eigennutz bestimmtes Ziel zu erreichen strebte, war das Eigentum seine ureigenste Domäne, in dessen Verwaltung oder Verbrauch oder auch Mißbrauch er nur dann eine Einschränkung erfahren konnte, wenn er durch sein Eigentum die Sphäre seiner Mitmenschen beeinträchtigte, so ist demgegenüber in der ständisch-gebundenen Wirtschaft das Eigentum ein dem einzelnen Volksgenossen anvertrautes Gut, das er im Interesse der Volksgemeinschaft zu verwalten hat. Wie der einzelne Mensch ein vergängliches Glied der Volksgemeinschaft darstellt, der er sich — wie bewiesen wurde — unterzuordnen hat, so ist auch das ‚Privateigentum' ein zeitlich bestimmtes Verhältnis. Es ist in seiner Eigenart bestimmt durch die e w i g e Dauer des Gemeineigentums. „Zeitliches Eigentum des Einzelnen, ewiges Eigentum des Ganzen."[27]) Jeder Eigentümer wird somit zum Lehensträger der Gesamtheit, welcher er zu Dienst- und Pflichterfüllung verbunden ist. Bei all seinem Handeln hat er darauf Bedacht zu nehmen, daß die Zielerreichung des Volksganzen nicht dadurch im schädlichen Sinne beeinflußt wird. Daß er dieser Standesverpflichtung nachkommt, wird durch seine Einordnung in die Standesgemeinschaft gewährleistet, welche als unterste Instanz zu wachen hat über die Durchführung der von oben gegebenen Allgemeinziele. Der Einzelne kündigt durch gemeinschaftswidriges Verfahren mit dem ihm anvertrauten Volksgut sein Treueverhältnis zur Volksgemeinschaft; er schließt sich damit selbst aus und hat also auch keinen Schutz mehr von dieser zu erwarten. Der Entzug des Lehens wird regelmäßig die Folge eines solchen Verhaltens sein. Der Privateigentümer im liberalistischen Sinn gehört damit der Vergangenheit an. Doch ebenso scharf hebt sich die ständische Eigentumsordnung ab von einer kollektivistischen, sei es staatssozialistischer oder kommunistischer Prägung. Ist der einzelne Wirtschafter sich des lehensmäßigen Charakters seines Eigentums bewußt und erfüllt er seine Dienstleistung getreu gegenüber der Gemeinschaft, so ist ihm innerhalb des von seinem Stande gesetzten Rahmens volle Bewegungsfreiheit gewährt. Der völkisch-idealistisch gesinnte Wirtschafter wird die ihm vorgezeichneten Wege nicht als Zwangswege empfinden, weil er weiß, daß nur auf diesem Wege die Gemeinschaft gefördert werden kann, von der er selbst ein Teil ist. Jede Schematisierung und Gleichmacherei, wie sie eine kollektivistische Eigentumsordnung mit sich bringt, wird durch die verhältnismäßige Freiheit der Gesamtwirtschaftsstände und der Unterverbände vermieden. Es ist damit der Mannigfaltigkeit des Lebens und seiner Bedingungen Genüge getan. Das Maß der Bindung ist immer bestimmt durch die Notwendigkeit des Ganzen, sie kann stärker, sie kann schwächer sein. Othmar Spann nimmt nach den Erforder-

nissen der Wirklichkeit eine Dreiteilung der Eigentumsordnung vor: „durch Obereigentum beschränktes Privateigentum, lebensrechtliches Eigentum, Gesamteigentum ständischer Verbände, ferner der Gemeinden und des Staates“[28]), wobei er letzteres besonders für die „lebensnotwendigen Gewerbe“ angewandt wissen will. „Der allgemeine Grundsatz des Maßes an gemeinnütziger Beeinflussung überhaupt soll sein: um so mehr Bindung und gemeinnützige Beeinflussung, je mehr es sich um lebensnotwendige Gewerbe handelt.“[29]) Durch diese Eigentumsordnung ist die größte Elastizität und Anpassung an die Bedürfnisse der mannigfaltigen, wirklichen Wirtschaft gewährleistet, durch die jederzeit die Unterordnung unter die Interessen der Volksgemeinschaft individuelle Willkür staatlicher Stellen verhindert wird. Solange der Staat wirklich völkischer Staat ist und von Führern in diesem Sinne geleitet wird, ist nie die Gefahr bürokratischer Reglementierung der Eigentumsordnung zu befürchten.

Die Darstellung des ständischen Eigentumsbegriffes soll an zwei Gesetzen erläutert werden, welche schon Ansätze zum ständischen Wirtschaftsaufbau darstellen. Es handelt sich um das Reichserbhofgesetz vom 29. IX. 1933, durch welches das Bodenrecht neu geregelt wird. Nach dem Reichserbhofgesetz werden Besitzungen mit Ackernahrung als unterster Grenze und 125 ha als Obergrenze zu Erbhöfen erklärt. Ein solcher Erbhof bleibt f o r m e l l Privateigentum des jetzigen Besitzers, und doch kann von Privateigentum im liberalistischen Sinne keine Rede mehr sein. Der Erbhofbauer ist verpflichtet, seinen Hof nach den dem Volksganzen dienenden Grundsätzen zu bewirtschaften. Die Verfügungsgewalt über sein Eigentum ist ihm schließlich dadurch genommen, daß er sich nach den von seinem Stande gesteckten Richtlinien zu verhalten hat. Er darf den Hof nicht verschulden und kann, wenn er trotz der dazu vorhandenen Möglichkeit, nicht ordnungsgemäß wirtschaftet, seiner völlig verlustig erklärt werden. Darüber aber entscheidet in letzter Instanz sein eigener Wirtschaftsstand. Gleiche richten über Gleiche! Bauerndienst ist dadurch Lehendienst geworden, und der Bauer nimmt infolge der Eigenart und Bedeutung des ihm anvertrauten Lehensgutes eine entsprechende Stellung im Volksganzen ein. — Auf gewerblichem Gebiet ist das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ ein Schritt — wenn auch erst ein kleiner — auf dem Wege zur neuen Eigentumsordnung. „Herr-im-Hause-sein“ bedeutet jetzt nicht mehr die Möglichkeit willkürlicher Bewirtschaftung des Betriebes und demgemäße Behandlung seiner Untergebenen; dieses „Herr-sein“ heißt frei sein, heißt verantwortlich sein, heißt Führer sein. So ist insbesondere durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit das innerbetriebliche Leben einer grundlegenden Aenderung unterzogen. Man hat vielerorts die freiheitliche Gestaltung, vor allem die Stärkung des Führergedankens, nicht recht verstanden und darin, die Grundanschauung, von der das Gesetz aus-

geht, verkennend, eine Verstärkung des Abhängigkeitsverhältnisses der Arbeiterschaft gesehen. Der Umstand jedoch, daß mit dem gleichen Gesetz aus dem Privateigentümer ein Lehensträger wurde, ist von den meisten übersehen worden. Der Lehensträger ist Pflichtträger, und er kann seines Lehens enthoben werden, wenn er seine Pflicht gegenüber der Allgemeinheit nicht erfüllt. Er tut dies insbesondere nicht, wenn er in seinem Untergebenen nicht den ihm gleichen Leistungsträger für das Ganze sieht, sondern Ausbeutungsobjekt seiner egoistischen Wünsche. Die Betriebsführung kann ihm für ernste Vergehen abgesprochen werden. Gewiß ist das Gesetz erst ein Anfang. Erst dann wird es seinen Zweck erfüllen, wenn der völkisch-idealistische Geist zum Durchbruch gekommen ist und in den vervollständigten Gemeinschaften verwirklicht werden kann. Diese wenigen Beispiele mögen genügen zur Erklärung der ständischen Eigentumsordnung, als einer echt sozialistischen, d. h. gemeinschaftsorientierten Ordnung. Ein ständisch-gebundenes Wirtschaftssystem ist unwirklich und unmöglich ohne ständische, d. h. sozialistische Eigentumsornung. Es ist eine Inkonsequenz und dient zur Irreführung, wenn die katholische Gesellschafts- und Volkswirtschaftslehre immer wieder die Unverletzlicheit des Privateigentums betont und doch andererseits Vertreter des ständischen Gedankens sein will. Weichs zitiert die „Enzyklika ‚quadragesimo anno'", in der es heißt: „Das naturgegebene Recht auf Sondereigentum, eingeschlossen das Erbrecht, muß immer unberührt und unverletzt bleiben"[30]), und bei Retzbach lesen wir in der schon erwähnten Schrift: „Das Sondereigentumsrecht ist ja vom Schöpfer einzelnen Menschen verliehen zu dem Zwecke, für sich und die Seinen sorgen zu können."[31]) Dieser auch in anderem hervortretende Zwiespalt in der christlich-katholischen Ständelehre führt schließlich auf die katholische Gesellschaftslehre zurück, welche ja ausgeht vom — Individuum. Ich glaube bewiesen zu haben, daß das für eine idealistische Weltanschauung nicht angeht, welche der Katholizismus verkörpern will, damit zugleich, daß die katholische Darstellung des ständischen Aufbaues zu einer Umdeutung des ständischen Gedankens führt. Näher kann hier nicht darauf eingegangen werden. Es soll noch die Stellung E. R. Hubers angeführt werden, welche mir im Großen und Ganzen das Richtige zu treffen scheint: „Der Solidarismus gründet die Wirtschaftseinheit auf das gemeinsame sittliche Bewußtsein, das die römische Kirche vermittelt und wendet sich deshalb gegen jede Einmischung der politischen Gewalt. Der deutsche Sozialismus errichtet die gebundene Volkswirtschaft auf dem politischen Bewußtsein der Nation, das in der staatlichen Führung verkörpert wird. Nicht die allgemeine christliche Ethik des Katholizismus, sondern die nationale Politik macht aus der Wirtschaft eine sinnvolle Ganzheit."[32])

c) Der ständisch-gebundene Wettbewerb.

Mit dem Begriff des Privateigentums verschwindet naturgemäß auch der des freien Wettbewerbs. Es wurde schon dargelegt, wie die durch die Bedürfnisse der einzelnen Individuen hervorgerufene Konkurrenz auf dem Markte zu immer größerer Anarchie führte, bis sich schließlich die einzelnen Produzenten nur dadurch vor der gegenseitigen Vernichtung und Aufreibung schützen konnten, daß sie sich zu riesigen Kartellen und Interessenverbänden zusammenschlossen. Die zentralistische Planwirtschaft des marxistischen Systems suchte dieses Gegeneinander durch zentralistische Zusammenfassung der gesamten Produktion zu verhindern. Beides aber führte nicht zu dem gewünschten Erfolg. Wie sieht dagegen die ständische Marktordnung aus? Wie vollzieht sich hier die Produktion? Zunächst geht die Produktion der ständisch-gebundenen Wirtschaft nicht in erster Linie von den Bedürfnissen der Konsumenten aus, sondern von den Notwendigkeiten und Forderungen des politischen Zieles. Nicht maßgebend ist, was der Einzelne gerne besitzen, genießen möchte, sondern das, was zum Leben, zur Erhaltung und Entwicklung der Nation notwendig ist. Der Staat gibt die allgemeinen Richtlinien dafür und die Stände haben in steter Zusammenarbeit für die Erreichung dieses Zieles, des wirtschaftlichen Zieles, Gewähr zu bieten. In ihnen wird nicht mehr gegeneinander um den höchsten Profit gearbeitet, in ihnen sucht man sich auch nicht durch Zusammenschluß *gegen* die anderen Wirtschaftszweige durchzusetzen, sondern alle Wirtschaftsstände werden auf ein Ziel ausgerichtet und innerhalb der Stände wieder die einzelnen Unterverbände und Unternehmungen. So wird in der ständisch-gebundenen Wirtschaft ein fester Rahmen gesetzt, innerhalb dessen ein Wettbewerb vor sich gehen kann um die beste Leistung; denn nur sie vermag sich gegen schlechtere Arbeit durchzusetzen. Damit ist zugleich dem besseren Wirtschafter und der Gemeinschaft gedient. Das Maß der Bindung wiederum ist nicht starr, sondern stets darauf ausgerichtet, das richtige Entsprechungsverhältnis in der Wirtschaft herzustellen. — Damit ist eine Erklärung gegeben für das, was unter dem Satz „Leistung ist vor Preis" zu verstehen ist; einem Satz, der bei allen Gegnern kein Verständnis finden will. Es ist damit ganz einfach gesagt, nicht das wird produziert, was der Einzelne zur Befriedigung seiner materiellen Wünsche auf dem Markte nachfragt und wofür er deshalb einen bestimmten Preis zu zahlen gewillt ist, sondern das, was zur Erhaltung der Nation notwendig ist, selbst dann, wenn es auf dem Markt keinen oder nur einen geringen Preis hat. Wenn z. B. gewisse landwirtschaftliche Produkte vom Ausland zu einem um ein Vielfaches geringeren Preis bezogen werden könnten, die heimische Landwirtschaft durch diese Konkurrenz aber erliegen muß, so wird eben durch die Stände die zur

Erhaltung der Landwirtschaft notwendige Entsprechung wiederhergestellt, da eben eine kräftige Landwirtschaft Existenzvoraussetzung ist. Oder es werden im Gewerbe aus bestimmten Gründen feste Preise gestellt, Bedingungen bezüglich der Warenausstattung, der Lieferung zur Pflicht gemacht, wenn auch von seiten der Konsumenten direkt kein Bedürfnis darnach vorliegen sollte. Alle diese Maßnahmen werden sich auf das beschränken, was zum Besten des Ganzen notwendig wird und dem Einzelnen immer noch größtmöglichen Raum zur Entfaltung seiner Tatkraft gewährt. Es wird nun sicherlich nicht jeder auf Grund seiner völkischen Gesinnung allein schon den richtigen Weg gehen; es ist ja schon deshalb nicht immer möglich, weil der einzelne Wirtschafter nicht die genügende Uebersicht und Einsicht in das Ganze besitzt. Deshalb geben die Gesamtstände und Unterverbände die Richtlinien, innerhalb deren sich ein Wettbewerb für das gemeinsame Ganz abspielen kann. Darin unterscheiden sich die Stände von den Interessenverbänden, daß sie auch willig Opfer auf sich nehmen, wenn die Gemeinschaft es fordert. Es ist nun die Aufgabe der Wirtschaftsführer, die Einordnung vorzunehmen. Sie müssen darum politische Ideenträger und wirtschaftliche Sachverständige zugleich sein. — Wie es auf dem Warenmarkt keinen Kampf bis zum letzten geben wird, so auch nicht im Betrieb zwischen leitender und ausführender Arbeit um den Anteil am Gewinn. Der Betriebsführer wird, wenn er wirklich Führer in unserem Sinn ist, in seinen Mitarbeitern keine Gegner, sondern seine notwendigen Helfer und Glieder derselben Arbeits- und Volksgemeinschaft sehen. Aus dieser Einsicht ergibt sich das Betriebsverhältnis.

Wir sehen, daß freie Konkurrenz unvereinbar ist mit ständisch-gebundener Wirtschaft. Doch auch hier fehlt es wieder nicht an gegenteiligen Meinungen, als deren kennzeichnenden Interpreten ich C. Düssel anführe. Bei ihm ist in seiner Schrift „Berufständische Wirtschaftspolitik" zu lesen: „Nicht zuletzt der Unternehmer muß wissen, daß er letzten Endes mit dem Marktwettbewerb auf Gedeih und Verderb verbunden ist"[33]), und weiter: „Nur Privateigentum und Marktwettbewerb gestatten es, die Wirtschaft im Bereiche persönlicher Verantwortung zu dezentralisieren und in ihnen freie Hand zu lassen, bei schärfstem Sporn zur Leistung und empfindlichster Haftung für den Erfolg."[34]) Nach dem Ausgegeführten bleibt kein Zweifel, daß diese Auffassung mit ständischer Wirtschaft nichts mehr zu tun hat. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die wirtschaftliche Dynamik nicht mehr diese Sprunghaftigkeit mehr aufweisen wird, wie in der kapitalistischen Wirtschaft. Es soll ruhig zugegeben werden, daß die ständisch-gebundene Wirtschaft nicht jenen rapiden Fortschritt auf wirtschaftlich-technischem Gebiet zeitigen wird. Doch eine wirtschaftliche Erstarrung, mit der man gerne vor diesem Wirtschaftssystem schrecken will, ist nicht notwendig

mit ihm verbunden. Erstarrung wird erst dann eintreten, wenn der die Gesamtheit beherrschende Geist entartet und die einzelnen Stände nicht mehr Gemeinschaften, dienende Gliedgemeinschaften der großen Volksgemeinschaft sind, wenn sie sich nicht mehr als solche fühlen und zu Interessenverbänden herabsinken. Das war das Schicksal der mittelalterlichen Zünfte. Deshalb wurden sie auch von der Entwicklung hinweggefegt. — Zu der Hoffnung, daß Gemeinschaft, d. h. Idee und Wirtschaft, d. h. das dienende Mittel ins rechte Verhältnis gesetzt werden, berechtigt uns vor allem der Umstand, daß nicht wirklichkeitsfremde und wirtschaftsunkundige Menschen diese Einordnung vornehmen, sondern vielmehr Menschen der Wirtschaft selbst, in eigenständiger Verwaltung. Damit ist ein Kapitel angeschnitten, welches erst das rechte Verständnis bringen kann für das Verhältnis von Staat und Wirtschaft zur völkischen Gemeinschaft. Der ständischen Selbstverwaltung soll nun das folgende Kapitel gewidmet sein.

d) Die ständische Selbstverwaltung.

Es ist die Aufgabe der Gesamtwirtschaft, für die völkische Gemeinschaft ein Höchstmaß an materieller Versorgung zu erreichen. Bedarfsdeckung im wahrsten Sinne soll angestrebt werden, aber nicht individualistische Bedürfnisdeckung. Dieses wirtschaftliche Ziel ist nur zu erreichen, wenn allen in der Wirtschaft tätigen Kräften die Entfaltung aller ihrer Fähigkeiten und Anlagen ermöglicht wird. Die ständische Selbstverwaltung bietet die Organisationsform, die diese Schaffensfreiheit bei unbedingter Unterordnung unter das völkische Ziel herbeiführt. „Sie ist die politische Form, in der das Verhältnis gleichzeitiger Freiheit und Bindung der Wirtschaft seinen Ausdruck findet.“[35]) Nach der Eigenart ihrer Verrichtungen werden die einzelnen Wirtschaftsstände zusammengesetzt, organisiert. Vom Staate, als dem Stellvertreter des Volksgemeinschaftszieles, werden nur die großen, allgemeinen Richtlinien gegeben, während die konkrete Ausgestaltung des Eigenlebens der Wirtschaft den Ständen selbst nach den Wirtschaftserfordernissen überlassen bleibt. „Die Selbstverwaltung der Berufsstände ist die Betätigung ihres Eigenlebens, das seinerseits aus dem Wirtschaftsganzen selbst stammt.“[36]) Dadurch ist eine Trennung von Staat und Wirtschaft gegeben; doch ganz anderer Art als der Liberalismus sie herbeiführte. Der Staat macht sich frei, indem er der Wirtschaft nur die allgemeinen Richtlinien gibt, frei von allen wirtschaftlichen Hemmungen bei seinen politischen Entscheidungen; er trifft sie unbeschwert „vom Bleigewicht des Materiellen“.[37]) Die Organe der ständischen Selbstverwaltung sind nicht Verwaltungsorgane, d. h. verlängerte Arme des Staates, sondern Verrichtungsstellen der Wirtschaft selbst, die von ihren jeweilig übergeordneten

Verbänden abgeleitet und delegiert sind. Ziel und allgemeine Richtlinien werden schließlich vom Staate gesteckt, sodaß grundsätzlich auch von keiner arteigenen Herrschergewalt oder Souveränität der Stände gesprochen werden kann. Dieser Begriff der Standessouveränität oder Sachsouveränität hat in der Auffassung von den Rechten der ständischen Selbstverwaltung einige Verwirrung gestiftet. Es soll deshalb hier kurz darauf eingegangen werden. Othmar Spann sagt: „Jeder Stand hat seine arteigene Herrschergewalt (Souveränität)."[38]) In der Einleitung dieses Kapitels wurde nun nachgewiesen, daß es nur eine letzte Entscheidungsgewalt, eine Souveränität gibt; sie liegt beim Führer des Volkes, denn er trägt das völkische Gesetz in sich. Alle andere Herrschergewalt ist deshalb abgeleitet. Spann leugnet auch den Vorrang des Staates keineswegs. Die Verwendung des Begriffes Sachsouveränität geht vielmehr darauf hinaus, den unbedingten Vorrang der ständischen Sacherfordernisse vor den Wünschen der Einzelnen festzustellen. Das ergibt sich aus seinen weiteren Ausführungen, wo es heißt: „Die arteigene Herrschergewalt (Souveränität) eines Standes ist nicht von dem Willen des Einzelnen abgeleitet, wie das die individualistische Auffassung für die Staatssouveränität behauptet (Volkssouveränität als angebliche Quelle der Staatssouveränität); sondern von der Gültigkeit der Aufgabe des Standes innerhalb des geistig-sittlichen Gesamtlebensinhaltes der Kultur, von der Fruchtbarkeit jenes Handelns, welches in einem Stande jeweils organisiert wird: Die Sachsouveränität tritt an die Stelle der Volkssouveränität, Sachlichkeit an die Stelle der Subjektivität, an die Stelle einzelner Willkür."[39]) Diese Klarstellung des Souveränitätsbegriffes mußte deshalb erfolgen, weil in der Ständelehre der katholischen Richtung dieser Begriff zu einer wirklichen Souveränität der Stände erklärt wird, die nicht abgeleitet sei vom Staate, sondern von den Bedürfnissen der sittlich-freien Einzelnen, und die vom Staate nur dann verletzt werden dürfe, wenn die Allgemein-wohl-Gerechtigkeit nicht gewahrt werde. Es tritt hier derselbe Mindeststaat in Erscheinung, wie ihn das liberale Weltbild präsentierte. Der völkische Staat dagegen ist ein positiver Staat, verpflichtende Gemeinschaft zu einem einzigen Gemeinziel; damit einziger Träger der Souveränität. Kraft dieser Souveränität delegiert der Staat in seinem eigenen Interesse ein Höchstmaß von Aufgaben an seine Untergliederungen, die innerhalb dieses delegierten Bereiches ein Höchstmaß von Eigenleben entfalten sollen, ihre Sacherfordernisse selbst in die Sacherfordernisse des Ganzen eingliedern sollen. Dadurch ist die scharfe Abgrenzung gegen jede Wirtschaftsführung staatssozialistischer Prägung gegeben. In der ständisch-gebundenen Wirtschaft kann weder von einer Verstaatlichung der Wirtschaft noch von einer Verwirtschaftlichung des Staates die Rede sein. Dem korporativen System

des Faschismus dagegen ist dieser Begriff der Selbstverwaltung fremd. In ihm sind die einzelnen Korporationen Staatsorgane, sie führen nur die Anordnungen aus, welche von der Staatsspitze mit ihrer Hilfe weitergeleitet werden. Wahre Selbstverwaltung dagegen ist unvereinbar mit dieser zentralistisch-planwirtschaftlichen Staatstätigkeit, die eine ungeheuere Aufblähung der Bürokratie zur Folge haben muß. Gerade durch die ständische Selbstverwaltung ist die Gewähr gegeben, daß eine den wirklichen Verhältnissen und Anforderungen der Wirtschaft gerecht werdende Aufteilung und Anpassung der Organisationen erfolgen kann, ohne daß die einheitliche Marschrichtung gefährdet würde. Um diese mannigfaltigen Wirtschaftsgebiete in ihrem Eigenleben nicht verkümmern zu lassen, oder sie durch eine bürokratisch-mechanische Zentralisation zu vernichten, ist Dezentralisierung ein notwendiges Zubehör ständischer Selbstverwaltung. Denn das bedeutet ja nicht nur Selbstverwaltung der Wirtschaft, sondern die Selbstverwaltung jedes „Teilganzen", jeder unteren Gemeinschaft der Wirtschaft bis hinab zu dem Betrieb, natürlich unter der unbedingten Einordnung jedes Unterverbandes unter die Ziele und Anordnungen des ihn umfassenden höheren Verbandes. Diese Unterordnung der Wirtschaftsziele wird nur erreicht werden können, wenn die einzelnen Stände den Charakter von Zwangsverbänden bekommen, sodaß die gesamte Wirtschaftstätigkeit eines Zweiges der Volkswirtschaft übersehen und ohne Verluste eingegliedert werden kann. Würde die ständisch-gebundene Wirtschaft nicht über diesen Organisationszwang verfügen können, so würden immerhin Elemente einer individualistischen Weltanschauung auf Kosten ihrer Mitarbeitenden ihrem zügellosen Erwerbe nachgehen können und damit sowohl die sachliche Ergiebigkeit der Produktion gestört werden durch Durchkreuzung der Pläne des Gesamtstandes, als auch die Gemeinschaft selbst, das Zusammengehörigkeitsgefühl in dieser, der Gefahr der Zersetzung ausgesetzt sein. Die Möglichkeit der Zwangsausübung über einen bestimmten Menschenkreis im Staate verleiht somit den Ständen der Wirtschaft den Charakter der öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Der Staat selbst hat ihm dadurch eine Generaldispenz gegeben, in deren konkrete Anwendung er selbst sich nicht einmischt. Als Gewalt und Freiheitsbeschränkung kann diese Vergemeinschaftung nur von denen empfunden werden, welche nicht aus dem Ganzen und seinen Erfordernissen zu denken vermögen. „Der Organisationszwangtionszwang ist durchaus kein Terror, wie es eigentlich jede liberale Auffassung meint. Im Gegenteil geht das innere Lebensgesetz der Organisation selbst auf Ausschöpfung, also auf Organisationszwang: dieser ist als Sachzwang aus den Erfordernissen der Verrichtung heraus gerechtfertigt."[40]) Organisationszwang statt Koalitionsfreiheit

ist eine logische Notwendigkeit beim Uebergang von einem individualistischen zu einem wahrhaft sozialistischen Wirtschaftssystem.

Statt eines chaotischen Nebeneinanders von Verbänden und Interessentenorganisationen in der entarteten kapitalistischen Wirtschaft bildet das ständisch-gebundene Wirtschaftssystem eine große, nach einheitlichen Gesichtspunkten errichtete Pyramide. Das Ganze ist eine Hierarchie mit der Spitze im Staat und in der Volksgemeinschaft. So bildet sich die Gesamtwirtschaft nach denselben Gesetzen, die wir beim Aufbau des Staates verfolgen konnten. Gemeinschaft, die wahre Wertgemeinschaft ist, kann nur an einem Wert ausgerichtet werden. Sozialistische Wirtschaft ist Wirtschaft für einen einheitlichen Wert. Von diesem Ziele aus gliedert sich die Gesamtwirtschaft nach ihren großen Verrichtungsgemeinschaften, den Ständen auf. Jeder Wirtschaftsstand wieder bildet nach den Sacherfordernissen die Untergruppen und so fort bis zum letzten Verrichtungsträger, der einzelnen schaffenden Person. Auf jeder Stufe dieser Ausgliederung ist ein besonderes Gemeinschaftsverhältnis durch die immer konkreter werdenden Gemeinschaften gegeben. Doch keine Gemeinschaft kann austreten aus dem sie überhöhenden Verbande, wodurch die wahre Freiheit in der Gemeinschaft erreicht ist. Daraus ist ersichtlich, daß ständische Selbstverwaltung ohne Ueber- und Unterordnung unmöglich ist. Trotzdem kann man nicht von einer „hierarchischen Zwangsjacke" sprechen, wie es C. Düssel tut. Die dort vorgenommene Gegenüberstellung von Hierarchie und Genossenschaft ist nämlich kein Gegensatz, sondern beide gehören zusammen. Die Genossenschaft ist die handelnde Gemeinschaft; jeder Stand — gleich auf welcher Verbandsstufe — ist eine mehr oder weniger große Genossenschaft. Die Genossenschaft setzt jedoch eine Gemeinschaft voraus und jede Gemeinschaftsordnung ist eine „qualitative Ordnung", wie gezeigt wurde. Hierarchie und Genossenschaften können nur dann in Gegensatz geraten, wenn man unter letzterer eine auf dem Einzelwillen beruhende wirtschaftliche Interessensolidarität versteht. Tut man dies, so soll man wenigstens nicht den Anspruch erheben, eine ständische Wirtschaftsordnung zu erstreben.

Wie im staatlichen Bereich nur eine Person in ihrem einen Bewußtsein die völkische Idee zu verkörpern vermag, um nach ihrem einheitlichen Willen alle untergeordneten Instanzen darauf auszurichten, so auch in der Wirtschaft. Hierarchische Selbstverwaltung und Führerprinzip gehören zusammen. Der Führer stellt in seinem Willen die Nahtstelle dar zwischen seiner ihm anvertrauten Standesgemeinschaft und dem ihm vorgeordneten Verband. Der oberste Wirtschaftsführer hat für die Eingliederung der Gesamtwirtschaft in das völkische Gesamtleben Sorge zu tragen, die einzelnen Standesführer wieder sind verantwortlich für das harmonische Zusam-

menwirken der Stände untereinander. Es wird ersichtlich, daß die Tätigkeit der oberen Wirtschaftsführer weit über die reine Wirtschaftstätigkeit hinausgeht. Sie müssen das völkisch - sozialistische Ziel in sich tragen, dem sie zu dienen haben. Ihre Bewertung wird vorgenommen nach ihrem Vermögen, diese sozialistische Aufgabe zu erfüllen. Ihre Leistung besteht nicht darin, möglichst viel materielle Versorgungsgüter zusammenzuraffen und daraus ihre Geltung abzuleiten, wie es das letzte Wesen des individualistischen Leistungswesens erheischt. Ihre Leistung ist wahrhaft sozialistisches Schaffen, und eine Persönlichkeit im völkischen Sinne ist der, welcher unabhängig von seiner Verrichtungsart diese in echt sozialistischer Unterordnung unter das Ganze erfüllt. Je höher das Amt, desto größer ist die Verantwortung, die nicht nur gegenüber der Gefolgschaft besteht, sondern gegenüber dem Ganzen, welches durch den jeweiligen vorgesetzten Führer verkörpert wird. Der Verpflichtung in der Idee nach oben entspricht jedoch auch eine Verpflichtung nach unten, nämlich die, die Idee den Gefolgsmännern vorzuleben. Darin gerade zeigt sich der wahre Führer, Ideenträger zu sein, durch sein eigenes Beispiel auch diejenigen mitzureißen zum Dienst am Ganzen, welche nicht den weiten, tiefen Ueberblick haben, die nicht das Große auch immer verstandesmäßig erfassen. Jeder soll darum in seinem Führer die Idee gelebt und wirklich gemacht sehen, in dem Leben seines Führers sein eigenes Wesen erfühlen. Ständische Wirtschaftsführer sollen nicht nur Männer der Wirtschaft sein, sondern zugleich Staatsführer und Lebensführer. „Ständische Führer sind in ganz anderer Weise Lebensführer als bürokratische Beamte oder der gewählte Abgeordnete.“[41] Wer nicht imstande ist, die völkische Idee zu erleben, wer nicht fähig ist, sich zu ihr zu bekennen, wird nie wahrer Wirtschaftsführer und Lebensführer sein können. Es ist deshalb unmöglich, auch in der so materiellen Sphäre der Wirtschaft solche Menschen in führender Stellung zu belassen. Wenn z. B. ein fremdrassiger Betriebsleiter in sozialistischem Sinne seinen Betrieb leiten soll, so handelt er von seinem eigenen Gesichtspunkt aus sinnwidrig. Man wird deshalb nie von diesem Wirtschaftsführer verlangen können, zugleich Lebensführer zu sein. Die von oben kommenden Anordnungen werden wohl befolgt werden, damit eine Aberkennung des Betriebes gerade noch vermieden wird. Zu einer Ziel- und Arbeitsgemeinschaft kann es in einem solchen Betriebe einfach nicht kommen. Fremdrassige Wirtschaftsführer sind deshalb für die ständisch-gebundene Wirtschaft ebenso untragbar, wie Privateigentum oder freie Konkurrenz.

Das Grundsätzliche der Selbstverwaltung wurde dargelegt. Es ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, wie weit man mit der Ueberlassung staatlicher Aufgaben an die Wirtschaftsstände gehen will. Folgerichtig wäre vor allem, wenn die einzelnen Stände für ihre Mitglieder auch dann zu sorgen hätten, wenn sie aus irgendeinem

Grunde ihre bisher der Gemeinschaft geleisteten Dienste nicht mehr erfüllen können. Dadurch, daß z. B. das Versicherungswesen so eine den Verschiedenheiten der Wirklichkeit besser gerecht werdende Auflockerung erführe, dürfte die zentralistische, bürokratische Regelung eines individualistischen Versicherungswesens mit ihren Mängeln verhindert werden. Selbstverständlich ist es auch mit der Ausbildung einer neuen Ehrenordnung nicht allein getan. Notwendig verbunden damit ist die Schaffung einer ständischen Gerichtsbarkeit. Der Vorschlag, auch den gesamten Steuerbedarf der Volksgemeinschaft umzulegen auf die Stände, kann in diesem Rahmen weder im bejahenden noch im verneinenden Sinne beantwortet werden.

Unser Grundgedanke lautet: Stand ist Gemeinschaft. Gemeinschaft kann sich aber nicht im rein Wirtschaftlichen erfüllen. So besteht neben dem eigentlichen Wirtschaftsleben mit seiner Selbstverwaltung in den Ständen ein hochentfaltetes ständisches Innenleben. Verschieden wird sich je nach den Verrichtungen und auch Ländern die geistige Gemeinschaft herausbilden. Es ist das die Aufgabe der Stände, dieses Eigenleben im völkischen Sinne zu entfalten. Es besteht die Möglichkeit, daß die Stände neben ihrer Sachsouveränität gewisse Aufgaben kultureller Art übertragen bekommen und durch diese Ueberhöhung immer mehr von der Wirtschaftszielgemeinschaft zur wahren Lebensgemeinschaft fortschreiten können.

Ständische Selbstverwaltung ist für den zugleich höchste sittliche Freiheit, der das Gesetz des völkischen Lebens in sich trägt und bereit ist, es zu vollziehen, und welcher auch in seinem Führer sein Ziel lebendig sieht. Er wird seine Anordnungen nicht als äußeren Zwang, sondern als innere Notwendigkeit empfinden, wenn er deren Sinn von seinem beschränkten Arbeitsplatz aus nicht zu übersehen vermag. Mit dem Begriff der sozialistisch-ständischen Selbstverwaltung sollten sich alle die beschäftigen, welche die ständisch-gebundene Wirtschaft zwischen individualistischem Kapitalismus und kollektivistischer Planwirtschaft einordnen möchten.

e) Die Selbstversorgung im ständisch-gebundenen Wirtschaftssystem.

Ein weiterer Begriff der ständisch-gebundenen Wirtschaft ist der der Selbstversorgung. Er ergibt sich aus dem unbedingten Vorrang des völkisch-politischen Zieles, dem die Wirtschaft in allem unterzuordnen ist. Da nun ein Volk in seinen Entschlüssen und Entscheidungen immer unfrei sein muß, solange es von anderen Mächten durch wirtschaftlichen Druck beeinträchtigt werden kann, hat die Wirtschaft dafür Sorge zu tragen, daß auch auf ihrem Gebiet die zum völkisch-politischen Leben notwendige Selbstgenügsamkeit erreicht wird. Das ist ein unbedingtes Erfordernis der völkisch-sozia-

listischen Wirtschaft. Es braucht nur an das Wort von Friedrich List erinnert zu werden: „Solange andere Nationen die Gesamtinteressen der Menschheit ihren nationalen Interessen unterordnen (und das tun außer uns alle Nationen, mit denen wir uns auf dem Weltmarkt begegnen), so ist es töricht, von freier Konkurrenz unter den Individuen der verschiedenen Nationen zu sprechen. Die Argumente der Schule zugunsten der freien Konkurrenz sind dann nur noch anwendbar auf den Verkehr zwischen den Angehörigen ein und derselben Nation. Jede große Nation muß alsdann dahin streben, ein Ganzes in sich selbst zu bilden, das mit anderen Ganzen gleicher Art nur insofern in Verkehr tritt, als es seinen besonderen gesellschaftlichen Interessen zuträglich ist."[42]) Darum zeigt sich auch in dem Streben nach Selbstversorgung das sozialistische Element der unbedingten Unterordnung unter die gemeinschaftlichen Ziele. Es gilt in dem Gliederbau der Wirtschaft das richtige Entsprechungsverhältnis zu wahren, und es lebt kein Stand auf Kosten der anderen Stände, wenn ihm infolge seiner besonderen Wichtigkeit und Lage eine Ausnahmestellung und damit verbunden eine besondere Unterstützung zuteil wird. Vom individualistischen, nur im wirtschaftlichen Denken befangenen Wirtschafter ist dieser Standpunkt freilich nicht zu verstehen. Für ihn ist es eben am rentabelsten, wenn dort gekauft wird, wo die Ware am billigsten ist, weil auch so die eigene Wirtschaft größten Vorteil erlangt. Der Preis allein ist es, der den Markt beherrscht, und dadurch wird der Weltmarkt immer dann über den Binnenmarkt gestellt, wenn er einen günstigeren Preis bietet. Im völkischen Staat ist wichtiger als der P r e i s die L e i s t u n g für das Volksganze. Die Leistung der wirtschaftlichen Selbstversorgung ist aber Grundvoraussetzung für die Selbstbehauptung des völkischen Staates. Aus diesem Grunde werden für die durch die natürlichen Verhältnisse benachteiligten Produktionszweige eben solche Preise festgesetzt, daß sie nicht durch die Konkurrenz ausländischer Produzenten aus dem Leistungsbau der Wirtschaft verdrängt werden können. Es bedarf allerdings eines großen Verständnisses für die wirtschaftliche Verflechtung eines Volkes, damit die hier angedeutete Richtung nicht in der Weise überspitzt wird, daß aus der völligen Abkapselung vom Weltmarkt nicht mehr nur der Notwendigkeit Rechnung getragen wird, sondern sogar ein Schaden entsteht. Auch die Volksgemeinschaft soll, ja muß sich die Vorteile internationaler Arbeitsteilung soweit wie möglich zunutze machen, weil die daraus erwachsenden Vorteile nur zum Besten des völkischen Staates dienen können. Das Maß der Verflechtung ist jedoch immer bestimmt durch die Unterordnung unter die gesamtvölkischen Belange. Insbesondere wird es unerläßlich sein, die „lebenswichtigsten Gewerbe" in einem Zustand zu erhalten, daß die Wirtschaft jederzeit imstande ist, den Bedarf in völliger Unabhängigkeit von fremder Hilfe an den notwendigsten Erzeugnissen

zu decken. Die Grundlage der gewerblichen Produktion, die Rohstoffe, in jeder Hinsicht soweit wie möglich sicherzustellen, ist ein Haupterfordernis.

Aus diesem Prinzip der völkischen Selbstversorgung ergibt sich vor allem ein grundlegender Wandel in der Stellung zur Landwirtschaft. Die Nahrung eines Volkes ist von derartiger Wichtigkeit, daß man es nicht auf die lockeren internationalen Beziehungen ankommen lassen kann, ob diese garantiert ist oder nicht. Im liberalen Staat konnte sich die Landwirtschaft nur so weit behaupten, als sie imstande war, ihre eigenen Interessen g e g e n die anderen Wirtschaftszweige durchzusetzen. Ihre Position mußte in dem Maße zurückgedrängt werden, als ihr zahlenmäßiger Anteil an der Zusammensetzung der Bevölkerung abnahm. Die völlige Vernichtung der deutschen Landwirtschaft wäre nur die Folge liberaler Wirtschaftspolitik gewesen, denn die starke überseeische Konkurrenz auf Grund ihrer natürlichen Ueberlegenheit hätte nur durch ein k ü n s t l i c h e s Hochhalten der Preise erreicht werden können. Im völkischen Staat dagegen wissen auch die anderen Wirtschaftsverbände, daß sie, die sie vom Volksganzen leben, nur m i t der Volkswirtschaft gedeihen können. Sie verschenken deshalb nichts an die Landwirtschaft, wenn diese in das richtige Gliedverhältnis zum Ganzen durch ihre Unterstützung gesetzt wird.

Die Nahrungsmittelselbstversorgung ist aber nicht der einzige Grund, welcher die Sonderstellung des Bauerntums rechtfertigt. Das Bauerntum ist für den völkischen Staat der einzige noch unversiegte Quell des wahren und wertvollsten völkischen Gutes, nämlich des rassischen Erbgutes, des völkischen Menschen. Die natürliche Verbundenheit des Bauern mit seiner Scholle, seinem Heimatboden, ist das Fundament, auf dessen festem Grund allein der völkische Staat bestehen kann. Würde dieser Blutquell der Landwirtschaft versiegen, so würde mit dem rassisch gesunden, völkischen Menschentum auch die völkische Idee und damit das Wesen des Volkes überhaupt der Auflösung anheimfallen. So kommen wir von dem liberalen Satz, daß die Landwirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit hochgezüchtet werde, zu dessen Umkehrung, daß nämlich die Allgemeinheit erst lebt aus der Landwirtschaft, aus dem Bauerntum, als dem Blut- und Lebensquell des Volkes. In diesem Sinne ist auch das Wort Adolf Hitlers zu verstehen: „Das Deutsche Reich wird ein Bauernreich sein oder es wird vergehen.“[48]) Im nächsten Abschnitt soll uns näher beschäftigen, daß die Landwirtschaft und ihre Stärkung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Lösung der sozialen Frage besitzt.

Die Darstellung des ständisch-gebundenen Wirtschaftssystems ist damit beendet. Es kam mir darauf an, zu zeigen, daß ständisch-gebundene Wirtschaft nicht Klitterung von individualistischen Systemen, von Kapitalismus und Marxismus ist, sondern ein aus der

idealistisch-sozialistischen Weltanschauung logisch folgendes Wirtschaftssystem, in jeder Phase durchzogen vom sozialistischen und ständischen Gedanken. Nicht ein Element individualistischer Systeme finden wir in ihm wieder, weder Privateigentum noch freie Konkurrenz, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Freihandel, noch deren Gegenteil marxistischer Artung, sondern das ständisch-gebundene Wirtschaftssystem ist etwas grundsätzlich davon Verschiedenes, etwas Neues, Andersartiges, weil es auf einer anderen Weltanschauung beruht. Die Betrachtung des Wirtschaftssystems brauchte nicht erschöpfend zu sein, da es nur galt, sein Grund- und Gestaltungsprinzip herauszuarbeiten; sie hätte es aber auch nicht sein können, da eine völkische Wissenschaft nicht schon ist, sondern erst noch werden soll. Mit den Werken O. Spanns und seiner Nachfolger, die bei der bei Adam Müller und List abgerissenen Linie völkischer Wirtschaftswissenschaft wieder anknüpfen, ist ein großer Anfang gemacht worden. Dies bleibt das unvergängliche Verdienst Othmar Spanns. Doch es ist erst ein Anfang, und die Kritiker individualistischer Grundanschauung sollten immerhin zur Kenntnis nehmen, daß es der Arbeit von Generationen der Gelehrten aller Länder bedurfte, bis die liberale Wissenschaft in ihrer Exaktheit erstehen konnte. Die Wissenschaft einer völkischen Wirtschaft lebt seit ihrer Wiedererweckung erst seit zwei Jahrzehnten. Die liberale Wissenschaft mußte zusehen, wie die Wirklichkeit in Politik und Geschichte unbeschadet ihrer Exaktheit über sie zur Tagesordnung überging. Es wird die Aufgabe der zukünftigen Wissenschaft sein, noch über Spann hinausgehend, das Wirtschaftsbild herauszuarbeiten, welches der idealistisch-sozialistischen Weltanschauung gemäßt ist. Es gibt keinen Zwiespalt zwischen Weltanschauung und Wirtschaft. Jeder Träger der idealistisch-sozialistischen Weltanschauung muß notwendig die ständisch-gebundene Wirtschaft wollen. Das eine kann nicht dauern ohne das andere. Die ständisch-gebundene Wirtschaft ist die einzig wahre sozialistische Wirtschaft, und es soll nun gezeigt werden, daß sie deshalb allein imstande sein kann, die sozialen Spannungen zu lösen -- soweit das überhaupt menschenmöglich ist.

2. Die Lösung der sozialen Frage in der ständisch-gebundenen Wirtschaft.

a) Eingliederung aller Volksteile in die Gemeinschaft.

W. Heinrich sagt in seinem Buche „Die soziale Frage", dem ich manche wertvolle Anregung entnommen habe: „Die Ueberwindung der sozialen Mißstände muß den Weg des Neuaufbaues der Wirtschaft über die Wiederherstellung der Gemein-

schaften, ja über die Schaffung eines neuen Gefüges der Volksgemeinschaft als Ganzer gehen. Dieser Weg der Wiedervergemeinschaftung aber bedeutet zuletzt: die Schaffung einer neuen ständischen Ordnung."[44]) In meinen bisherigen Ausführungen habe ich gezeigt, wie die ständisch-gebundene Wirtschaft das sozialistische Mittelsystem zum völkisch-sozialistischen Zielsystem darstellt, und wie diese Einheit von sozialistischem Ziel und sozialistischem Mittel erst die Lösung der sozialen Frage bedeuten kann. Die Unmöglichkeit der Lösung im kapitalistischen und marxistischen Wirtschaftssystem ergibt sich ja eben aus dem Auseinanderfallen des individualistischen Zieles und jedes „sozialen", gesellschaftlichen Mittelsystems. In der ständisch-gebundenen Wirtschaft wäre deshalb mit der Durchführung des Systems eine besondere Behandlung der sozialen Frage überflüssig. Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik vereinen sich in der ständisch-gebundenen Wirtschaft. Wenn die Wirtschaftspolitik für das der Volksgemeinschaft gemäße Wirtschaftssystem arbeitet, so ist dies gleichzeitig die beste Sozialpolitik, weil richtige Entsprechung innerhalb des Gefüges der Wirtschaft soziale Spannungen ausschließt. Die Notwendigkeit sozialpolitischer, staatlicher Maßnahmen ist ein schlechtes Zeichen für das Wirtschaftssystem als Ganzes, und das Bestreben muß dahin gehen, nicht weiter an den wunden Stellen herum zu kurieren, sondern durch Heilung an den Wurzeln des Uebels, d. h. durch eine richtige Wirtschaftspolitik das Gefüge der Gesamtwirtschaft wieder herzustellen und damit jede Sozialpolitik von Seiten des Staates zu erübrigen.

Ausdrücklich sei noch einmal betont, daß es sich nicht um die Lösung der sozialen Spannungen handelt, daß damit nicht die Nöte, Mühen und Beschwerden des Erdenlebens beseitigt werden. Ich wies schon darauf hin, daß kein Gesellschaftssystem fähig ist, den Kampf zwischen Menschheit und Natur aufzuheben. Die Arbeit hunderte Meter tief unter der Erde, in der Schwerindustrie, in der Landwirtschaft usw. sind nicht einmal wesentlich zu erleichtern, sie werden immer mühsam bleiben und doch getan werden müssen. Auch der Kommunismus würde dieser Notwendigkeit nicht entgehen können. Alle Systeme landen in der Utopie, die die Ausschaltung dieser Mühen glauben erreichen zu können.

Desgleichen werden sich immer Spannungen ergeben unter den Menschen selbst, Spannungen, die man als „soziale" bezeichnen könnte, welche kaum beizulegen sein werden. Es handelt sich da insbesondere um die aus den charakterlichen Verschiedenheiten der einzelnen Volksgenossen sich ergebenden Spannungen. Wir wiesen schon darauf hin, daß allzu große rassische Verschiedenheit nie eine Gemeinschaft im wahren Sinne erstehen läßt. Aber auch innerhalb einer rassischen Einheit wird nie eine derartige Uniformität zu erreichen sein, die sich eine in allem einheitliche Ziel- und Marsch-

richtung ergäbe. Diese Spannungen bleiben jedoch innerhalb des großen völkischen Gemeinschaftszieles und tragen bei zu weiterem Wirken und zu Auseinandersetzungen; sie dienen somit dem Ganzen, ohne es auseinanderreißen zu können. Diese grundsätzliche Gleichheit des Fühlens und Denkens ist eben das alle sozialen Spannungen ausgleichende und überhöhende Element, das als Grundgedanke das Staats- und Wirtschaftssystem durchzieht. Gewiß muß man sich davor hüten, zu glauben, in der organisatorischen Gleichrichtung das von uns erstrebte Ziel erreicht zu haben. Düssel warnt davor mit den Worten: „Man muß sich davor hüten, die Schärfe der Gegensätze, in denen sich Unterschiede der Herkunft, Bildung, Tätigkeit und Lebensart überschneiden, durch eine berufsständische Organisation überdecken zu wollen, die mit den Verwaltungsstellen wirtschaftlicher Interessenvertretung zusammenfällt."[45]) Die Organisation ist nur Mittel der Zusammenführung und Gestaltung des Gemeinschaftsgedankens, der nur in den Menschen Leben gewinnen kann. Aus dem inneren Verstehen der schaffenden Menschen heraus sollen sich die sozialen Spannungen lösen, und darin unterscheidet sich — wie schon gezeigt wurde — die ständische Wirtschaft vom stato corporative des Faschismus, der die Spannungen anerkennt und bestehen läßt, sie jedoch durch die Klammer der Staatsorgane überbrückt, ohne sie damit lösen zu können.

Das ständisch-gebundene Wirtschaftssystem ist in Bezug auf seine Aufgabe, die Lösung der sozialen Spannungen durch den Gemeinschaftsgedanken zu erreichen, noch einmal kurz zu besprechen. Der Grundbegriff, von dem ich ausging, war der des Standes. Es erwies sich der grundsätzliche Unterschied zu allen individualistischen Kollektiven, die in Wirklichkeit den einzelnen Menschen nur äußerlich erfassen und ihn in seiner „Vereinzelung" belassen. Der Stand dagegen ist wahre Gemeinschaft, ist gelebter, echter Sozialismus. Er ist zwar eine Teilgemeinschaft besonderer Art und Verrichtung, jedoch in letzter Linie bedingt durch die Gemeinschaft des Blutes, des Wesens und des Lebens. Der Umstand, daß im Stande sich nicht gleiche Interessen, sondern Lebensziele finden, macht die wahre Verbundenheit der Menschen in ihm aus. Jeder, so sagte ich eben, sieht im anderen, der mit ihm am gleichen Ziele arbeitet, den Gesinnungs- und Zielgleichen für das Leben. Der Stand ist Leistung- und Lebensgemeinschaft zugleich. Weil aber jeder im anderen ein Teil des Großen und Ganzen sieht, dem er selbst auch angehört, weil er im anderen Menschen ein Teil seiner selbst wiederfindet, fühlt er sich auch für ihn verantwortlich, denn was seinem Volksgenossen geschieht, geschieht ihm selbst. Diese Lebensgemeinschaft der Arbeitszielgemeinschaft im Stande macht den Einzelnen verantwortlich für das Ganze. Jeder fühlt im Ganzen seine Heimat. Wie er dem Ganzen, so ist das Ganze dem Einzelnen verhaftet.

August Pieper sagt: „Die Standesgenossen sind einander die nächsten, die Nachbarn."[46]) Dieses Gefühl des Geborgenseins in der Gemeinschaft gibt jedem Menschen, insbesondere auch dem einfachen Handarbeiter, das Bewußtsein des Glied-seins an einem Großen und Hohen durch die Gemeinschaft. Dieses Geborgensein reißt ihn heraus aus der großen, inhaltlosen Klassenfront. Das „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" konnte nur solange seine Wirkung nicht verfehlen, als es gerichtet war an die Heimatlosen aller Länder. In der wiederbelebten Gemeinschaft seines Volkes und Blutes sieht der Arbeiter in dem Standesgenossen keinen Ausbeuter mehr, sondern nur den Mitarbeiter an demselben Werk. Ihre Einheit und Gemeinsamkeit geht aber noch hinaus über das rein Wirtschaftliche und gibt dieser Einheit erst den wahren Geist der Gemeinschaft. Daraus empfängt auch der ausführende Verrichtungsträger wieder ein Bewußtsein des Stolzes, ein Bewußtsein seiner Selbst als Persönlichkeit. Aus dem Klassenbewußtsein wird ein Standesbewußtsein, durch welches er sich aber nicht von seinem Führer getrennt sieht, sondern durch das er auf dieselbe menschliche Ebene erhoben wird. Diese große geistige Einheit ist die Aufgabe. „Die große gemeinschaftspolitische Idee der Erhebung in den Stand, die nichts mehr und nichts weniger bedeutet, als daß Unternehmer und Angestellte und Arbeiter als Soldaten der Arbeit gemeinsam marschieren, von einem Geiste beseelt sind und sich des Dienstes an der Volksgemeinschaft bewußt werden, bedarf der Verwirklichung."[47]) Erst in diesem Gefühl jedes Verrichtungsträgers, gleich welcher Stellung, offenbart sich das richtige Gefühl der Freiheit und Gleichheit. Gleichheit in dem Sinne, daß jeder Einzelne das Recht der Leistung für das Ganze hat, und gemäß seiner Leistung in das Ganze eingeordnet ist. Diese Gleichheit ist erst organische, natürliche Gleichheit, indem sie sich gegen die mechanistische Gleichmacherei des Marxismus verwahrt, welche naturwidrig ist und in Wirklichkeit die größte Ungleichheit herbeiführt; denn „die Menschen gleich machen, ist ein Verbrechen an denjenigen, die mehr als der Durchschnitt können und leisten".[48]) Diese Beurteilung des Menschen nach seiner Leistung gibt jedem das Gefühl seiner Kraft und des Stolzes auf sie wieder. Sie macht auch den Menschen innerlich frei von dem niederdrückenden Bewußtsein der Deklassierung, einer Deklassierung durch Geburt als Arbeiter. Diese innere Freiheit, dieses Bewußtsein des gleichberechtigten Menschen, der Persönlichkeit, erst dieses Gefühl gibt dem Einzelnen auch die Kraft, mitzutragen an den Geschicken seiner Gemeinschaft, mitverantwortlich sich zu fühlen für jeden seiner Standesgenossen. August Pieper faßt dies in die treffenden Worte: „Einen Stand als handelnde Lebensgemeinschaft und Glied in der Volksgemeinschaft gibt es nur unter äußerlich und innerlich freien, Verantwortung tragenden Menschen, die als Persönlichkeiten einen inneren Halt, eine innere

Form in ihrer Lebensgemeinschaft haben, indem sie wissen, was sie aus eigner Kraft wollen und wollen, was sie aus innerer Verantwortlichkeit und Pflichtgefühl sollen."[49]) Diese innere Freiheit besteht in dem freudigen Ja-sagen zum inneren Müssen, zum inneren Gesetz, und weder Freiheit noch Gleichheit können beeinflußt noch beeinträchtigt werden durch die artverschiedenen Verrichtungen des einzelnen Standesgliedes. Jedes Standesglied ist Vertreter und Träger des Ganzen, es trägt das Bild des Standes, und daß dies immer geschieht, darüber wacht wieder die Gesamtheit der Standesgenossen. Stand als Organisation ist die Verkörperung wahrer Gemeinschaft; deshalb kann keine soziale Frage existieren, wo wahres Standesleben vorhanden ist. Nur ständisch-gebundene Wirtschaft ist deshalb wirklich sozialistische Wirtschaft.

b) Der verpflichtende Charakter des Eigentums und seine Wirkung auf das Verhältnis vom Besitzenden zum Nichtbesitzenden.

Alle rein materiell begründeten Schichtungen innerhalb des Volkskörpers verlieren mit der Verwirklichung des Leistungsprinzips in der Standesgemeinschaft ihre klassenbildende Kraft und Bedeutung. Zu diesen Schichtungen gehörte in der individualistischen Ordnung insbesondere die zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, begründet durch die individualistische Eigentumsordnung. Mit dem Schwinden dieser Eigentumsordnung in der ständisch-gebundenen Wirtschaft verliert auch die Kluft zwischen Eigentümer und Nichteigentümer ihre Bedeutung. Eigentum ist jetzt nicht mehr das Mittel zu individualistischer Bedürfnisbefriedigung, sondern ein vom Ganzen den einzelnen Gemeinschaften, den Ständen anvertrautes Gut, zur Mithilfe am Aufbau der Volksgemeinschaft. Damit, daß dem einzelnen Betriebsführer das Recht genommen ist, mit diesem Gut nach Belieben zu verfahren, also mit dem Verlust des Rechts an dieser Sache ist verbunden der Verlust der Verfügungsgewalt über die zur Arbeit verpflichteten Untergebenen. So trtt an die Stelle der Eigentumsordnung eine Betriebsordnung, d. h. eine Ordnung, durch die die Funktionen der einzelnen Mitarbeiter gemäß ihren Fähigkeiten und Leistungen bestimmt werden. W. Heinrich sagt: „Es wäre utopisch zu meinen, daß einmal ohne wirtschaftliche und betriebliche Hierarchie und ohne Arbeitsdisziplin auszukommen wäre."[50]) Doch einer solchen Ordnung untersteht nicht nur der ausführende Verrichtungsträger, sondern ihr untersteht ebenso der Betriebsführer, der jetzt nicht mehr der alleinige Eigentümer, sondern oberster Diener der im Betrieb zusammenwirkenden Arbeitsgemeinschaft ist. Aus seiner ersten Stellung in

der Gemeinschaft ergibt sich für den Betriebsführer nicht ein größeres Recht, sondern zuerst eine größere Pflicht, nämlich vor allem die, allen seinen Mitarbeitern das Dienen am Ganzen vorzuleben. Die gesamte Standesgenossenschaft, gleich welcher Art und Verrichtung, wacht auch hier darüber, daß die ganze Arbeitsgemeinschaft ihre Pflicht „als Verwalter nationalen Gutes" erfüllt und sich der Einzelne nicht auf Kosten der Gemeinschaft zu bereichern versucht. Wer gegen seine Gemeinschaftsverpflichtung verstößt, stellt sich außerhalb der Gemeinschaft. Der größte Verstoß besteht darin, die ihm anvertraute Dienststellung nicht im Geist des Ganzen, der Gemeinschaft, zu verwalten. Jeder, und sei es der Betriebsführer und Eigentümer im formalen Sinne noch, verwirkt dadurch das Recht zur Führung, worüber die ganze Gemeinschaft zu entscheiden hat. Durch diese Gleichstellung von leitender und ausführender Arbeit als gleich dienende Verrichtung, wird dem Arbeiter die gleiche Rechtsstufe zuteil, die der Betriebsführer inne hat und so ihm das Gefühl der Abhängigkeit und des Ausgeliefertseins genommen, wodurch ihm seine Ehre als freier Mensch wiedergegeben ist. „Es ist die Rechtlosigkeit, der Mangel an wahrhafter Selbständigkeit und einer gesicherten Unabhängigkeit, die den Arbeiter von der Ehre des freien Bürgers ausschließt."[51]) Für alle Verrichtungsträger wird damit das Eigentum Mittel zur Leistungserstellung, es ist dann nicht mehr die Kette eines Einzelnen, an welche die Mehrzahl der anderen gelegt wird, um für ihn zu schaffen, zu schaffen unter der Devise: höchstmögliche Verzinsung meines Kapitals, gleich unter welchen Bedingungen. Der ausführende Arbeiter leistet nicht mehr nur für den Einen, nicht weil er nun einmal arbeiten muß, sondern in dem Bewußtsein, daß auch er, wie alle anderen Schaffenden, eine bestimmte Funktion im Ganzen bekleidet, für das Ganze und damit für sich selbst. Seine Arbeit verliert damit den Charakter der reinen Erwerbsarbeit, der Arbeit bloß um des materiellen Lebens willen. Von ihr gilt, was Pieper sagt: „Wir sind überzeugt, daß man in der Erwerbsarbeit, die um äußerer Zwecke, um des Nutzens willen, als Geschäft aufgefaßt ist, keine seelisch-beglückende Freude hineinreden kann."[52]) Ist es ferner richtig, was Brauweiler sagt: „Die Wiederannäherung an die Produktionsmittel ist das Entscheidende"[53]), so ist die Möglichkeit dazu in der ständisch-gebundenen Wirtschaft gegeben. Denn der freie Arbeiter als freies Mitglied seines Standes ist jetzt nicht neben dem toten Eigentum, den Produktionsmitteln, ein Produktionskostenfaktor, er ist jetzt nicht mehr gleichgeordnet neben sie gestellt, nicht mehr gefesselt an diesen „seelenlosen Mechanismus", der ihn unter diesem Zwange selbst seelenlos macht, sondern er ist genau wie der Betriebsführer Herr der Produktionsmittel, deren er sich genau wie jener bedient zum Wohle des Ganzen, nur an anderer Stelle wirkend. Gewiß ist damit nicht das Problem Mensch und Maschine erschöp-

fend behandelt. Aber der an dem schwersten Posten im Leistungszusammenhange stehende Mensch hat eben wegen seiner besonderen Leistung einen besonderen Anspruch an die Gemeinschaft, und die Gemeinschaft wird sich verpflichtet fühlen, jenem das notwendige Entgelt, nicht nur in materieller Hinsicht nicht zu versagen. Jeder nimmt im Betrieb seine Arbeit auf sich, nicht im Gefühl des Ausgebeutet-werdens und für die Freuden der wenigen Besitzenden, sondern in dem Bewußtsein, wie jeder andere für die Gemeinschaft mitarbeiten zu müssen. Daß daneben von der ständisch-gebundenen Wirtschaft alles getan wird, um die rein mechanischen Verrichtungsstellen auszuschalten, soweit dies überhaupt und jemals möglich ist, soll später noch erwähnt werden. Der Unternehmer im kapitalistischen Sinne gehört damit der Vergangenheit an. Es gibt nur noch einen Betriebsführer mit allen Freiheiten und Möglichkeiten eines wahren Führers, aber auch mit der dementsprechenden Verantwortung. Für ihn gibt es keine private Eigentumssphäre mehr, sondern nur eine öffentliche Leistungssphäre. Da er der oberste Verrichtungsträger in einer bestimmten Zielgemeinschaft ist, sind auch an ihn die dementsprechenden, nämlich die höchsten und härtesten Forderungen in jeder Beziehung zu stellen. Im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, welches einen Schritt in der Richtung zur neuen Betriebsordnung darstellt, ist bestimmt, daß einem Betriebsführer das Recht aberkannt werden kann, wenn er sich schwerer Verstöße gegen die Gemeinschaft schuldig macht. In der ständisch-gebundenen Wirtschaft wird auch der Betriebsführer fehl am Platze sein und weichen müssen, welcher nicht fähig ist, das ihm anvertraute nationale Gut in der der Gemeinschaft zuträglichsten Weise zu verwalten. Der Betriebsführer wird seines Amtes enthoben, wie jeder andere auch, welcher sich seines Postens unfähig erweist. Darüber zu entscheiden, wird die dem Betrieb als Teilgemeinschaft übergeordnete Gemeinschaft befugt sein. Die Entwicklung zu einem solchen Zustand wird nicht mechanisch-organisatorisch vorgenommen, zwangsweise herbeigeführt werden können, sondern sich im Verlaufe der sich immer mehr ergebenden Gemeinschaftsbildung einstellen müssen. Dann steht der Betriebsführer unter dem gleichen Gesetz wie jeder Verrichtungsträger, dann gibt es keine Eigentumsordnung mehr, sondern eine Leistungsordnung als Ausdruck wahren Sozialismus.

c) Die Wirkungen der Wettbewerbsbeschränkungen auf die soziale Befriedung.

Die in der privaten Eigentumsordnung der individualistischen kapitalistischen Wirtschaft zutage tretende Kluft zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden wurde noch verschärft für die letzteren

durch den rastlosen Kampf der Besitzenden um den höchsten Anteil am Gesamterzeugnis des Wirtschaftszweiges. Jedes Mittel mußte dem Unternehmer recht sein, um zum Ziel zu kommen und damit eine ungeheure Dynamik das Wirtschaftsleben beherrschen. Leidtragender war vor allem der abhängige Arbeiter, der bei dem Auf und Ab der Krise nie über die Reserven verfügte, um auch bei Arbeitslosigkeit sein Leben zu fristen. Diese Konkurrenz auf Biegen oder Brechen, um Sein oder Nichtsein wird dadurch ausgeschaltet, daß in der ständisch-gebundenen Wirtschaft nur ein vom Stand gesetzter Rahmen verbleibt, innerhalb dessen sich der Wettbewerb abspielen kann. Dieser Rahmen wird vom ganzen Stand gesetzt, von der Zielgemeinschaft, und es ist in diesem Rahmen kein Raum für den Einzelnen, für die Anwendung individualistisch-materialistischer Wettbewerbsmethoden. In der Beschränkung durch die Gesamtheit des Standes ordnet sich jeder Betriebsführer den sozialistischen Zielen unter. Dagegen wird zu oft der Einwand erhoben, daß damit dem Unternehmer zu arg die Flügel beschnitten seien, daß dadurch die Aussicht auf einen „angemessenen" Gewinn unterbunden und damit jede Unternehmerinitiative lahmgelegt sei. Wer jedoch so argumentiert, nimmt für die höchststehende, führende Schicht einer Gemeinschaft den krassesten Materialismus in Anspruch und hat kein Recht, allen anderen Gesellschaftsmitgliedern denselben zu verübeln. Wenn ich nicht annehmen kann, daß die am meisten Einsicht und Verständnis besitzende Schicht sich die Angelegenheiten des Ganzen zu eigen machen kann, obschon sie dadurch vor allen anderen bevorzugt ist, daß sie aus eigener schöpferischer Kraft selbständig wirken kann, so brauche ich nie die Hoffnung zu hegen, den sozialistischen Volksgedanken in der Volksgemeinschaft je verwirklicht zu sehen. — Außerdem ist zu bedenken, daß die ständisch-gebundene Wirtschaft dem einzelnen Betriebsführer mit der grenzenlosen Gewinnaussicht zugleich das oft alles vernichtende Risiko abnimmt. Dem Betriebsführer wird durch den Stand die Möglichkeit gegeben, daß sich die Produktion in stetigerem Verlauf fortentwickelt, sodaß die in der individualistischen Wirtschaftsordnung entstehenden plötzlichen Rückschläge vermieden werden können. Vor allem wird dies durch die Verbundenheit und Abgestimmtheit der verschiedenen Stände, die in ihrer Gesamtheit über die nötige Marktübersicht verfügen, gewährleistet sein. Das Maß der Investition wird durch den Stand bestimmt werden, und auch dadurch werden Fehlspekulationen mit Verlusten und Rückschlägen vermieden. Die gerade durch diese Kapitalvernichtung durch Fehlinvestition hervorgerufene Beunruhigung der Volkswirtschaft, mit der Arbeitslosigkeit und Unsicherheit im Gefolge, war ein Hauptübel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Durch die möglichste Vermeidung dieses ewigen Auf und Ab in der ständisch-gebundenen Wirtschaft wird vor allem den dadurch

in ihrer Lebensexistenz betroffenen Verrichtungsträgern das Gefühl genommen, heute oder morgen auf die Straße gesetzt zu werden und dem Elend preisgegeben zu sein. Diese proletarische Unstetigkeit wird ersetzt durch eine Verstetigung des Wirtschaftsablaufes durch die Regulierung der Stände und der durch die möglichste Selbstversorgung erreichten Unabhängigkeit von den Schwankungen des Weltmarktes.

In der ständisch-gebundenen Wirtschaft ist weiterhin auch der Betriebsführer mit dem Blick auf den Produktionserfolg mit seinen Gefolgsleuten enger verbunden wie in jeder anderen Wirtschaftsordnung. Es gilt für ihn, den Rahmen, welcher ihm von seinem Stande gesteckt ist, nach Möglichkeit auszuschöpfen, womit er der Ganzheit und zugleich sich selbst dient. Grundsätzliche Vorteile und Chancen kann er sich seinen Mitbewerbern gegenüber nicht erjagen, und so bleibt ihm nur der eine Weg, mittels einer Qualitätsverbesserung herauszuholen, was ihm auf dem Wege der Quantifizierung, durch Absatz billigerer, aber minderwertigerer Ware oder Modewechsel nicht möglich ist. Qualitätsarbeit aber erfordert einen guten, geschulten Arbeiterstand, und der Betriebsführer wird von sich aus immer das beste Verhältnis mit seinen Leuten suchen müssen, weil von deren Stellung und Gesinnung zu ihm selbst der Produktionserfolg entscheidend beeinflußt ist. So wird der Betriebsführer sein ganzes Sinnen darauf einstellen, sein Betriebsverhältnis zu einem Vertrauensverhältnis zu gestalten, was andererseits auch dadurch wieder erleichtert wird, daß ein gebildeter und geschulter Arbeiter infolge größeren Verständnisses für die Gemeinschaft des Standes und des Volkes dem Betriebsführer auf diesem Wege entgegenkommt.

Wie die Stände einerseits auf dem Wege der Produktionsbestimmungen das Werk zum Qualitätserzeugnis zwingen, so geht andererseits von ihr als L e b e n s gemeinschaft durch die Vertiefung der Gesinnung und des Geschmackes eine Erziehung zur Qualitätsware hin. Das Publikum, der Konsument sieht sein Leben nicht erschöpft in äußerem Gepräge und flachem Geltenwollen, wozu der dauernde Modewechsel ein fast unentbehrlicher Helfer geworden ist. Die Massen- und Schundware ist dem gesinnungstiefen Menschen nicht mehr genug, und selbst eine auf das raffinierteste ausgestattete Reklame vermag in der ständisch-gebundenen Wirtschaft die unselbständige Käuferschicht nicht mehr darüber hinwegzutäuschen, daß sie ihr Geld für minderwertige Ware hingibt, weil allein schon solche Reklame unmöglich gemacht wird. — Diese Verstetigung der Wirtschaftsziele und Verbesserung der Erzeugnisse hinwieder vermag dem Arbeiter in vielen Fällen die rechte Freude an seinem Werke wiederzugeben, und damit beizutragen zur Zufriedenstellung

der auch in ausführenden Stellungen Tätigen. Es ist selbstverständlich, daß dies nur für einen Teil der großen Arbeiterschaft zutrifft, aber es fügt sich ein in die große Linie, von der aus der Kampf gegen die soziale Frage aufgenommen wird. Darüber hinaus liegt es auch im Wesen der ständisch-gebundenen Wirtschaft und der Wettbewerbsbeschränkung, diese Zahl der Unselbständig-Tätigen so viel wie möglich zu verringern. In der freien Wirtschaft war den Großbetrieben durch Vereinheitlichung der Reklame, bessere Absatz- und Bezugsbedingungen, bessere Kreditverhältnisse, Erzeugung von Massenwaren ein unverkennbarer Vorteil gegenüber den kleinen Betrieben gesichert. Alle diese Vorteile verschwinden in der ständisch-gebundenen Wirtschaft, weil sie durch die Tätigkeit des Standes allen Wirtschaftern zugänglich gemacht werden. Im Gegenteil ist eine freiere Beweglichkeit des Kleinbetriebes unter Beibehaltung der eben aufgezählten Vorteile ein gerade vom Betriebsführerstandpunkt ausreichender Grund, in diese Entwicklung zum Kleinbetrieb zu drängen. Die auch dadurch erreichte Dekonzentrierung der Betriebe und somit „Entmassung" der Arbeiterschaft trägt mit dazu bei, die wirtschaftlich frei sich Betätigenden zu vermehren und die ungelernten, ausführenden Arbeiter, die Rekrutierungsarmee des Proletariats zu vermindern. Des weiteren gibt die ständische Regulierung den Gesamtgemeinschaften die Möglichkeit, von sich aus gestaltend einzuwirken auf das schon angeschnittene Thema Mensch und Maschine, da sie besonders gesundheitsschädigende oder gefährliche Arbeitsinstrumente verbieten können. Die Stände, die Gesamtheit der Werktätigen, bestimmen damit gewissermaßen das Tempo des wirtschaftlichen Fortschrittes, anstatt selbst dem wirtschaftlichen Fortschritt zum Opfer zu fallen; sie üben eine „soziale Zensur über die Technik aus".[54])

d) Die sozialen Folgen der ständischen Selbstverwaltung.

Es ist entscheidend bei den Maßnahmen zur Ausschaltung des Menschenmöglichen an sozialen Spannungen, daß sie nicht diktiert werden von einer zentralen, übergeordneten Behörde aus, sondern daß sie innerhalb der einzelnen Wirtschaftsstände und Teilstände unter Mitwirkung aller Schaffenden getroffen werden. Der ausführende Arbeiter hat selbst darüber zu urteilen und zu entscheiden, was überhaupt erreicht werden kann für die Gemeinschaft, für seine Gemeinschaft, für ihn selbst. Wir sahen schon, daß es zum Wesen des Standes gehört, freie, selbstbewußte Menschen in sich zu vereinigen, und diese Menschen sollen über ihren eigenen Verrichtungskreis bestimmen. Bei dieser richtigen eigenständigen Selbstverwaltung können dem einzelnen Arbeiter vor allem nicht die

deprimierenden Gefühle kommen, als Produktionskostenfaktor neben den Produktionskostenfaktor Maschine geschaltet zu sein und diesen Zwang ertragen zu müssen um der nackten Existenz willen. Es wird hierdurch auch dem geringsten Verrichtungsträger ermöglicht, sich in dem bis ins Kleinste gehenden Selbstverwaltungskörper hochzuarbeiten. Es kann hier in gewissem Umfang jeder herangezogen werden, jedem irgend ein Verwaltungsbereich zu eigener Verantwortung übertragen werden, wo er nicht nur ausführend tätig ist, sondern seine eigenen Fähigkeiten erproben kann. W. Heinrich sagt: „Ein ganzheitlicher Staat und ein ständisch-gegliedertes Gemeinwesen leisten das in Bezug von Aufstiegsmöglichkeiten für alle Glieder des Volkstums überhaupt Erreichbare“[55]), weiter: „Und die soziale Frage lösen heißt zunächst Möglichkeiten des Aufstiegs schaffen“.[56]) Es zeugt von durchaus individualistischer Grundeinstellung, wenn demgegenüber Pfenning sagt: „Die Führung der Berufsstände liegt erfahrungsgemäß in den Händen der sozial mächtigsten Gruppen des Wirtschaftszweiges. Die Selbstverwaltung würde daher die Tendenz zur Sicherung dieser wirtschaftlichen Machtstellung haben. Voraussetzung für eine derartige Gesellschaftsordnung wäre die politische Entmachtung der breiten Massen, damit von der Sphäre der Politik aus keine Störungen dieses Zustandes eintreten können:“[57]) Gewiß halten noch die „sozial mächtigsten Schichten“ die Betriebsführung in Händen, aber ihr Führungsanspruch ist dann verwirkt, wenn sie die eben von Pfenning angedeuteten Tendenzen in der Führung zum Durchbruch bringen sollten. Die ausführenden Verrichtungsträger haben zwar auch kein Beschlußrecht über diese oder jene Art der Betriebsführung oder Wirtschaftsführung, und doch wird ihnen auf diese oder jene Weise die Möglichkeit gegeben sein, einen solchen Betriebsführer zu beseitigen, denn auch dieser untersteht dem Standesführer bis hinauf zum Führer des wirtschaftlichen Gesamtstandes. Sollte in dieser Führungshierarchie nicht auch bis in die untersten Stellen die sozialistische Grundhaltung vorhanden sein, so ist eben von ständischer Wirtschaft nicht mehr die Rede, weil die Voraussetzung fehlt. Denn „das in Blutsgebundenheit begründete Verantwortlichkeitsbewußtsein für den völkischen Begriff des Gliedschaftsorganismus, des Zusammengehörigkeitsgefühles zwischen Unternehmer und Arbeiter, oder des verhältnismäßigen Verrichtungszusammenhanges von der Erzeugung bis zum Verbrauch, ist die Voraussetzung für die mindeste geistige und körperliche Arbeitsgemeinschaft“.[58]) In einer solchen Betriebs- oder Standesgemeinschaft liegt es den beratenden Gefolgschaftsmitgliedern nicht ob, ähnlich dem früheren Betriebsrat, nun besondere Interessen zu vertreten, sondern als vollgültige Glieder derselben Arbeitsgemeinschaft raten und beraten sie mit ihrem Führer, um ihm dann, auf Grund ihres ihm entgegengebrachten Vertrauens die letzte Entscheidung zu belassen. Ist der Betriebs-

führer auf die Dauer ungeeignet, ein solches Vertrauensverhältnis zu schaffen, so wird auch seinen Gefolgsleuten auf dem Wege über die Selbstverwaltungshierarchie die Möglichkeit gegeben sein, ihn durch seine Vorgesetzten entfernen zu lassen. Es ist sicher, daß dies jedoch in der ständisch-gebundenen Wirtschaft eine Ausnahme bilden wird. Denn wer führt, führt auf Grund seiner Leistung und seines Lebens, seiner sozialistischen Gesinnung, und es darf nicht der Fall eintreten, daß die Geführten von ihrem Führer auf den Weg des Materialismus zurückgeführt werden. Nur das Gegenteil kann den Bestand der sozialistischen Wirtschaftsordnung garantieren. „Nur dann, wenn eine Schicht von Führern dem Volke ein heroisches Lebensideal vorlebt, wird der Kampf gegen den Materialismus erfolgreich durchgefochten werden."[59]) Eine solche Schicht von Führern macht dann die äußerliche Ueber- und Unterordnung im hierarchischen Aufbau durch die eigene freiwillige und strengste Unterordnung unter das Gesetz der Gemeinschaft zur geistigen und damit wirklichen Gleichheit im Ziel. Diese Gleichheit kommt insbesondere zum Ausdrck im außerbetrieblichen Gemeinschaftsleben des Standes, wo leitende und ausführende Verrichtungsträger nicht mehr Uebergeordnete und Untergeordnete sind, wie im sachlichen Betrieb; sondern hier sind Alle Glieder einer Gemeinschaft, und es kann bei d i e s e n Angelegenheiten des Standes der die führende Stellung einnehmen, welcher vielleicht im sachlichen Bereich eine ausführende Stellung inne hat. Dieses gegenseitige Verhältnis auch im außerbetrieblichen Leben, die Zusammenführung der sich sonst nur als Führer und Gefolgsmann Begegnenden auf gleicher Stufe des Gemeinschaftslebens, wodurch der Arbeiter das Gefühl der menschlichen Minderwertigkeit verliert, wird weder Neid noch Haß in ihm aufkommen lassen, wenn er von dem Gefühl durchdrungen ist, daß der, welchem er beim sachlichen Verrichtungsvollzug im Betriebe gehorcht, nicht nur Befehle geben, sondern diese Befehle im praktischen Leben selbst vollziehen kann. Und der Unternehmer bemerkt in seinem „internationalen, vaterlandslosen Gesellen" einen Menschen mit demselben Grundgefühl und denselben Anschauungen, und wird dadurch dazu geführt, das in ihm zu sehen, was ein richtiger Führer sehen soll, ein Teil seiner Gemeinschaft, ein Teil seiner Selbst. In diesen sich selbst verwaltenden Ständen trägt jeder die Verantwortung für jeden, und eigenständige Gerichte des Standes werden darüber zu wachen haben, daß jeder seine ihm obliegende Pflicht im Inneren und gegen die anderen Standesgenossen erfüllt. Arbeiter jeder Verrichtung urteilen in diesen Standesgerichten, Gleiche über Gleiche, wodurch die Ehre des Einzelnen nicht Außenstehenden überlassen wird. Durch nichts konnte dem Arbeiter seine soziale Ehre wiedergegeben werden, als dadurch, daß er für sie selbst verantwortlich gemacht und zum Richter über sie berufen wurde.

e) Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Lösung der sozialen Frage in der ständisch-gebundenen Wirtschaft.

Eine Ausnahmestellung unter allen Ständen der Wirtschaft nimmt zweifellos die Landwirtschaft im völkisch-sozialistischen Gemeinwesen ein. Diese Vorzugsstellung ist, so sagten wir schon, vom individualistischen Standpunkt unbegreiflich. Es wurde schon allgemein auf die Bedeutung der Landwirtschaft im ständisch-gebundenen Wirtschaftssystem hingewiesen, und es soll nun im Besonderen gezeigt werden, welche überragende Bedeutung der Landwirtschaft bei der Lösung der sozialen Frage zukommt. Sie besteht zunächst darin, daß das Bauerntum als Blutquell des Volkes allein die Gewähr dafür gibt, daß ein gesundes Geschlecht heranwächst mit einem rassisch-gesunden Kern und so erst durch ein rassisch einheitliches Menschentum die Grundlage eines sozialen Verstehens überhaupt schafft, nämlich die Einheit der Volksseele, die wahre Gemeinschaft. Nur über das rassisch verhältnismäßig gesunde, und deshalb besonders zu behütende Bauerntum, kann deshalb die soziale Gesundung gehen. Das Bauerntum verhindert durch sein Menschentum vor allem das Eindringen einer Unterwanderung durch rassefremde Elemente, die ewige Unruheherde im sozialen Ganzen darstellen. Letztlich, bis zur höchsten Vollendung kann der Sozialismus nur aus rassischer — körperlicher wie seelischer — Einheit emporwachsen, und weil allein die landwirtschaftliche Bevölkerung, ein gesundes Bauerntum noch genügendes Menschenmaterial zu liefern vermag, entscheidet das Sein oder Nichtsein des Bauerntums über die Gemeinschaft und somit die Lösung der sozialen Frage. Der Kapitalismus riß diese Menschen aus ihrer Verbindung mit Blut und Boden heraus, der individualistische Geist verschüttete das innere Leben des vom Lande in die Stadt wandernden Menschen. Durch einseitige Begünstigung der Industrie wurde dem unter immer schwereren Bedingungen arbeitenden Bewohner des platten Landes, das Leben in der Stadt bequemer gemacht, sodaß nicht wenige die Heimat verließen, und fast die Mehrzahl derer, die die Heimat verließen, hatten damit den Boden unter den Füßen verloren, wurden Proletarier. Die ständisch-gebundene Wirtschaft führt in ihrem Bestreben, das richtige Verhältnis im Gliederbau des Volkskörpers wieder herzustellen, nach Möglichkeit die Entwurzelten zurück aufs Land, oder sucht zum wenigsten, die auf dem Lande wohnenden von der Stadt fern zu halten. Solange allerdings eine gesinnungsmäßige Aenderung der Menschen nicht eingetreten ist, wird sie die den Verlockungen der Großstadt Verfallenden z w i n g e n, ihrer alten Heimat treu zu bleiben. Auf die Dauer wird man auf diesen Zwang nur dann verzichten können, wenn die Landwirtschaft in jeder Beziehung so gestellt ist, daß es nicht für rückständig oder

gar dumm gehalten wird, auf dem Lande in schwerer Arbeit dem Boden das Brot abzuringen. Vor allem wird das Gemeinschaftsleben auf dem Lande und seine Förderung durch die anderen Stände ein kraftvolles, lebendiges Eigenleben entfalten, und Technik und Verkehrsmittel scheinen mit der Zeit auch die Abtrennung ländlicher Bezirke vom öffentlichen und kulturellen Gesamtleben der Nation überbrücken zu können. Die Wiederverwurzelung eines möglichst großen Teiles des Volkes im Heimatboden ist damit der sicherste Weg zur Entproletarisierung der Nation, denn W. Heinrich sagt treffend: „Wer auf dem Heimatboden verwurzelt ist und ein, wenn auch nur bescheidenes Auskommen hat, der ist kein Proletarier und Revolutionist.“[60]) Auch ist die Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie ein Stand, in welchem auch verrichtungsgemäß im Betrieb die Zahl der selbständig handelnden Betriebsführer die der wirtschaftlich Unselbständigen überwiegt und infolge des Ueberwiegens des Klein- und Mittelbetriebes jedem tüchtigen Menschen der Weg zum Aufstieg offensteht. Diese Bevorzugung des Klein- und Mittelbetriebes schafft so einen Bereich, der, von struktureller Vernichtung abgesehen, einen fast allen Krisen trotzenden Bereich darstellt. Die Ausdehnung der selbständigen Existenzen in der Landwirtschaft schafft mithin ein Heer von freischaffenden, selbstbewußten Kräften und vermag somit einer Vielzahl von schöpferischen Persönlichkeiten emporzuhelfen. Dieser Bereich landwirtschaftlicher Mittel- und Kleinbetriebe kennt deshalb auch keine soziale Frage, und es wird die Aufgabe einer ständisch-sozialistischen Wirtschaft sein, dieses Sozialsystem nach und nach in der gesamten Landwirtschaft durchzusetzen. Die Aufteilung der Großgüter ist auch besonders deshalb bedeutsam für eine Durchsetzung des sozialistischen Gedankens, weil man auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkt ihre Weiterstützung nicht verantworten kann. Mit der dadurch erreichten Schaffung eines mittleren Bauerntums wäre in der ständisch-gebundenen Wirtschaft ein und zwar der wichtigste Bereich des Wirtschaftsganzen frei von fast allen Spannungen; denn auch dort, wo im mittleren Betriebe fremde Arbeitskräfte notwendig sind, kann das nie zur sozialen Frage ausarten, weil in dem landwirtschaftlichen, bäuerlichen Betrieb Arbeits- und Lebensgemeinschaft durch die Natur der Arbeit herrscht. Jeder kann die Arbeit des anderen verrichten, und wenn auch die Wirtschaftsführung immer nur einer in Händen hat, so ist er doch immer bei der Arbeit nur primus inter pares, weil hier der Betriebsführer, der Bauer selbst, die schwierigste und härteste Arbeit anpackt, und hier nur als Vorarbeiter seinen Betrieb in Ordnung hält. Ein solches fest in sich geschlossenes Bauerntum allein kann den Bestand der Gemeinschaft garantieren, und aus ihm wird das Volk als Ganzes immer wieder seine Kraft schöpfen können, wenn äußere oder innere große Schwierigkeiten an seinem Bestande rütteln

sollten. Das Bauerntum ist völkisch und im Grundsätzlichen sozialistisch in seinem Wesen und Beruf und es wird deshalb immer sein, und darin liegt vor allem seine gemeinschaftsbildende und erhaltende Kraft.

Ich habe somit gezeigt, in welcher Richtung die Lösung der sozialen Frage gesucht werden muß, und daß sie nur gefunden werden kann in der Einheit, in dem Gesamtsystem der völkisch - idealistisch - sozialistischen Weltanschauung, Staats- und Wirtschaftsauffassung. In ihr allein ist die Einheit gegeben von Ziel und Mittel. Der am häufigsten laut werdende Einwand gegen das ständisch-gebundene Wirtschaftssystem, daß es zu große Anforderungen an die Menschen stelle, Menschen hohen Verantwortungs- und Sittlichkeitsempfindens erfordere und darum unmöglich sei, kann nur von denen erhoben werden, welche sich selbst nicht zu einer solchen Weltanschauung zu bekennen wagen. Der Einwand ist in Wirklichkeit kein Beweis für die Unmöglichkeit des völkisch-idealistisch-sozialistischen Wirtschaftssystems, sondern ein Beweis für die Größe der ihm zugrunde liegenden völkischen Idee, die der Nationalsozialismus verkörpert und die durch ihn zum ersten Male in der Geschichte bewußt verwirklicht worden ist.

Zitatennachweis.

[1]) Rosenberg, Alfred: Blut und Ehre, München 1934, S. 327.
[2]) Albrecht, Gerhard: Vom Klassenkampf zum sozialen Frieden, Jena 1932, S. 4.
[3]) ebenda, S. 12.
[4]) ebenda, S. 50.
[5]) Heinrich, Walter: Die soziale Frage, Jena 1934, S. III.
[6]) Weber, Adolf: Sozialpolitik, München und Leipzig 1931, S. 175.
[7]) Frankfurter Zeitung: Nachkriegskapitalismus, Frankfurt 1931, S. 49.
[8]) ebenda, S. 7.
[9]) Sombart, Werner: Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1925, S. 14.
[10]) Groß, Gust. Adolf: Die wirtschaftstheoretischen Grundlagen des „Moderner Kapitalismus" von Sombart, Jena 1931, S. 48.
[11]) ebenda, S. 65.
[12]) ebenda, S. 68.
[13]) ebenda, S. 10.
[14]) ebenda, S. 31.
[15]) Spann, Othmar: Fundament der Volkswirtschaftslehre, 3. Aufl., Jena 1923, S. 25.
[16]) Weber, Adolf: ebenda, S. 31.
[17]) Spann, Othmar: Der wahre Staat, 3. Aufl., Jena 1931, S. 11.
[18]) Spann, Othmar: Gesellschaftslehre, 3. Aufl., Leipzig 1930, S. 67.
[19]) ebenda, S. 71.
[20]) ebenda, S. 93.
[21]) ebenda, S. 93.
[22]) ebenda, S. 94.
[23]) ebenda, S. 94.
[24]) Briefs, G.: zit. bei Jostock, Paul: Der Ausgang des Kapitalismus, München und Leipzig 1928, S. 280.
[25]) Mises, Ludwig: Liberalismus, Jena 1927, S. 3.
[26]) Bebel, Aug.: zit. bei Sombart, Werner: ebenda, S. 52.
[27]) Heimann, Eduard: Soziale Theorie des Kapitalismus, Tübingen 1929, S. 25.
[28]) Mises, Ludwig: ebenda, S. 7.
[29]) Sombart, Werner: Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin 1932.
[30]) Mises, Ludwig: ebenda, S. 17.
[31]) Albrecht, Gerhard: ebenda, S. 10.
[32]) Frankfurter Zeitung: ebenda, S. 7.
[33]) Andreae, Wilhelm: Kapitalismus, Bolschewismus, Faschismus, Jena 1933, S. 24.
[34]) Frankfurter Zeitung: ebenda, S. 6.
[35]) Jostock, Paul: Der Ausgang des Kapitalismus, München und Leipzig 1928, S. 8.
[36]) ebenda, S. 23.
[37]) ebenda, S. 27.
[38]) ebenda, S. 10.
[39]) Groß, Gust. Adolf: ebenda, S. 37.
[40]) Sombart, Werner: Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1925, S. 27.
[41]) Müller-Armack, Alfred: Entwicklungsgesetze des Kapitalismus, Berlin 1932, S. 32.
[42]) Sombart, Werner: ebenda, S. 28.
[43]) Spann, Othmar: Der wahre Staat, 3. Aufl., Jena 1931, S. 15.
[44]) Mises, Ludwig: ebenda, S. 37.
[45]) ebenda, S. 28.
[46]) ebenda, S. 30.
[47]) ebenda, S. 59.
[48]) Müller-Armack, Alfred: ebenda, S. 29.
[49]) Jostock, Paul: ebenda, S. 25.
[50]) Hasbach, W.: zit. bei Pohle, L.: Kapitalismus und Sozialismus, Leipzig, Berlin 1919, S. 123.

[51]) Bonn, Julius: Das Schicksal des deutschen Kapitalismus, Berlin 1926, S. 39.
[52]) Albrecht, Gerhard: ebenda, S. 12.
[53]) Heyde, Ludwig: Abriß der Sozialpolitik, 3. u. 4. Aufl., Leipzig 1923, S. 14.
[54]) Spann, Othmar: ebenda, S. 95.
[55]) Heimann, Eduard: ebenda, S. 157.
[56]) ebenda, S. 118.
[57]) Frankfurter Zeitung: ebenda, S. 51.
[58]) ebenda, S. 52.
[59]) Bonn, Julius: ebenda, S. 30.
[60]) Frankfurter Zeitung: ebenda, S. 56.
[61]) ebenda, S. 56.

2. Kapitel.

[1]) Wilbrandt, Robert: Sozialismus, Jena 1919, S. 309.
[2]) ebenda, S. 309.
[3]) ebenda, S. 23.
[4]) Sombart, Werner: Der proletarische Sozialismus, 10. Aufl., Jena 1924, I. Bd., S. 255.
[5]) Marx, Karl: Das Kapital, Volksausgabe, I. Bd., Buch 1, Wien-Berlin 1932, S. 7.
[6]) Mises, Ludwig: Die Gemeinwirtschaft, Jena 1922, S. 266.
[7]) Sombart, Werner: ebenda, S. 304.
[8]) Marx, Karl: Kritik der politischen Oekonomie, 1859, 3. Aufl., Stuttgart 1909, S. LV.
[9]) Marx, Karl: Das kommunistische Manifest, in: „Der historische Materialismus, II. Bd., Leipzig 1932, S. 575.
[10]) Spann, Othmar: Der wahre Staat, 3. Aufl., Jena 1931, S. 105.
[11]) Spann, Othmar: Irrungen des Marxismus, 3. Aufl., Berlin 1931, S. 10.
[12]) Marx, Karl: Das Kapital, Volksausgabe, I. Bd., Buch 1, Wien-Berlin 1932, S. 449.
[13]) Marx, Karl: Das Kapital, I. Bd., Buch 1, 6. Aufl., Hamburg 1909, S. 547.
[14]) Marx, Karl: Das Kapital, Volksausgabe, I. Bd., Buch 1, Wien-Berlin 1932, S. 534.
[15]) ebenda, S. 241.
[16]) ebenda, S. 193.
[17]) ebenda, S. 276, S. 281.
[18]) Andreae, Wilhelm: Kapitalismus, Bolschewismus, Faschismus, Jena 1933, S. 107.
[19]) Marx, Karl: ebenda, S. 645.
[20]) Andreae, Wilhelm: ebenda, S. 110.
[21]) Marx, Karl: zit. bei Andreae, Wilhelm: ebenda, S. 110.
[24]) Spann, Othmar: ebenda, S. 42.
[25]) Sombart, Werner: ebenda, S. 323.
[26]) Bäumer, Gertrud: Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts, Heilbronn 1910, S. 266.
[27]) Sombart, Werner: ebenda, II. Bd., S. 331.
[28]) Marx, Karl: Das kommunistische Manifest, in: „Der historische Materialismus", II. Bd., Leipzig 1932,
[29]) Herkner, Heinrich: Die Arbeiterfrage, 8. Aufl., II. Bd., Berlin-Leipzig 1922, S. 317.
[30]) Marx, Karl: ebenda.
[31]) Herkner, Heinrich: ebenda, S. 287.
[32]) ebenda, S. 113.
[33]) Mises, Ludwig: ebenda, S. 113.
[34]) Bebel, Aug.: zit. bei Sombart: Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1925, S. 52.
[35]) Marx, Karl: Der historische Kapitalismus, II. Bd., Leipzig 1932, S. 76.

[36]) Cunow, Heinrich: Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie, I. Bd., Berlin 1920, S. 248.
[37]) Mises, Ludwig: ebenda, S. 387.
[38]) Wilbrandt, Robert: ebenda, S. 310.
[39]) Heimann, Eduard: ebenda, S. 114.
[40]) Sombart, Werner: ebenda, I. Bd., S. 97.
[41]) Mises, Ludwig: ebenda, S. 98.
[42]) ebenda, S. 110.
[43]) Zweig, Ferdinand: Die vier Systeme der Nationalökonomie, Berlin 1932, S. 73.
[44]) Marx, Karl: Das Kapital, Volksausgabe, I. Bd., Buch 1, Wien-Berlin 1932, S. 801.
[45]) Marx, Karl: Das kommunistische Manifest, in: „Der historische Materialismus".
[46]) Marx, Karl: Der historische Materialismus, S. 296.
[47]) Wilbrandt, Robert: ebenda, S. 523.
[48]) Heimann, Ed.: ebenda, S. 38.
[49]) Marx, Karl: Das Kapital, Volksausgabe, I. Bd., Buch 1, S. 451.
[50]) Sombart, Werner: Der deutsche Sozialismus, Charlottenburg 1934, S. 87.
[51]) Mises, L.: ebenda, S. 222.
[52]) Herkner, H.: ebenda, II. Bd., S. 258.
[53]) Wilbrandt, R.: ebenda, S. 92.
[54]) Mises, Ludwig: ebenda, S. 138.
[55]) Marx, Karl: zit. bei Sombart, W.: Der proletarische Sozialismus, 10. Aufl., Jena 1924, S. 269.
[56]) Heimann, Eduard: ebenda, S. 232.
[57]) Mises, Ludwig: ebenda, S. 341.
[58]) Andreae, Wilhelm: ebenda, S. 151.
[59]) Wilbrandt, Robert: ebenda, S. 138.
[60]) ebenda, S. 243.
[61]) ebenda, S. 310.
[62]) ebenda, S. 136.
[63]) ebenda, S. 109.

2. Teil.

[1]) Krannhals, Paul: Das organische Weltbild, München 1934, S. 28.
[2]) ebenda, S. 60.
[3]) ebenda, S. 29.
[4]) Schelsky, Helmut: Ständisches Leben, 1933, Heft 10, S. 541.
[5]) Krannhals, Paul: ebenda, S. 142.
[6]) ebenda, S. 30.
[7]) ebenda, S. 67.
[8]) Lagarde, Paul de: Schriften für Deutschland, Leipzig 1933, S. 158.
[9]) Hitler, Adolf: Mein Kampf, 12. Aufl., München 1934, S. 487.
[10]) Krieck, Ernst: Wissenschaft, Weltanschauung, Hochschulreform, Leipzig 1934.
[11]) Huber, Ernst Rudolf: Die deutsche Staatswissenschaft, in: „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", 95. Bd., Heft 1, Tübingen 1934.
[12]) Forsthoff, Ernst: Der totale Staat, Hamburg 1933.
[13]) Müller, Adam: zit. bei Spann, Othmar: Der wahre Staat", S. 81.
[14]) Heinrich, Walter: Das Ständewesen, Jena 1932, S. 19.
[15]) Karrenbrock, Paul: Recht und Wirtschaft in der ständischen Ordnung, Berlin-Wien 1932, S. 51.
[16]) Huber, Ernst R.: Die Gestalt des deutschen Sozialismus, Hamburg 1934, S. 64.
[17]) Spann, Othmar: Der wahre Staat, S. 188.
[18]) Retzbach, Anton: Die Erneuerung der gesellschaftlichen Ordnung, Freiburg 1932, S. 86.
[19]) ebenda, S. 87.

[20]) Görnandt, Rudolf: Die berufständische Verfassung der deutschen Wirtschaft, Berlin 1933, S. 27/28.
[21]) Heinrich, Walter: ebenda, S. 104.
[22]) ebenda, S. 131.
[23]) Karrenbrock: ebenda, S. 55.
[24]) Ley, Robert: Vom Wesen des ständischen Aufbaues, N. S. Monatshefte, Heft 42.
[25]) ebenda.
[26]) Heinrich, Walter: ebenda, S. 106/07.
[27]) Spann, Othmar: ebenda, S. 207.
[28]) ebenda, S. 208.
[29]) ebenda, S. 208.
[30]) Weichs, Friedrich von: Der Weg zum Ständestaat, Graz 1933, S. 39.
[31]) Retzbach: ebenda, S. 23.
[32]) Huber, Ernst R.: ebenda, S. 27.
[33]) Düssel, Karl: Berufständische Verfassungspolitik, Berlin 1933, S. 12.
[34]) ebenda, S. 16.
[35]) Huber: ebenda, S. 29.
[36]) Heinrich, Walter: ebenda, S. 169.
[37]) Spann, Othmar: ebenda, S. 226.
[38]) ebenda, S. 185.
[39]) ebenda, S. 185.
[40]) Heinrich, Walter: ebenda, S. 174.
[41]) Heinrich, Walter: Die soziale Frage, Jena 1934, S. 132.
[42]) List, Friedrich: zit. bei Krannhals, P.: ebenda, S. 78.
[43]) Hitler, Adolf: Reden.
[44]) Heinrich, Walter: ebenda, S. 119.
[45]) Düssel, Karl: ebenda, S. 30.
[46]) Pieper, Aug.: Berufsgedanke und Berufsstand im Wirtschaftsleben, München-Gladbach 1925, S. 123.
[47]) Bülow, Friedrich: Der deutsche Ständestaat, Leipzig 1934, S. 38.
[48]) ebenda, S. 33.
[49]) Pieper, Aug.: ebenda, S. 31.
[50]) Heinrich, Walter: ebenda, S. 160.
[51]) Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat, Berlin 1925, S. 217.
[52]) Pieper, Aug.: ebenda, S. 68.
[53]) Brauweiler, Heinz: ebenda, S. 37.
[54]) Heinrich, Walter: ebenda, S. 158.
[55]) ebenda, S. 138.
[56]) ebenda, S. 131.
[57]) Pfenning, Andreas: Ständestaat und soziale Frage, in: „Der Vormarsch", Leipzig 1933, Heft 7—8.
[58]) Buchner, Hans: Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftstheorie, München 1930, S. 39.
[59]) Heinrich, Walter: ebenda, S. 124.
[60]) ebenda, S. 188.

Literaturverzeichnis.

Albrecht, Gerhard: Vom Klassenkampf zum sozialen Frieden. Jena 1932.

Andreae, Wilhelm: Kapitalismus, Bolschewismus, Faschismus. Jena 1933.

„ „ : Staatssozialismus und Ständestaat. Jena 1931.

Back, Josef: Ständische Gesellschaftsbildung. Freiburg 1934.

Baxa, Jakob: Einführung in die romantische Staatswissenschaft. Jena 1931.

Bäumer, Gertrud: Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts. Heilbronn 1910.

Bonn, Julius: Das Schicksal des deutschen Kapitalismus. Berlin 1926.

Brauweiler, Heinz: Berufstand und Staat. Berlin 1925.

Buchner, Hans: Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftstheorie. München 1930.

Bülow, Friedrich: Der deutsche Ständestaat. Leipzig 1934.

Busse, Gisela: Die Lehre vom Staat als Organismus. Berlin 1928.

Cunow, Heinrich: Die Marxsche Geschichts-Gesellschafts- und Staatstheorie. I. Bd. Berlin 1920.

Dassel, Reinhold: Gegen Parteienstaat — für Ständestaat. Graz 1929.

Dungern, Wolfram von: Die berufsständische Selbstverwaltung als Grundlage des kommenden Staates. Berlin 1928.

Dunkmann, Karl: Die Lehre vom Beruf. Berlin 1921.

„ „ : Der Kampf um Othmar Spann. Leipzig 1928.

Düssel, Karl: Berufsständische Verfassungspolitik. Berlin 1933.

Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. 5. Aufl. Stuttgart 1919.

Forsthoff, Ernst: Der totale Staat. Hamburg 1933.

Frankfurter Zeitung: Nachkriegskapitalismus. Frankfurt 1931.

Frauendörfer, Max: Der ständische Gedanke im Nationalsozialismus. München 1933.

Görnandt, Rudolf: Die berufständische Verfassung der deutschen Wirtschaft. Berlin 1933.

Groß, Gustav-Adolf: Die wirtschaftstheoretischen Grundlagen des „Modernen Kapitalismus" von Sombart. Jena 1931.

Hartmann, Hans: Der ideale Staat. Berlin 1934.

Heimann, Eduard: Soziale Theorie des Kapitalismus. Tübingen 1929.

Heinrich, Walter: Der Faschismus. 2. Aufl. München 1932.

„ „ : Das Ständewesen. Jena 1932.

„ „ : Die soziale Frage. Jena 1934.

Herrfahrdt, Heinrich: Das Problem der berufständischen Vertretung von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Stuttgart-Berlin 1921.

Herkner, Heinrich: Die Arbeiterfrage. 8. Aufl. Berlin-Leipzig 1922.

Herrmann, Arthur u. Nitsch, Arthur: Die Wirtschaft im nationalsozialistischen Weltbild. Leipzig 1934.

Heyde, Ludwig: Abriß der Sozialpolitik. Leipzig 1923.

Hitler, Adolf: Mein Kampf. 14. Aufl. München 1933

Huber, Ernst Rudolf: Die Gestalt des deutschen Sozialismus. Hamburg 1934.

„ „ „ : Die deutsche Staatswissenschaft, in: „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft". 95. Bd. Heft 1. Tübingen 1934.

Jostock, Paul: Der Ausgang des Kapitalismus. München-Leipzig 1928.

Karrenbrock, Paul: Recht und Wirtschaft in der ständischen Ordnung. Berlin-Wien 1932.

Koellreuter, Otto: Der deutsche Führerstaat. Hamburg 1933.

Krannhals, Paul: Das organische Weltbild. München 1934.

Krieck, Ernst: Die deutsche Staatsidee. Jena 1917.

„ „ : Wissenschaft, Weltanschauung, Hochschulreform. Leipzig 1934.

Lagarde, Paul de: Schriften für Deutschland. Leipzig 1933.

Landauer, Karl: Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft. München-Leipzig 1931.

Lechtappe, Heinrich: Die Wandlung des Kapitalismus in Deutschland. Jena 1934.

Leibbrandt, Gottlieb: Der Umbruch durch Othmar Spann. Leipzig 1933.

Ley, Robert: Der ständische Aufbau und die deutsche Arbeitsfront. Schriftenreihe der N.S.B.O. Heft 6.

List, Erich: Der Berufständegedanke in der deutschen Verfassungsdiskussion seit 1919. Leipzig 1930.

Longert, Wilhelm: Liberale oder organische Staats- und Wirtschaftsordnung. 4. Aufl. Berlin 1931.

Marx, Karl: Das Kapital. Wien-Berlin 1932.

„ „ : Der historische Materialismus. Leizig 1932.

Mises, Ludwig: Die Gemeinwirtschaft. Jena 1922.

„ „ : Liberalismus. Jena 1927.

Müller, Adam: Die Elemente der Staatskunst. Hrsg. von J. Baxa. Jena 1929.

Müller-Armack, Alfred: Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Berlin 1932.

Passow, Richard: Kapitalismus. Jena 1918.

Petry, Franz: Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie. Jena 1915.

Pfaff, Alfred: Der Wirtschaftsaufbau im dritten Reich. München 1932.

Plato: Der Staat. Leipzig.

Pieper, August: Berufsgedanke und Berufsstand im Wirtschaftsleben. München-Gladbach 1925.

Pohle, Ludwig: Kapitalismus und Sozialismus. Leipzig 1919.

Retzbach, Anton: Die Erneuerung der gesellschaftlichen Ordnung. Freiburg 1932.

Reupke, Hans: Das Wirtschaftssystem des Faschismus. Berlin 1930.

Rosenberg, Alfred: Blut und Ehre. München 1934.

„ „ : Vom Wesensgefüge des Nationalsozialismus. N. S. Monatshefte 1930. Heft 1.

Schelsky, Helmut: Ständisches Leben 1933. Heft 10.

Schmitt, Karl: Politische Romantik. 2. Aufl. München-Leipzig 1925.

„ „ : Der Begriff des Politischen. Hamburg 1933.

Sieveking, Heinrich: Entstehungs- und Entwicklungstendenzen des Kapitalismus. Hamburg 1928.

Smith, Adam: Natur und Ursachen des Volkswohlstandes. Leipzig 1923.

Sombart, Werner: Der deutsche Sozialismus. Charlottenburg 1934.

„ „ : Die Ordnung des Wirtschaftslebens. Berlin 1925

„ „ : Der proletarische Sozialismus. Jena 1924.

„ „ : Die Zukunft des Kapitalismus. Berlin 1932.

Spann, Othmar: Fundament der Volkswirtschaftslehre. 3. Aufl. Jena 1923.

„ „ : Gesellschaftslehre. 3. Aufl. Leipzig 1930.

„ „ : Irrungen des Marxismus. Berlin 1931.

„ „ : Der wahre Staat. 3. Aufl. Jena 1931.

„ „ : Tote und lebendige Wissenschaft. 3. Aufl. Jena 1929.

Tatarin-Tarnheyden, Edgar: Die Berufsstände, ihre Stellung im Staatsrecht und die deutsche Wirtschaftsverfassung. Berlin 1922.

Tatarin-Tarnheyden, Edgar: Berufsverbände und Wirtschaftsdemokratie. Berlin 1932.

Velden, van der, Josef: Wirtschafts- und Sozialpolitik in der berufsständischen Ordnung. Köln 1933.

Vormarsch, der: Zeitschrift. 1933. Heft 7—9.

Weber, Adolf: Sozialpolitik. München-Leipzig 1931.

Weber, Max: Wirtschaftsgeschichte. München-Leipzig 1924.

Weichs, Friedrich von: Der Weg zum Ständestaat. Graz 1933.

Weippert, Georg: Das Prinzip der Hierarchie in der Gesellschaftslehre von Platon bis zur Gegenwart. München 1930.

Westphalen, F. A.: Die theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik. Jena 1931.

Wilbrandt, Robert: Sozialismus. Jena 1919.

Wrangel, Georg von: Das universalistische System von Othmar Spann. Jena 1929.

Ziegler, Heinz: Die moderne Nation. Tübingen 1931.

Zweig, Ferdinand: Die vier Systeme der Nationalökonomie. Berlin 1932.

Lebenslauf.

Am 5. 5. 1910 wurde ich in Wettesingen, Bez. Kassel, geboren. Nach 4jährigem Besuch der dortigen Volksschule trat ich Ostern 1920 in das Gymnasium zu Warburg in Westfalen ein. Ostern 1929 bestand ich dort die Reifeprüfung. Anschließend besuchte ich zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften die Universitäten Marburg, Grenoble, Freiburg, Paris, Greifswald, und wieder Freiburg. An letzterer bestand ich Frühjahr 1933 die Diplomprüfung für Volkswirte. Im Mai 1935 beschloß ich mein Studium mit dem Dr. rer. pol.